

## II. Vereine, Verbände und Parteien als Zentren der politischen Öffentlichkeit in den Donau- und Alpenländern

### A. Vereine und politische Mobilisierung in Niederösterreich

von

HANS PETER HYE

„Feierliche Clubmanifeste, Resolutionen aus Städten und Dörfern, Proteste von Vereinen und Corporationen, fulminante Leitartikel, ... neue Vereinsgründungen ... – es ist ein Höllenlärm, den die liberale Partei ... in Scene gesetzt hat ...“<sup>1)</sup>, so kommentierte die demokratische *Völkstimme* 1893 die Opposition der liberalen Partei gegen die Taaffeschen Wahlreformpläne. Bekanntlich stürzte das Ministerium Taaffe letztlich über seine Reformabsichten, gegen die sich genau jene („gemäßigte“) Koalition aus Deutschliberalen, Polen und Konservativen formiert hatte, die der Regierungschef eigentlich hatte bilden wollen, nachdem der „Eiserne Ring“ infolge der jungtschechischen Wahlerfolge brüchig geworden war<sup>2)</sup>. Uns sollen hier aber vor allem die eingangs angedeuteten Mechanismen interessieren, mit denen die (Wiener) Liberalen ihre Anhängerschaft (noch einmal) erfolgreich zu mobilisieren suchten. Sie standen damals bereits unter dem zunehmenden Druck der „neuen Bewegungen“, die von einer breiteren sozialen Basis getragen wurden. Freilich hatte den Liberalen auch in Wien die „Prix'sche Wahlgeometrie“ nur mehr kurz die Mehrheit sichern können<sup>3)</sup>.

---

<sup>1)</sup> *Völkstimme* vom 22. Oktober 1893, 1.

<sup>2)</sup> WILLIAM A. JENKS, *Austria under the Iron Ring* (Charlottesville, Virginia 1965) 291 ff.; LOTHAR HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (Wien – München 1993) 54; JOANNA RADZYNER, *Stanisław Madeyski 1841–1910. Ein austro-polnischer Staatsmann im Spannungsfeld der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie* (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 20, Wien 1983) 128 ff.; DIETHILD HARRINGTON-MÜLLER, *Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats 1873–1910* (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 11, Wien 1972) 135; OTTO URBAN, *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918*, 2 Bde. (=Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 2, Wien – Köln – Weimar 1994), hier I 598 ff.

<sup>3)</sup> Zu dieser mit dem Namen des Bürgermeisters Johann Nepomuk Prix verbundenen Reform des Wiener Gemeindevahlrechtes (1890) vgl. MAREN SELIGER, *KARL UCAKAR*, *Wien. Politische Geschichte 1740–1934*, 2 Bde. (Wien 1985), hier I 429 ff.

Eigenartigerweise hatten die altliberalen Vorstellungen von Politik formal sehr jenen Taaffes geähmelt: es galt das Prinzip der „Politik von Fall zu Fall“<sup>4)</sup>, innerhalb derer nur punktuell breitere öffentliche Diskussionen stattfanden.

Die „Jungen“ machten das Politische dagegen alltäglich. Sie versuchten, die sich sozial ausweitende Schicht der politisch Berechtigten möglichst dauerhaft an sich zu binden. Dem standen die „Alten“ verständnislos gegenüber, deren zunehmend dogmatisch erstarrendes Vertrauen in die Selbstregulierung des als unpolitisch angesehenen staatsfreien Raumes oft stärker war als ihre Fähigkeit, die mit dem gesellschaftlichen Wandel der vorangegangenen Jahrzehnte einhergehenden Probleme auch nur wahrzunehmen. Die „neue“ Strategie der „Jungen“ lief letztlich darauf hinaus, das Politische „permanent“ zu machen. Gestützt auf abgeschlossene ethisierende Gedankengebilde, „Weltanschauungen“<sup>5)</sup>, die tendenziell das vordem unpolitische Lebensganze erfassen sollten, suchten sie sich eine breite Basis zu verschaffen, um auf diese Weise den Staat zu erobern, dessen Machtmittel dann zur Erreichung der „transzendentalen“ Ziele dienlich sein sollten. Dies erfolgte unter Einsatz einer permanenten Propaganda, die dem Individuum Schutz vor der (vermeintlich) allgegenwärtigen Bedrohung versprach und die Illusion einer besseren Zukunft erzeugte. Es war nicht mehr die Macht der vernünftigen Argumente, die die liberalen Honoratioren nur zu gerne für sich reklamierten, sondern die Emotionalisierung eines „Massenpublikums“, die den „politischen Erfolg“ der Führer immer stärker garantierte.

Diese Strategie wich freilich nur formal von den Machterhaltungsstrategien der „Altliberalen“ ab. Auch letztere hatten insbesondere während der siebziger Jahre (und zuvor) kaum Skrupel, sich des staatlichen Machtmonopols zu bedienen, um die eigene Stellung zu sichern. So gab 1867 die „Jesuitenfurcht [Eugen] Mühlfelds“ den Ausschlag für die breite liberale Zustimmung zu den repressiven Bestimmungen des Vereinsgesetzes<sup>6)</sup>, die nicht nur gegen die als „staatsgefährlich“ angesehenen Organisationen der frühen Arbeiterbewegung<sup>7)</sup> bedenkenlos eingesetzt worden waren<sup>8)</sup>. Dabei soll aber nicht übersehen werden, daß es die

<sup>4)</sup> So definiert URBAN, *Tschechische Gesellschaft* I 489 ff. die pragmatische Taaffesche Regierungspraxis treffend.

<sup>5)</sup> Treffender wäre der von Gerald Stourzh gebrauchte Begriff der „hypostasierten Ganzheiten“, GERALD STOURZH, *Wege zur Grundrechtsdemokratie. Studien zur Begriffs- und Institutionengeschichte des liberalen Verfassungsstaates* (=Studien zu Politik und Verwaltung 29, Wien – Köln 1989) XXI.

<sup>6)</sup> HANS PETER HYE, *Zur Liberalisierung des Vereinsrechtes in Österreich. Die Entwicklung des Vereinsgesetzes von 1867*; in: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte* 14 (1992) 191–216, hier 208 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu die Verhandlungen und Erkenntnisse des Reichsgerichtes: Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien [AVA], II/2 Reichsgericht, Karton 86 Bogen 15–41, K. 87 Bogen 26–32, 43–45, 58; Karton 88/1875 Bogen 35–39, 43, 44; ANTON HYE FREIHERR VON GLUNEK, KARL HUGELMANN (Hgg.), *Sammlung der nach gepflogener öffentlicher Verhandlung geschöpften Erkenntnisse des k.k. österreichischen Reichsgerichts* (Wien 1874–1920) Nr. 10/1871, 57/1874 und 71/1875.

<sup>8)</sup> WILHELM WADL, *Liberalismus und soziale Frage in Österreich. Deutschliberale Reaktionen und Einflüsse auf die frühe österreichische Arbeiterbewegung (1867–1879)* (=Studien zur

Liberalen waren, die insbesondere das Koalitionsrecht gesetzlich fixierten, wenn auch in einer Form, die dessen zeitgenössische und spätere Verfechter nicht gänzlich zufriedenstellte<sup>9)</sup>.

Auch die Katholisch-Konservativen sahen sich zu Beginn der liberalen Ära durch die liberale Praxis bedroht, zumindest stellten sie es propagandistisch so dar. Alfred Prinz Liechtenstein führte beispielsweise 1874 anlässlich einer Versammlung aus: „Überall sehen wir den Liberalen in immer heißerem Kampfe ums nackte Leben seine eigenen Principien roh mit der Faust ins Antlitz schlagen, wir sehen ihn Versammlungen stören im Namen des Versammlungsrechtes, Vereine auflösen in Namen des Vereinsrechtes, Zeitungen confiscieren im Namen der Preßfreiheit...“<sup>10)</sup>

Die Zukunft sollte jedenfalls den großen „Massenbewegungen“ gehören, aus denen sich unter den Deutschen in den Alpen- und Donauländern allmählich die drei (voneinander immer hermetischer abgeschlossenen)<sup>11)</sup> politischen Lager herauskristallisierten<sup>12)</sup>. Die weltanschaulichen Lagerparteien wollten immer mehr als die bloße Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder. „Sie erhoben Anspruch auf das ‘Ganze’; es ging jeweils um Totalentwürfe der Gesellschaft, des Lebens. Alle Bereiche der Wirtschaft, der Sozietät, der Kultur, des Alltags sollten einbezogen werden – von der Wiege bis zur Bahre!“<sup>13)</sup>

Die spätestens ab den neunziger Jahren unabsehbar gewordene Menge von (Protest-) Versammlungen, Resolutionen und sonstigen Kundgebungen sollte zwar die jeweilige „spontane“ Empörung ihrer Teilnehmer zum Ausdruck bringen, wie aber noch gezeigt werden wird, handelte es sich dabei häufig um wohl-

---

Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 23, Wien 1987); IRENE GARTNER, Die soziale Frage und das Verhältnis zur Arbeiterbewegung; in: LEOPOLD KAMMERHOFER (Hg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 25, Wien 1992) 196–216.

<sup>9)</sup> ADOLF DÜRNBERGER, Kritik der österreichischen Vereinsgesetzgebung (=Dritte Publikation des liberalen politischen Vereines für Oberösterreich in Linz, Linz 1870) 10–13; KURT EBERT, Die Einführung der Koalitionsfreiheit in Österreich. Das sogenannte „Koalitionsgesetz“ vom 7. April 1870, RGBl. Nr. 43; in: GERALD STOURZH, MARGARETE GRANDNER (Hgg.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (=Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13, Wien 1985/86) 69–122.

<sup>10)</sup> STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL ÜBER DIE FESTVERSAMMLUNG DES KATHOLISCH-PATRIOTISCHEN VOLKSVEREINES in Niederösterreich, gehalten am 19. März 1874 im großen Musikvereins-Saale in Wien (Wien 1874) 7.

<sup>11)</sup> HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 67.

<sup>12)</sup> ADAM WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen; in: HEINRICH BENEDIKT (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) 289–485.

<sup>13)</sup> ERNST HANISCH, Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen; in: ANNA M. DRABEK, RICHARD G. PLASCHKA, HELMUT RUMPLER (Hgg.), Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit (=Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 15, Wien 1990) 73–86, hier 74.

vorbereitete Inszenierungen<sup>14</sup>), die zeitweilig eine Eigendynamik entwickeln konnten, die namentlich die jeweiligen „gemäßigten“ Parteigänger in eine Art „Geiselhafte“ der emotionalisierten „öffentlichen Meinung“ brachte<sup>15</sup>).

Maßgeblichen Anteil an diesen Mobilisierungen hatte immer wieder die (lokale) Presse, deren für diese Zeit typische feuilletonistische Berichterstattung sich mehr an die Emotionen der Leser als an ihren an Fakten orientierten Verstand richtete<sup>16</sup>). Es ist ein Faktum, daß die *Parteien* in einem weit größeren Ausmaß für den „politischen Erfolg“ ausschlaggebend war als die „politischen Vereine“, deren Wirkungskreis durch das Vereinsgesetz von 1867 äußerst beschränkt war<sup>17</sup>).

Bereits 1867 war es kaum möglich gewesen, eine scharfe Trennlinie zwischen den Bereichen des „Politischen“ und des „Nichtpolitischen“ zu ziehen und diese Grenzlinie verwischte sich zunehmend in dem Ausmaße, in dem immer weitere Bereiche des Alltags von den „moralisierenden“ Bewegungen organisatorisch erfaßt wurden. Hier bot denn auch das nichtpolitische Vereinswesen ein willkommenes Tätigkeitsfeld, nicht nur zur Vertretung der (beruflichen) Interessen, sondern vor allem auch zur Pflege der vordergründig unpolitischen weltanschaulichen Anliegen (Nation, Konfession, Klasse).

### 1. Zur Problematik der Vereinstypologie

Die imponierende Zahl der 19.604 im Jahre 1910 in Niederösterreich bestehenden Vereine<sup>18</sup>) unterstreicht zunächst wohl die Bedeutung des Vereinswesens in quantitativer Hinsicht, erfordert aber für eine eingehendere Analyse weitere

<sup>14</sup>) Vgl. nicht nur ROBERT MUSIL, *Der Mann ohne Eigenschaften* (Reinbek 1998) 171: „... dass eine solche urwüchsige Kraftleistung [die „Parallelaktion“] wirklich aus der Mitte des Volkes kommen und deshalb von oben geleitet werden müsse“, sondern die zum Teil bereits Wochen vor diesen Anlässen einsetzende Berichterstattung in der jeweiligen Tagespresse.

<sup>15</sup>) Vgl. am Beispiel der Badeni-Krawalle BERTHOLD SUTTER, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, ihre Genesis und ihre Auswirkungen vornehmlich auf die innerösterreichischen Alpenländer*, 2 Bde. (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 46 und 47, Graz – Köln 1960 und 1965), hier II 269–318.

<sup>16</sup>) CARL E. SCHORSKE, *Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de siècle* (Frankfurt am Main 1982) 8 f.: „Der Feuilletonist, ein Kleinkünstler in Zierform, arbeitete mit jenen Einzelheiten und Episoden, die dem Geschmack des 19. Jahrhunderts am Konkreten so sehr entsprachen. Aber er versuchte seinem Stoff Farbe zu verleihen, die er aus seiner Einbildungskraft bezog. Das persönliche Reagieren auf ein Erlebnis beim Reporter ..., der Eigenton seines Gefühls überwog deutlich den Gegenstand.“

<sup>17</sup>) PETER URBANITSCH, *Vereine und politische Mobilisierung in Cisleithanien*; in: *Anuarul institutului de istorie Cluj-Napoca* 33 (1994) 107–123; DERS., *Zum Verhältnis von Staatsmacht, (politischen) Vereinen und Parteien*; in: ULFRIED BURZ, MICHAEL DERNDARSKY, WERNER DROBESCH (Hgg.), *Brennpunkt Mitteleuropa. Festschrift für Helmut Rumppler zum 65. Geburtstag* (Klagenfurt 2000) 279–304.

<sup>18</sup>) Nach dem ÖSTERREICHISCHEN STATISTISCHEN HANDBUCH für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, hg. von der k.k. Statistischen Central-Commission 1910 (Wien 1911).

Untergliederungen. Dabei empfiehlt es sich zunächst, die zeitgenössische Typologie zu übernehmen, die die einzelnen Vereine den einzelnen Kategorien am authentischsten zuordnete. Nun überrascht es aber nicht weiters, daß sich angesichts des Wandels des Vereinswesens zwischen 1852 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs dessen administrative Handhabung ändern mußte. Dies zeigt sich bei Gegenüberstellung der einzelnen Statistiken. So unterschied Moriz von Stubenrauch 1857<sup>19)</sup>, sich eng an das Vereinspatent von 1852<sup>20)</sup> haltend, acht Vereinstypen, die er ihrerseits weiter untergliederte: religiöse, wohltätige und humanitäre, Vereine zur Förderung der Sparsamkeit, Leihanstalten und Vorschußvereine, Vereine zur Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit, zur Förderung der Künste und Wissenschaften, gesellige und schließlich „sonstige“ Vereine. Dieser Gliederung recht ähnlich, aber nach den einzelnen Kategorien differenzierter, allerdings ohne Untergliederungen, ist der niederösterreichische Vereinskataster<sup>21)</sup> aufgebaut. Dieser unterschied zunächst zwischen 18 Typen, 1867 kam mit der durch das Vereinsgesetz<sup>22)</sup> eingeräumten Berechtigung, politische Vereine zu bilden, diese Kategorie als neunzehnte dazu. Diese amtliche Auflistung aller in Niederösterreich bestehender Vereine wurde in dieser Weise bis zur Kielmanseggschen Kanzleireform von 1900 geführt. Streuten nun die einzelnen Werte in den einzelnen Kategorien bis etwa 1880 recht gleichmäßig, so zeigt sich ab diesem Zeitpunkt ein Wuchern vor allem der Rubrik „Verschiedenartige, keiner besonderen Kategorie angehörende Vereine“ (Zeile 18 in nachfolgender Tabelle). Zusammen mit der ebenfalls ab diesem Zeitpunkt – wenn auch in geringerem Ausmaße – explodierenden Zahl der Bildung von „Unterhaltungs- und Lesevereinen“ (Zeile 15) macht die Menge dieser hier unbestimmten Vereine mit insgesamt 10.656 deutlich mehr als die Hälfte aller 19.369 Vereinsbildungen in diesem Zeitraum aus.

Wurde diese Typologie im Vereinskataster aus administrativ-pragmatischen Gründen so lange wie nur möglich beibehalten, adoptierte die amtliche Statistik bereits 1871 eine neue Einteilung in 29 Gruppen (zuvor 20). Allerdings war den Zeitgenossen die Beschränktheit auch dieser Typologie bald bewußt. Sie wurde aber aus naheliegenden Gründen bis 1914/18 aufrechterhalten, um die kontinuierliche Entwicklung des Vereinswesens dokumentieren zu können<sup>23)</sup>. Ermöglichen damit die amtlichen Statistiken des Österreichischen Statistischen Handbuchs den numerischen Überblick über die Entwicklung der einzelnen Vereinskategorien, so gibt ein weiteres Handbuch einen Überblick über alle bestehenden

---

<sup>19)</sup> MORIZ VON STUBENRAUCH, Statistische Darstellung des Vereinswesens im Kaiserthume Österreich. Nach amtlichen Quellen bearbeitet (Wien 1857) 6 f.

<sup>20)</sup> RGBl. Nr. 253/1852.

<sup>21)</sup> Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten [NÖLA], Vereinskataster. Vgl. dazu auch KARL HUGELMANN, Studien zum österreichischen Vereins- und Versammlungsrechte (Graz 1879) 179 ff., insbes. 184 f.

<sup>22)</sup> RGBl. Nr. 134/1867.

<sup>23)</sup> ALBERT VON RANDOW, Die Statistik des österreichischen Vereinswesens seit dem Jahre 1867; in: Statistische Monatsschrift 11 (1885) 225–250, hier 227.

Tabelle 1: TYPOLOGIE DER VEREINE IN NIEDERÖSTERREICH UND DIE GESAMTZAHL IHRER GRÜNDUNGEN BIS ZUM JEWEILIGEN ZEITPUNKT

Typ	1850	1860	1870	1880	1890	1900
1	7*	41	81	126	206	375
2	7*	63	107	279	785	2.403
3	7*	155	229	322	371	425
4	7*	147*	274	364	412	564
5	7*	12*	35	62	74	79
6	0	0	5	5	5	5
7	2	3	19	110	441	1.181
8	1	7	204	441	612	1.251
9	3	12	24	38	59	68
10	1	1	3	3	3	3
11	0	0	0	0	0	0
12	0	0	0	0	4	4
13	8*	54	122	188	251	290
14	13*	17	88	186	167	500
15	18	80	340	765	1.443	3.127
16	0	0	30	41	125	253
17	9	30	167	609**	677	809
18	1	6	138	873	3.660	7.529
19	0	0	62	174	255	503
Gesamt	56*	628*	1.928	4.586	9.550	19.369

\*... nicht exakt feststellbar; \*\* ... 1873: 566

Typen: 1 Religiöse und Cultus-Vereine mit Einschluß der religiösen Bruderschaften; 2 Wohltätigkeits- und Humanitätsvereine; 3 Versorgungs- und Rentenanstalten, Pensionsinstitute, wechselseitige Versicherungsvereine; 4 Leichenvereine, Veteranenvereine; 5 Sparkassen; 6 Pfand- und Leihanstalten; 7 Landwirtschaftsgesellschaften, Gartenbaugesellschaften, Vereine zur Ermunterung und Belebung des Forstwesens; 8 Vereine für Industrie, Handel und Gewerbe, Creditvereine; 9 Vereine für den Bau oder für die Erhaltung von Eisenbahnen, Brücken, Land- und Wasserstraßen; 10 Vereine für die Erhaltung einer regelmäßigen Transportverbindung zwischen zweien oder mehreren Orten zu Wasser oder zu Lande überhaupt, für Dampfschiffahrtsunternehmungen insbesondere; 11 Vereine für Bergwerksunternehmungen und zur Beförderung des Bergwesens; 12 Vereine für Colonisierung; 13 Assecuranz-Vereine; 14 Museen-Vereine für Kunst und Wissenschaft; 15 Unterhaltungs- und Lesevereine; 16 Turnvereine; 17 Aktienvereine; 18 Verschiedenartige, keiner besonderen Kategorie angehörende Vereine; 19 Politische Vereine

Quelle: NIEDERÖSTERREICHISCHES LANDESARCHIV (NÖLA), Vereinskataster.

Vereine des Jahres 1890<sup>24)</sup>. Einblicke gewähren auch die Niederösterreichischen Amtskalender.

Ermöglichen nun die „statischen“ Quellen, wie etwa die Statistischen Handbücher, detaillierte Einblicke über den tatsächlichen Bestand der Vereine, oder bieten sie, wie etwa das Handbuch der Vereine, auch Hinweise auf Sitz und Gründungsjahr, so enthalten sie freilich keinerlei Angaben über die bis dorthin nicht mehr bestehenden, im Kataster „gelöschten“<sup>25)</sup>. Umgekehrt ist es aber bislang nur hinsichtlich einzelner Kategorien möglich gewesen, den Niederösterreichischen Vereinskataster mit Blick auf die Dynamik von Bildungen und Auflösungen auszuwerten. Bezüglich der politischen Vereine wird dies noch näher ausgeführt werden. Hier soll vorerst der Hinweis genügen, daß in Niederösterreich bis 1900 weit über 19.000 Vereine gebildet worden waren, von denen in diesem Jahr allerdings nur mehr 13.367 bestanden.

## 2. Die Entwicklung des Vereinswesens: 1848/1852–1867, 1867–1914

In aller Kürze sei hier zunächst auf der Grundlage der Angaben aus dem Handbuch der Vereine ein Überblick über die Entwicklung des Vereinswesens vor 1848 gegeben. Allein der Umstand, daß dort nur jene Vereine aufgelistet sind, die vor 1848 gegründet wurden und die 1890 noch bestanden, verzerrt zwar die Werte etwas, weist aber deutlich darauf hin, daß gewisse Grundlagen für die weitere Entwicklung bereits im Vormärz zu suchen sind. Zudem bietet diese Quelle in der gegenständlichen Frage einen weiteren Vorteil. Dadurch, daß für Wien sowohl die Bereiche der Stadt in ihrer bisherigen Ausdehnung als auch die soeben eingemeindeten Vororte erfaßt sind, lassen sich anhand der letzteren stellvertretend einige Aussagen zur Entwicklung im ländlichen Bereich treffen.

<sup>24)</sup> HANDBUCH DER VEREINE für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1890 und mit einem Anhang für das Jahr 1891, bearbeitet vom Bureau der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1892). Dieses stützt sich auf eine der amtlichen Statistik im Wesen ähnliche Typologie von 28 Gruppen, die hier übernommen wird. Es sind dies: Aktiengesellschaften [a) Banken und Kreditinstitute, b) Eisenbahngesellschaften, c) Sonstige Aktiengesellschaften]; Bildungsvereine; Casinovereine; Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften [a) Konsumvereine, b) Spar- und Vorschußvereine, c) Sonstige Genossenschaften]; Fachvereine; Feuerwehrvereine; Gesangvereine; Geselligkeitsvereine; Vereine zur Förderung von Gewerbe und Handel; Veteranenvereine; Krankenunterstützungs- und Leichenbestattungsvereine; Kunstvereine; Landwirtschaftliche Vereine; Lehrervereine; Lesevereine; Musikvereine; Pensions- und Altersversorgungsvereine; Politische Vereine; Schützenvereine; Sparkassenvereine; Spar- und Losankaufvereine; Stenographenvereine; Turn- und ähnliche Vereine zur Förderung körperlicher Gewandtheit; Verschönerungs- und Anpflanzungsvereine; Wechselseitige Versicherungsvereine; Wissenschaftliche Vereine; Wohltätigkeitsvereine; Sonstige Vereine.

<sup>25)</sup> Die Löschung erfolgte auf Grund behördlicher oder freiwilliger Auflösung. Allerdings ist wieder davon auszugehen, daß viele Vereine faktisch nicht mehr bestanden und nur als „Karteileichen“ weiterlebten. Dies bestätigt sich, wenn man die großen administrativen Zäsuren im Wiener Vereinsbestand 1934 und 1938/39 untersucht, als die neuen Regime das Vereinswesen systematisch auf dessen „politische Zuverlässigkeit“ durchpfligten und eine Unzahl von „Vereinsleichen“ zu Tage förderten. Vgl. die entsprechenden Jahrgänge im „Kataster der gelöschten Vereine“ im Wiener Stadt- und Landesarchiv [WStLA].

Insgesamt lassen sich 245 der 1890 in Wien noch bestehenden 3515 Vereine in die Zeit vor 1848 zurückverfolgen. Doch zeigt sich, daß der Großteil dieser Vereine (170) rein „sozialversicherungsmäßigen“ Zwecken diene: Kranken- und Altersversorgung, Bestattungswesen und Wohltätigkeit. In den Vororten bestanden zu dieser Zeit praktisch nur Krankenunterstützungs- und Leichenbestattungsvereine (55 von 57) – nach dem Vereinsnamen zu schließen zumeist noch an die jeweilige Pfarre gebunden.

Aber auch für Wien ist es wohl noch nicht möglich, von einem ausgeprägten „Vereinswesen“ zu sprechen, wenn auch die wenigen übrigen Vereine gerade jene sind, die als Träger bürgerlicher Kultur- und Wissenstradition ihr Wirken bis in unsere Tage fortsetzten: „k. k. Gesellschaft der Musikfreunde des österreichischen Kaiserstaates“, „Wiener Männergesang-Verein“, „Österreichischer Kunstverein zu Wien“, „k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft“, „k.k. Gartenbaugesellschaft“, „Niederösterreichischer Gewerbeverein“, „Juridisch-politischer Leseverein“, etc. Einzig die sechs Kirchenmusikvereine sind als nicht so prominent, aber doch auch als „bürgerlich“ anzusehen<sup>26</sup>).

In die Jahre 1848/52–1867, diesen von Revolution, Erlassung des Vereinspatents und des Vereinsgesetzes begrenzten Abschnitt, fallen insgesamt 259 Gründungen, davon 202 im städtischen Bereich. Wenn auch hier wieder die Gründungstätigkeit der sozial-karitativen Vereine dominiert (im Bereich der Stadt ca. die Hälfte, in den Vororten 38 von 57), so zeigen sich namentlich im städtischen Bereich unübersehbare Ansätze zu einer Vervielfältigung der Vereinstypen und Zahlen: Gesang- und Musikvereine, Geselligkeitsvereine, wissenschaftliche und Turnvereine. An der Schwelle des Jahres 1868, mit der das Vereinsgesetz in Kraft trat, kann insgesamt festgestellt werden, daß zumindest für den Bereich der Stadt bereits in allen Rubriken der oben genannten Typologie Vereine entstanden waren, der „unpolitische“ Alltag also allmählich vereinsmäßig „ausgefüllt“ wurde. Doch auch in den Vororten zeigt sich eine zwar abgeschwächte, aber doch im Vergleich zur Zeit vor 1848 markante Vervielfältigung der Vereinszwecke. Insbesondere bildeten sich eine Reihe von Gesangsvereinen, vereinzelt aber auch Geselligkeits-, Turn- und sonstige Vereine.

Für die dritte Periode, 1867–1914, imponiert rein numerisch schon allein die Entwicklung des zahlenmäßigen Umfangs des Vereinswesens. Bestanden 1880

<sup>26</sup> HERTA OBROVSKI, Das Wiener Vereinswesen im Vormärz, phil. Diss. (Wien 1970); WALTER SAUER, Musikvereine an Wiener Kirchen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert; in: Kirchenmusikalisches Jahrbuch 63/64 (1979/80) 81–113; WILHELM BRAUNEDER, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990 (Wien 1992); JOSEF PAUSER, Leseverein und Hilfsverein bei Josef Bermann. Zur Verifizierung zweier Vereine in Josef Bermanns Tagebüchern; in: Wiener Geschichtsblätter 46 (1991) 62–70; HANS PETER HYE, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Österreich; in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 18/3 (1988) 86–96; DERS., Josef Bermanns Tagebücher (1835–1878). Eine Quelle zum frühen Wiener Vereinswesen; in: Wiener Geschichtsblätter 44 (1989) 118–127; DERS., Wiener Vereinsmeier um 1850; in: HANNES STEKL, PETER URBANITSCH, ERNST BRUCKMÜLLER, HANS HEISS (Hgg.), „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“ (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 2, Wien – Köln – Weimar 1992) 292–316.

2708 Vereine in Niederösterreich, so wuchs diese Zahl – die bis dahin jeweils erfolgten Löschungen unberücksichtigt – in den folgenden Jahren auf 6249 (1890), 13.367 (1900) und schließlich 19.604 (1910)<sup>27)</sup>. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des Ist-Bestandes belief sich im ersten Beobachtungsjahrzehnt auf 8,72 Prozent, im zweiten auf 7,9 Prozent und im dritten immer noch auf 3,9 Prozent, das durchschnittliche Wachstum zwischen 1880 und 1910 betrug jährlich 6,82 Prozent. Dabei ist es in unserem Zusammenhang weniger wichtig, daß sich die Anzahl der Spar- und Losankaufvereine, einer spezifisch Wiener Vereinsform<sup>28)</sup>, von 211 (1880) auf 4660 mehr als verzweihundzwanzigfach hat, bedeutend erscheint aber die nahezu Vervierzigfachung der Anzahl der Turn- und Sportvereine von 35 auf 1374, bedenkt man die Bedeutung des Turnens für die politische Mobilisierung<sup>29)</sup>. Ähnliches gilt im wirtschaftlich/gesellschaftlichen Bereich für die Fachvereine. Deren Zahl verdreihundzwanzigfachte sich zwischen 1880 und 1910 von 57 auf 1346. Aber auch Bildungs- und landwirtschaftliche Vereine wiesen mit Zuwächsen von mehr als jeweils 1600 Prozent gewaltige zahlenmäßige Steigerungen auf. Relativ bescheiden macht sich dagegen das Wachstum der Anzahl der politischen Vereine aus. Deren Ist-Bestand wuchs im Beobachtungszeitraum lediglich um knapp mehr als das Vierfache von 87 auf 378. Dies hängt, wie noch zu zeigen ist, mit der steigenden Bedeutung der „modernen“ Weltanschauungen und Ideologien (die im „politikfreien Raum“ entstanden) zusammen.

Die soziale Relevanz dieser Zahlen zeigt sich aber erst, wenn man sie zur Bevölkerungsentwicklung in Beziehung setzt.

Tabelle 2: BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND VEREINSWESEN IN NIEDERÖSTERREICH 1880–1910

Jahr	1880	1890	1900	1910
Bevölkerung <sup>a)</sup>	2,169.032	2,462.557	2,856.701	3,264.110
Vereine	2.762	6.249	13.367	19.604
Personen/Verein	785	394	214	166

a) Anwesende einheimische Bevölkerung

Quelle: EMIL BRIX, Die Umgangssprachen in Österreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910 (=Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 72, Wien – Köln – Graz 1982) 437.

<sup>27)</sup> Laut Vereinskataster betrug die Anzahl der Bildungen bis 1880 4586, bis 1890 9550 und bis 1900 19.369, die Anzahl der bis dahin erfolgten Löschungen also 1878, 3301 und 6002.

<sup>28)</sup> 1890: in Wien 1166, in Niederösterreich gesamt 1434, in der österreichischen Reichshälfte gesamt 1970. Angaben nach HANDBUCH DER VEREINE UND STATISTISCHES HANDBUCH.

<sup>29)</sup> Zur diesbezüglichen Bedeutung des Turnwesens in den deutschen Ländern vgl. DIETER LANGEWIESCHE, „für Volk und Vaterland kräftig zu wirken ...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871; in: DERS., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa (München 2000) 103–131.

Diese Werte dokumentieren nun deutlich, wie – zumindest statistisch – die Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte der Monarchie sehr rasch in das Netzwerk der Vereine integriert wurde. Bezogen auf die Einwohnerschaft hat sich das Angebot des Vereinswesens beinahe verfünffacht. Versuchen wir nun eine regionale bzw. Differenzierung nach Stadt und Land respektive Wien und restliches Niederösterreich, so zeigen sich für das Jahr 1890 folgende Werte.

Tabelle 3: VEREINE BEZOGEN AUF DIE BEVÖLKERUNG IN WIEN UND NIEDERÖSTERREICH 1880 UND 1890

Jahr	Wien			übriges Niederösterreich		
	Bevölkerung	Vereine	Personen/Verein	Bevölkerung	Vereine	Personen/Verein
1880	632.100	997 <sup>a)</sup>	634	1.536.932	1.793	857
1890	1.213.878	3.515	345	1.248.679	2.734	457

<sup>a)</sup> Tatsächlich müssen es mehr gewesen sein, diese Zahl ergibt sich aus dem Handbuch der Vereine. Daher ist letztlich auch die resultierende Anzahl der Personen je Verein niedriger anzusetzen. Verzerrungen ergeben sich zusätzlich dadurch, daß die 294 Vereine in den „Vororten“, die sozial der „Agglomeration“ der Stadt zuzurechnen sind, hier dem übrigen Land zugerechnet werden.

Quellen: DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG UND DER MIT DERSELBEN VERBUNDENEN ZÄHLUNG DER HÄUSLICHEN NUTZTHIERE VOM 31. DEZEMBER 1880 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern (=Österreichische Statistik I/2, Wien 1882) Tabelle 2: Einheimische Bevölkerung nach der Umgangssprache; DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG VOM 31. DEZEMBER 1890 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern (=Österreichische Statistik XXXII/3, Wien 1892) Tabelle 3: Bevölkerung nach der Umgangssprache; HANDBUCH DER VEREINE für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nach dem Stand am Schlusse des Jahres 1890 und mit einem Anhang für das Jahr 1891 (Wien 1892).

Trotz der durch die Eingemeindung der Vororte (1890) etwas verzerrten Werte läßt obige Tabelle einige markante Trends erkennen. Sie zeigt, daß sich im Untersuchungszeitraum von 1880 bis 1890 sowohl in Wien als auch im übrigen Gebiet Niederösterreichs die soziale Vereinsdichte in etwa verdoppelt hat. Außerdem zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Wiener und Nichtwiener Vereinsdichte, der sich allerdings tendenziell verringert. Hier müßten allerdings noch detailliertere Untersuchungen hinsichtlich städtischer und ländlicher Vereinstypen angestellt werden. Sehr verzerrend würden sich beispielsweise die Anzahl der Feuerwehrvereine auswirken (1880 in Niederösterreich insgesamt 384, 1890 823), die nahezu vollständig in den kleinen Gemeinden und nicht in der Stadt ihren Sitz haben.

Nähere Details bezüglich der Verteilung einzelner Vereinsgruppierungen (politische, Arbeitervereine, christlichsoziale Vereine) werden im Anschluß an die auf den Seiten 156/157 folgende Tabelle 4 untersucht.

Zwischen 1868 und 1901 wurden in Niederösterreich insgesamt 526 politische Vereine<sup>30)</sup> gebildet. Bereits ein erster Blick auf die Verteilung all dieser Gründun-

<sup>30)</sup> Zum zeitgenössischen Begriff „politische Vereine“ und seiner Problematik vgl. URBANITSCH, Staatsmacht, Vereine und Parteien 279–304.

gen zeigt deutlich, daß das Zentrum des politischen Vereinswesens in Wien lag. Dort entstanden nämlich mit 333 Vereinen nicht weniger als 63,27 Prozent. 58 oder 11 Prozent aller dieser Vereine finden sich im (industrialisierten) Viertel unter dem Wienerwald, 54 (10,26 Prozent) im Waldviertel, 44 (8,36 Prozent) im Viertel ober dem Wienerwald und nur 29 (5,55 Prozent) im Weinviertel. Betrachtet man die Werte der 1900 tatsächlich noch bestehenden Vereine, so ist die Konzentration in der Metropole noch höher. Demnach saßen nämlich 232 von insgesamt 338 politischen Vereinen oder beinahe 69 Prozent in Wien.

Betrachtet man nun den Gesamtzeitraum zwischen 1868 und 1901, so ist freilich festzustellen, daß an dessen Ende der Höhepunkt dieses Konzentrationsprozesses schon überschritten war. Betrug der Wiener Anteil im Jahre 1871 nur knapp 30 Prozent aller niederösterreichischen politischen Vereine, so stieg er bis 1895 kontinuierlich auf über 75 Prozent an und sank in der Folge bis auf die oben genannten Werte von 1901.

Über den gesamten Zeitraum zeigen sich neben einigen Gründungswellen auch Abschnitte der Stagnation, in denen es als Folge von Auflösungen sogar zu Verringerungen der Anzahl der bestehenden Vereine kam.

Als erste dieser Wellen ist der Zeitraum zwischen 1868 (Inkrafttreten der Dezemberverfassung) und 1873 (Einführung der Direktwahlen zum Abgeordnetenhaus) anzusehen, in dem etwa 140 politische Vereine gebildet wurden. Eine weitere, wenngleich wesentlich abgeschwächte, Welle zeigt sich im Zeitraum zwischen 1880 (erste Jahre der Regierung Taaffe) und 1885 mit 62 Bildungen. Erst zu Beginn der neunziger Jahre kam es dann wieder zu einer vermehrten Gründungstätigkeit (Ende der Ära Taaffe), die in den Jahren 1896 bis 1898 (Badenikrise) mit insgesamt 105 Bildungen kulminierte. Dagegen können die zweite Hälfte sowohl der siebziger als auch der achtziger Jahre (Krise des Bürgerministeriums, „Normalisierung“ unter Taaffe) hinsichtlich der Gründung politischer Vereine in Niederösterreich als Stagnationsphasen betrachtet werden. Freilich ist hier auch wieder eine weitere Differenzierung, namentlich zwischen Wien und dem flachen Lande nötig.

Wie bereits erwähnt, war in den Jahren um 1870 die Konzentration der politischen Vereine in Wien am geringsten, dennoch lassen sich auch hier vorerst quantitativ einige nähere Aspekte erwähnen. So kam es unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Vereinsgesetzes von 1867, das ja erstmals die Möglichkeit der Bildung politischer Vereine einräumte, in Wien zu einer Reihe von Bildungen; insgesamt waren es bis Ende 1870 30, von denen bis dahin fünf bereits wieder aufgelöst worden waren. Dagegen setzten die Bildungen außerhalb Wiens erst ab 1870/71 ein, zu einem Zeitpunkt also, als in Wien das erste „Gründungsfieber“ bereits im Abklingen war.

Welche Vereine wurden nun gebildet? Auch hier zeigen sich markante Abweichungen zwischen der Residenzstadt und dem übrigen Lande. Entstand in Wien ein relativ breit gefächertes Spektrum von demokratischen, liberalen und katholischen Vereinen, so dominierten auf dem flachen Lande letztere zahlenmäßig eindeutig. Dort kam es nur zu vereinzelt Gründungen liberaler „Bürgervereine“. Doch sind die Aktivitäten auf dem flachen Land noch weiter zu diffe-

Tabelle 4: POLITISCHE VEREINE IN  
NIEDERÖSTERREICH (1868–1901):  
ZEITLICHE UND REGIONALE VERTEILUNG  
DER GRÜNDUNGEN UND DES BESTANDES

A: Anzahl der Vereinsgründungen im jeweiligen Jahr (in diese Zahl geht auch die Zahl der Umbildungen ein [insgesamt 57]); B: Summe der Vereinsgründungen bis zum Ende des jeweiligen Jahres; C: Anzahl der Löschnungen im jeweiligen Jahr (in diese Zahl geht entsprechend auch die Zahl der Umbildungen ein); D: Summe der Löschnungen bis zum Ende des jeweiligen Jahres; E: Anzahl der tatsächlich bestehenden Vereine zum Ende des jeweiligen Jahres (= B-D).

Zur Gesamtsumme der Viertel und Wiens: Die entstandene Differenz von acht Vereinen rührt daher, daß diese nicht eindeutig einem Viertel zuordenbar waren.

VOMB: Viertel ober dem Manhartsberg (Waldviertel)

VUMB: Viertel unter dem Manhartsberg (Weinviertel)

VOWW: Viertel ober dem Wienerwald

VUWW: Viertel unter dem Wienerwald

Quelle: NÖLA Vereinskataster XIX – Politische Vereine, eigene Berechnung

Jahr	VOMB					VUMB				
	A	B	C	D	E	A	B	C	D	E
1868	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
1869	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
1870	14	15	0	0	15	3	3	0	0	3
1871	10	25	1	1	24	8	11	0	0	11
1872	1	26	1	2	24	0	11	1	1	10
1873	1	27	4	6	21	0	11	2	3	8
1874	1	28	4	10	18	0	11	1	4	7
1875	0	28	0	10	18	1	12	0	4	8
1876	0	28	3	13	15	0	12	1	5	7
1877	0	28	2	15	13	0	12	0	5	7
1878	0	28	0	15	13	0	12	1	6	6
1879	0	28	1	16	12	0	12	1	7	5
1880	0	28	2	18	10	1	13	0	7	6
1881	4	32	1	19	13	0	13	0	7	6
1882	1	33	0	19	14	1	14	0	7	7
1883	0	33	1	20	13	0	14	1	8	6
1884	0	33	1	21	12	0	14	1	9	5
1885	0	33	2	23	10	0	14	0	9	5
1886	1	34	0	23	11	0	14	0	9	5
1887	0	34	1	24	10	0	14	0	9	5
1888	0	34	0	24	10	1	15	0	9	6
1889	1	35	1	25	10	0	15	0	9	6
1890	1	36	0	25	11	0	15	0	9	6
1891	0	36	0	25	11	1	16	0	9	7
1892	1	37	2	27	10	0	16	2	11	5
1893	1	38	1	28	10	0	16	0	11	5
1894	0	38	0	28	10	3	19	0	11	8
1895	0	38	0	28	10	0	19	0	11	8
1896	2	40	0	28	12	1	20	0	11	9
1897	5	45	0	28	17	2	22	0	11	11
1898	4	49	0	28	21	4	26	0	11	15
1899	0	49	0	28	21	1	27	0	11	16
1900	2	51	0	28	23	2	29	0	11	18
1901	3	54	0	28	26	0	29	1	12	17

VUWW					VOWW					WIEN					Gesamt				
A	B	C	D	E	A	B	C	D	E	A	B	C	D	E	A	B	C	D	E
3	3	0	0	3	0	0	0	0	0	16	16	1	1	15	20	20	1	1	19
1	4	0	0	4	0	0	0	0	0	4	20	1	2	18	5	25	1	2	23
2	6	1	1	5	6	6	0	0	6	10	30	3	5	25	37	62	4	6	56
7	13	0	1	12	14	20	0	0	20	7	37	1	6	31	51	113	2	8	105
2	15	0	1	14	0	20	1	1	19	7	44	3	9	35	10	123	6	14	109
2	17	1	2	15	1	21	1	2	19	14	58	2	11	47	18	141	10	24	117
0	17	2	4	13	0	21	2	4	17	8	66	2	13	53	9	150	12	36	114
0	17	1	5	12	2	23	1	5	18	5	71	2	15	56	9	159	5	41	118
0	17	4	9	8	0	23	0	5	18	3	74	2	17	57	3	162	11	52	110
0	17	0	9	8	0	23	3	8	15	1	75	3	20	55	1	163	9	61	102
0	17	1	10	7	0	23	3	11	12	2	77	4	24	53	2	165	9	70	95
0	17	0	10	7	1	24	1	12	12	7	84	1	25	59	8	173	5	75	98
0	17	0	10	7	0	24	1	13	11	2	86	5	30	56	3	176	8	83	93
1	18	0	10	8	0	24	0	13	11	4	90	1	31	59	9	185	2	85	100
0	18	1	11	7	0	24	0	13	11	6	96	1	32	64	8	193	2	87	106
1	19	0	11	8	2	26	0	13	13	11	107	6	38	69	14	207	9	96	111
1	20	0	11	9	2	28	0	13	15	11	118	0	38	80	14	221	2	98	123
0	20	0	11	9	0	28	0	13	15	14	132	5	43	89	14	235	7	105	130
0	20	0	11	9	0	28	0	13	15	7	139	3	46	93	8	243	3	108	135
0	20	0	11	9	1	29	1	14	15	1	140	2	48	92	2	245	4	112	133
1	21	0	11	10	0	29	0	14	15	3	143	0	48	95	5	250	0	112	138
1	22	1	12	10	0	29	0	14	15	10	153	3	51	102	12	262	6	118	144
0	22	1	13	9	1	30	0	14	16	5	158	3	54	104	7	269	4	122	147
5	27	0	13	14	0	30	0	14	16	12	170	8	62	108	18	287	8	130	157
1	28	2	15	13	1	31	1	15	16	21	191	5	67	124	24	311	12	142	169
0	28	0	15	13	1	32	2	17	15	20	211	2	69	142	22	333	5	147	186
2	30	0	15	15	1	33	1	18	15	12	223	7	76	147	18	351	8	155	196
1	31	0	15	16	1	34	1	19	15	10	233	5	81	152	12	363	6	161	202
12	43	1	16	27	0	34	1	20	14	32	265	5	86	179	47	410	7	168	242
5	48	1	17	31	4	38	0	20	18	21	286	2	88	198	37	447	3	171	276
3	51	0	17	34	1	39	1	21	18	9	295	2	90	205	21	468	3	174	294
2	53	1	18	35	1	40	0	21	19	13	308	7	97	211	17	485	8	182	303
1	54	1	19	35	0	40	0	21	19	8	316	3	100	216	13	498	4	186	312
4	58	0	19	39	4	44	0	21	23	23	333	1	101	232	28	526	2	188	338

renzieren. Im Waldviertel und im Viertel ober dem Wienerwald entstanden nämlich wesentlich mehr, vor allem katholische, Vereine als in den übrigen Landesteilen.

Betrachtet man nun die katholischen Vereine hinsichtlich ihrer Bestandsdauer näher, so stellen sich erneut wesentliche Unterschiede zwischen Stadt und Land heraus. Demnach erlebte nämlich ein Großteil der „katholischen Casino- und Volksvereine“<sup>31)</sup> auf dem flachen Land das zehnjährige Bestandsjubiläum nicht mehr, während sich ihre Wiener Geschwister als wesentlich langlebiger erwiesen. Dagegen differierten die vor 1872 gegründeten nichtkatholischen Vereine in Stadt und Land hinsichtlich ihrer Lebensdauer kaum. Wie weit daraus der Schluß zulässig ist, daß die Kurzlebigkeit der katholischen Vereine in Zusammenhang mit dem anfänglichen Mißlingen katholisch-politischer Mobilisierung zu sehen ist, wäre noch genauer zu überprüfen. Allerdings dürfte auch die Stagnation der Bildungen in der Folgezeit in diese Richtung weisen.

Unterschiede zwischen Metropole und ihrem Umland zeigen sich auch während der zweiten Gründungswelle zwischen 1880 und 1885. Für diese Zeit läßt sich die Bildung von 62 politischen Vereinen nachweisen, 48 davon allein in Wien. Dies spricht bereits dafür, daß diese Gründungswelle eigentlich nur die Stadt betraf, während die Vereins- bzw. Bildungstätigkeit in der „Provinz“ weiterhin stagnierte. Wuchs nämlich in Wien in diesem Zeitraum der Ist-Bestand von 56 auf 89 politische Vereine (48 Bildungen und 18 Löschungen), so stehen im übrigen Land den vierzehn Bildungen zehn Auflösungen gegenüber. Vorerst dürfte hier also weiterhin jene allgemeine Feststellung Hugelmanns über die politische Mobilisierung auf dem Lande gelten: „Die lokale Zusammendrängung (der politischen Vereine) in einzelnen Ländern beweist, daß die Bevölkerung weiter Landstriche sich entweder dem politischen Leben gegenüber überhaupt apathisch verhält oder die Anwendung der gewöhnlichen Mittel der Agitation prinzipiell verschmäht. ... Nur selten messen sich die Parteien auf dem gemeinsamen strittigen Boden des Vereinslebens, auf dem flachen Lande scheinen es die Minoritäten, wo solche überhaupt vorhanden sind, zur Vereinsorganisation überhaupt noch nicht gebracht zu haben. Die Parteien Österreichs müssen demnach voraussichtlich eine lokale Färbung besitzen, mehr oder minder müssen sich decken Landsmannschaft und Partei, es kann, da wir es mit einem polyglotten Staate zu tun haben, das nationale Element in der Schaffung politischer Gegensätze nicht fehlen und große staatliche Gesichtspunkte, welche in gleicher Weise Zentrum und Peripherie durchdringen müßten, haben sicherlich im österreichischen Parteileben die örtlichen Besonderheiten nicht zu überwinden vermocht.“<sup>32)</sup>

<sup>31)</sup> Eine Ausnahme stellte hier in doppelter Weise der „Constitutionelle Volksverein für das Viertel ober dem Wienerwald“ mit dem Sitz in St. Pölten dar. Erstens bestand er von 1870 bis 1887, zweitens war dieser Verein, hinter dessen Namen man eigentlich eine demokratische oder liberale Bildung vermuten würde, in seiner Frühzeit ein sehr wichtiger Träger katholischer Mobilisierung. Näheres dazu unten S. 176 f., NÖLA Vereinskataster XIX/26.

<sup>32)</sup> KARL HUGELMANN, Beiträge zur Geschichte und Statistik der politischen Vereine in Oesterreich; in: Oesterreichische Zeitschrift für Verwaltung XIII (1880) 71–73, 123–125, 165–167,

Gemessen an den Vereinsbezeichnungen zeichnen sich jedoch einige neue Aspekte ab. So kam es während dieser Zeit nur mehr zur Bildung eines einzigen „katholischen“ Vereines, des „Katholischen Volksvereins in Leobendorf“, wobei auch hier die Bezeichnung „Volksverein“ sich deutlich vom früher gebrauchten „Casino“ unterscheidet. Verstärkt findet man dagegen das Attribut „deutsch“ im Vereinsnamen, auch die Bezeichnung „Wählerversammlung“ wurde immer häufiger gebraucht.

Für die Gründungswelle der frühen neunziger Jahre gilt quantitativ dasselbe wie für jene der frühen achtziger Jahre. Wurden während dieser Zeit in Wien 80 Vereine gebildet, so waren es im übrigen Niederösterreich lediglich 21. Neuerlich fallen neue Attribute auf: christlichsozial, deutschfortschrittlich, deutsch-national und sozialdemokratisch.

Die Reform des Reichsratswahlrechtes wie auch die Übersteigerung der politischen Emotionen im Zuge der Badenischen Sprachenverordnungen dürften wohl ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß in die Jahre 1896–1898 der stärkste Gründungsboom an politischen Vereinen während des gesamten Beobachtungszeitraumes fiel. Insgesamt kam es zur Gründung von 105 Vereinen, 62 davon in Wien. Wenn auch die Werte der übrigen Viertel demgegenüber wesentlich geringer ausfallen (Waldviertel 11, Weinviertel 7, VUWW 20, VOWW 5), so ragen diese doch im Vergleich mit den vorhergegangenen zwanzig Jahren deutlich hervor.

Auffallend ist auch ein weiterer Umstand. Zwei Drittel aller in dieser Zeit gebildeten Vereine trugen nämlich nun ein Attribut, das den in Entstehung begriffenen politischen Lagern entsprach: christlichsozial, deutsch[national], sozialdemokratisch. Nach Vierteln differenziert finden sich auch hier wieder markante Abweichungen. In Wien zeichnet sich allmählich die Dominanz des sozialdemokratischen Vereinswesens ab, 20 diesfälligen Vereinsgründungen stehen je 10 christlichsoziale und „deutsche“ Bildungen gegenüber. Auch im industriellen Viertel unter dem Wienerwald zeigt sich dieser Trend (7 : 4 : 2). Im Weinviertel scheinen dagegen die Christlichsozialen erfolgreicher gewesen zu sein, sie gründeten dort drei politische Vereine, die „Deutschen“ zwei und die Sozialdemokraten nur einen. Deutlich ist die Dominanz der Christlichsozialen auch im Waldviertel. Dort trugen von den insgesamt elf neu gegründeten politischen Vereinen neun das Attribut „christlichsozial“, „deutsche“ und sozialdemokratische Gründungen gab es dagegen nicht. Das Viertel ober dem Wienerwald unterscheidet sich von den übrigen in zweifacher Hinsicht. Einmal kam es dort nur zu fünf Neubildungen, davon zwei „deutsche“, während Christlichsoziale und Sozialdemokraten zumindest nach den Vereinsnamen hier noch nicht tätig werden konnten.

Untersuchen wir nun den Zusammenhang von Sitz und Anzahl politischer Vereine hinsichtlich des „politischen Erfolges“ bei den Reichsratswahlen von

---

169–171, 173–174, 177–178, 209–212, 215–218, 221–225; XIV (1881) 1–5, 7–10, 13–15, 19–22; XV (1882) 29–31, 33–35, 39–41, 105–108, 111–114, 117–120, 123–126, 129–133, 135–137, hier 1880, 125 (In der Folge immer zitiert nach Jahrgang und Seite).

Tabelle 5: NIEDERÖSTERREICHISCHE ABGEORDNETE IM REICHSRAT  
(STÄDTEKURIE, LANDGEMEINDEN UND ALLGEMEINE WÄHLERKLASSE) NACH PARTEIEN,  
SOWIE POLITISCHE VEREINE NACH DEREN SITZ IN DEN ENTSPRECHENDEN WAHLKREISEN

1873		1879		1885		1891		1897			1901			Partei
StG	LG	AWK	StG	LG	AWK									
16	9	16	8	8	8	3	3	1			1			Verfassungstreu
				1		3		4			4			Liberale
				3		2		2			1			Demokraten
				2	1	2	2	1						Deutschnational
				2		6	4	7	4	1	3	1		Antisemitisch
								1			3	2		Deutsche Volkspartei
													1	Alldeutsch
	1		2		1		1		1			1		Klerikale
								3	2	6	4	5	5	Christlichsozial
											4		1	Sozialdemokratisch
16	10	16	10	16	10	16	10	18	7	7	20	9	7	Summe
														Politische Vereine
47		59		89		108		198			232			Wien
35	25	26	10	31	8	43	6	62	15		83	21		Niederösterreich

STG: Städteturie, LG: Landgemeinden; AWK: Allgemeine Wählerklasse

Quelle: OSWALD KNAUER, Das österreichische Parlament von 1848 bis 1966 (Wien 1969).

1873 bis 1901 in den Kurien der Stadt- und Landgemeinden bzw. der Allgemeinen Wählerkurie.

Die Tabelle 5 zeigt zunächst recht deutlich, wie sich das Parteienspektrum der niederösterreichischen Reichsratsabgeordneten von Wahl zu Wahl ausgeweitet hat. Parallel dazu erscheint als erster Eindruck die doch recht deutliche Korrelation der Erweiterung dieses Spektrums mit der steigenden Anzahl bestehender politischer Vereine. Dennoch ist namentlich bei den Landgemeinden Vorsicht geboten. Dort zeigt sich nämlich trotz des zunächst drastischen numerischen Rückgangs der Anzahl der politischen Vereine bis 1891 eine allmähliche Ausweitung des Spektrums. Kann also demnach für die städtischen Wahlbezirke eine gewisse Rolle dieser Organisationen für die politische Mobilisierung angenommen werden – politische Vereine als Träger der Wahlkomitees auf lokaler Ebene<sup>33)</sup> –, so dürften für die politische Mobilisierung auf dem flachen Lande doch auch andere – informelle – Faktoren maßgeblich geworden sein.

<sup>33)</sup> HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 67.

### 3. Vereinswesen und politische Kultur in der Zeit der liberalen Dominanz

Dem Versuch, die Rolle des Vereinswesens innerhalb der sich wandelnden politischen Kultur zwischen 1848 und 1914 zu bestimmen, muß zunächst eine kurze Bestimmung der letzteren vorausgehen. Mit Hanisch verstehe ich unter „politischer Kultur“ jenes „... Set von Orientierungen, Haltungen und Einstellungen gegenüber den sozialen und politischen Prozessen und Strukturen einer bestimmten Epoche ... [und, wie hinzugefügt werden soll, in einer bestimmten Region, H.P.H.] das kognitiv und affektiv von den Menschen verarbeitet wird“<sup>34</sup>). Würde nun allein das Auflisten der Dimensionen des sozialen Wandels in unserem Beobachtungszeitraum den Rahmen der Arbeit sprengen – zu denken ist an Industrialisierung, Urbanisierung, „Bauernbefreiung“, Landflucht und Kapitalisierung der Landwirtschaft, Entwicklung der „Klassengesellschaft“ etc. etc. –, so soll dieser gemeinsam mit der infrastrukturellen Veränderung hier kurz als „Modernisierung“ bezeichnet werden, wobei die in deren Folge auftretenden Krisen persönlicher, kollektiver und systemimmanenter Art nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Allerdings ist auch der Bereich der „politischen Modernisierung“ zu berücksichtigen, wandelte sich doch das realpolitische System zwischen der Etablierung des Neoabsolutismus und der Erreichung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechtes grundlegend. Ein Faktor ist in diesem Zusammenhang näher zu betrachten, das Ringen und später die Diskussion um den Konstitutionalismus, der Teilung der Macht zwischen Monarchen und „Volk“<sup>35</sup>) und dabei vor allem das „Volk“<sup>36</sup>). Wer war dieses in den verschiedenen politischen und später weltanschaulichen Konzeptionen und auf welche Weise sollte dieses diesen Konzeptionen entsprechend an der politischen Macht beteiligt werden?

Trotz seines zunächst umfassend scheinenden Charakters entpuppte sich dieser Begriff nämlich sehr schnell als ein- und ausgrenzendes und damit asymmetrisches<sup>37</sup>), Wahlberechtigte und Nichtwahlberechtigte, aber auch „uns“ und „euch“, bezeichnendes Instrument<sup>38</sup>). Bereits 1848 waren die drei Grundhaltungen bekannt, die – abgesehen von den nationalen Konnotationen – vereinfachend

<sup>34</sup>) ERNST HANISCH, Historische Überhänge in der österreichischen politischen Kultur; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 13 (1984) 15–19, hier 15.

<sup>35</sup>) STEFAN MALFÈR, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – siebenzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 11–67, hier 17 f.

<sup>36</sup>) Vgl. allgemein REINHART KOSELLECK U. A., Volk, Nation, Nationalismus, Masse; in: OTTO BRUNNER, WERNER CONZE, REINHART KOSELLECK (Hgg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 8 Bde. (Stuttgart 1972–1997), hier VII 141–431.

<sup>37</sup>) REINHART KOSELLECK, Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe; in: DERS., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten (Frankfurt am Main <sup>4</sup>1985) 211–259.

<sup>38</sup>) Unberücksichtigt muß hier der an anderer Stelle in kompetenter Weise behandelte Umstand bleiben, daß das „Volk“ auch aus Männern und Frauen bestand.

als die liberale, die demokratische und die katholisch-konservative bezeichnet werden<sup>39</sup>). Liberale und Demokraten gingen noch vom aufklärerischen Ideal der Vervollkommnung des (männlichen) Menschen zum Bürger durch Besitz und Bildung aus. Allerdings zeigten die aufgeklärten Schriftsteller bereits vor 1848 wenig Skrupel, wenn ihr Ideal, beispielsweise angesichts der Massenverarmung<sup>40</sup>), nicht mehr der Realität entsprach: Der „Pöbel“, und dieses Wort findet sich noch viel später in ähnlichem Gebrauch, etwa als die Liberalen Ende der achtziger Jahre ohnmächtig der Mobilisierung der Antisemiten bzw. Christlichsozialen gegenüberstanden, hatte in ihren Augen sein Recht auf Partizipation verwirkt. Galt demnach für die Liberalen jener als politisch berechtigter „Bürger“, der beispielsweise auf Grund seiner Besitz- oder Bildungsqualifikation das kommunale Wahlrecht innehatte<sup>41</sup>), so traten die Demokraten immer für dessen Allgemeinheit und Gleichheit ein, ohne sich gleichzeitig dessen bewußt zu sein, daß auch sie sehr scharfe Grenzen setzten. „Wen diese Worte nicht erfreu'n, verdient nicht ein Mensch zu sein“, diese literarische Feststellung kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man etwa eine Rede des demokratischen Abgeordneten Kronawetter über die Wähler der Antisemiten verfolgt: „Das zeugt von einer tiefen sittlichen Verwilderung, welche unter diese Classen [die Wähler Luegers, H.P.H.] gekommen ist, es zeigt, daß sie jener Kämpfe und jener Opfer, die es gekostet hat, um ihnen das Wahlrecht zu verschaffen, nicht würdig und nicht wert sind, daß sie nicht fähig sind, die Rechte auszuüben, welche ihnen gewährt wurden ...“<sup>42</sup>)

Doch es waren nicht nur die von sozialer Deklassierung bedrohten Schichten, die während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die alten liberalen und demokratischen Ideale in Frage stellten und auch deshalb ausgegrenzt wurden, es waren ebenso alle Nichtdeutschen, insbesondere die Slawen, die wahlweise als katholisch, feudal, reaktionär denunziert wurden, ohne daß der dortige soziale und politische Wandel, aber auch die Frage der Struktur bzw. Strukturerneuerung eines facettenreichen geographischen Großstaates berücksichtigt worden wäre. Und wieder sind es auch die Demokraten, die sich im Zweifelsfall sehr entschieden aussprechen: Es könne nicht vergessen werden, „daß die Kroaten und die Rumänen die hilfreichen Handlanger jener Reaction waren, welche im Oktober 1848 die stolzen Hoffnungen der Wiener Demokratie unter einem Kartätschenhagel erstickte. Oh wir begreifen es wohl, warum der Kroatte Spincic [recte

<sup>39</sup>) Siehe dazu oben Kapitel I/B: Jiří KOŘALKA, Die Anfänge der politischen Bewegungen und Parteien in der Revolution 1848/1849.

<sup>40</sup>) WOLFGANG HÄUSLER, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848 (Wien – München 1979) 80 ff.

<sup>41</sup>) HANS HEISS, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914; in: PETER URBANITSCH, HANNES STEKL (Hgg.), Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 9, Wien – Köln – Weimar 2000) 465–503.

<sup>42</sup>) STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL der am 13. Oktober 1892 vom VEREIN ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS veranstalteten Protest-Versammlung (Wien 1892) 25.

Vjekoslav Spinčić] an der Begrüßung der rumänischen Deputation in Elterlein's Casino teilnahm und mit den wahlverwandten Genossen romanischer Zunge verständnisvoll Händedrucke tauschte. Noch gibt es in Wien Häuser, welche die Spuren jener Kugeln aufweisen, mit denen der Croate Jellacic den letzten Widerstand der Wiener Demokratie brach ...“ erklärte die demokratische *Volksstimme* 1892 anlässlich der freundlichen Aufnahme der rumänischen Massendeputation in Wien durch Lueger und die Christlichsozialen<sup>43</sup>).

Bildeten also für die (Alt-)Liberalen die deutschen gebildeten und/oder besitzenden Honoratioren der Städte den Kern des politisch berechtigten „Volkes“ und beschränkten sie sich letztlich auf den „neojosephinischen“ Standpunkt, alles für, nichts durch das „übrige“ Volk zu tun und vertrauten die Demokraten insbesondere ebenso auf den Stellenwert (deutscher) Bildung als letzte Grundlage politischer Berechtigung, so konstruierten auch die Katholisch-Konservativen klare Grenzlinien. So reklamierte Alfred Prinz Liechtenstein 1874 seine Partei als eigentliche Vertreterin des „Volkes“. Dieses bestehe aus den Massen der Slawen in den slawischen Ländern, aus den deutschen Bauern, aus „dem Volk, das die Rekruten stellt ... und nicht aus [jenem, das] als Pöbel in Seidenhüten die Kaffeehäuser von einigen deutsch-österreichischen Städten erfüllt, bei seinem beschämenden Gedankenmangel sich gängeln läßt von Judenblättern und die Statistenrolle abgibt in dem liberalen Tendenz- und Spektakelstücke.“<sup>44</sup>) Freilich würde dieses Volk auf die bewährte Autorität der katholischen Kirche vertrauen, die im „... Begriff Nation ein engeres Band sieht, nie eine Scheidewand“. Dagegen suche der Liberale „... jenes Österreich, das aus der freiwilligen Vereinigung seiner eigenberechtigten Königreiche und Länder entstand, ... das allen seinen Völkern und Stämmen gleiches Recht gewährte ... mehr und mehr in ein Reich umzuwandeln nach seinem Geschmacke, in ein Reich nämlich, dem zum Reiche eines fehlt: ein Land“<sup>45</sup>).

Bereits diese wenigen Beispiele, die alle mehr oder minder aus dem Umfeld von (Vereins-)Versammlungen stammen, belegen überaus deutlich, wie sich schon innerhalb der Gedankenwelt der „traditionellen“ Parteiungen stereotype Ausschließungsprinzipien bildeten, eine Entwicklung, die sich mit der Formierung der politischen Lager und der weltanschaulichen Universalitätsansprüche nur noch radikalisierte. „Volk“ war einerseits jene Personenmenge, die es politisch zu „erobern“ galt, der die alleinige politische Berechtigung zugesprochen wurde, die aber auch zunehmend schärfer abgegrenzt wurde<sup>46</sup>). Die bekannten Paarungen nationaler und konfessioneller Kriterien, die schließlich unter anderem im

<sup>43</sup>) *Volksstimme* vom 4. Juni 1892, 1 f., zum Empfang der rumänischen Deputation vgl. HANS PETER HYE, Rumänische Vereine in Wien bis 1914/16; in: Anuarul Institutului de Istorie Cluj-Napoca 33 (1994) 137–155, hier 152 ff.

<sup>44</sup>) STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL KATHOLISCH-PATRIOTISCHER VOLKSVEREIN 9.

<sup>45</sup>) EBD. 6.

<sup>46</sup>) Zum Öffentlichkeits- bzw. Volksbegriff der in Wien dominierenden Christlichsozialen vgl. auch JOHN W. BOYER, Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897–1918 (Chicago – London 1995) 13.

Rassenantisemitismus kulminierten, war nur eine dieser Entwicklungen. So wird es aber auch verständlich, daß die Agitation der Lager die sozialen Grenzen zunächst kaum überschritt: „Die große Scheidewand, die quer durch die deutsche Wählerschaft verlief, war – gerade nach dem Dafürhalten der Liberalen – die Gretchenfrage des ‘Klerikalismus’. Es spricht für die Lagertheorie und den grundlegenden Charakter dieses ‘cleavage’, daß es kaum Versuche gab, es sei denn in Wien unter Lueger, diese Kluft zu überspringen und die Organisationsstruktur der Gegenseite zu unterwandern.“<sup>47)</sup>

Will man nun den Zeitraum von 1848 bis 1914 hinsichtlich des Wandels der politischen Kultur untersuchen, so stellt sich zunächst das Problem der Periodisierung. Dabei bieten sich einige Möglichkeiten an, die, wie zu zeigen sein wird, einander überlappen. Zunächst erscheint sicherlich die Periode 1860/61 mit der Einführung konstitutioneller Verhältnisse, also der Beteiligung des „Volkes“ an der Macht, als wichtiger Einschnitt, auch wenn das Vereinspatent von 1852 weiterhin galt.

Eine zweite Zäsur bildete das Jahr 1867, in dem das Recht, Vereine zu bilden, verfassungsmäßig garantiert wurde und dies nunmehr auch für politische Vereine galt. Die Dezemberverfassung von 1867 und ihre Umsetzung ins politische Leben wurde aber gleichzeitig auch ein entscheidendes Kriterium politischer Polarisation. War sie der politische Besitzstand, den es um jeden Preis zu erhalten galt, wie es die (zunehmend „alt“ werdenden) Liberalen – nicht ohne Hintergedanken auf die ihre politische Dominanz (vorerst) garantierende Funktion – sahen, war sie ein Gebäude, in das der Liberalismus als erster den deutschen Zentralismus mit sich ziehend einzog, und dann die Türe vor den übrigen Richtungen zuschlug, wie es eine konservative Flugschrift im Jubiläumsjahr 1897 formulierte<sup>48)</sup>, oder war sie einfach nur die Basis, auf der die wirkliche Beteiligung breiter Volksschichten am politischen Leben durch immer weiteren Verfassungsausbau erreicht werden sollte? Oder – und diese Option ist implizit auch zu berücksichtigen – stellte sie – wenn auch nicht deutlich ausgesprochen – für manche Bewegungen gar ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer Ziele dar, nämlich unter Ausnutzung aller verfassungsmäßigen Garantien, die nur für den eigenen Bereich reklamiert wurden, den politischen/nationalen/konfessionellen Gegner aller Rechte zu berauben? Dies gilt insbesondere für den namentlich in Wien aufkeimenden rüden (Rassen-)Antisemitismus, dessen (verbale) Radikalität Anhang und damit „Erfolg“ versprach.

Eine weitere Zäsur kann durch den politischen Bedeutungsverlust der Dominanz der Liberalen ab 1879/80 gesetzt werden. Spätestens ab diesem Zeitpunkt führt die wirtschaftliche Modernisierungskrise auch zu einer latenten politischen Krise, namentlich für die sich bisher ihrer Vorrangstellung bewußten „deutschen“ Eliten. Dem Verlust ihrer (liberalen) Dominanz auf Reichsebene folgte in den neunziger Jahren jener in Wien und Niederösterreich. Freilich waren es jetzt nicht

<sup>47)</sup> HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 67.

<sup>48)</sup> Zitiert nach MALFÈR, Konstitutionalismus 37.

mehr die „traditionellen“ Gegner, Katholisch-Konservative, „Feudale“, Slawen (auch wenn es diese in Niederösterreich kaum gab), die den Liberalismus zertrümmerten, sondern die sich allmählich verfestigenden modernen Lager und politischen Massenbewegungen. Führte, wie bereits eingangs erwähnt, der Versuch Taaffes, das Wahlrecht auszuweiten, noch zu dessen Sturz, so war zumindest auf Reichsebene mit der Badenischen Wahlreform der Weg zum allgemeinen und später gleichen Männerwahlrecht gebahnt, womit sich aber auch der Charakter des „Volkes“ als politischen Objekts der Parteien und des Staates endgültig ändern mußte. Dies ging nicht nur mit der „schärferen Tonart“ Hand in Hand, sondern auch mit der bereits dargestellten beinahe explosionsartigen Vermehrung der Anzahl der Vereine, die nun breiteste Bevölkerungsschichten erfaßten.

Allerdings ist eine weitere Entwicklung zu unterstreichen, durch die die Fragestellung nach Zäsur und Kontinuität eine weitere Facette erhält. Bekanntlich lösten ja die „modernen“ Parteien spätestens mit der Wahlrechterweiterung auf parlamentarischer Ebene jene der Honoratioren in ihrer Bedeutung ab. Nun erscheint es aber untersuchenswert, die Keime dieser modernen Bewegungen aufzuspüren und zu fragen, in welcher Weise und ab wann sich formal und inhaltlich in- und außerhalb des Schoßes der Liberalen die Facetten politischer Mobilisierung änderten und sich schließlich mehr oder weniger offensiv gegen die „alten“ Formen des Politischen wendeten. Diese Fragestellung nach dem Wandel der Formen könnte möglicherweise aufschlußreichere Antworten auf das Problem der politischen Mobilisierung geben als das bloße Festhalten an überkommenen Zäsuren.

Ausnahmezustand und Silvesterpatent sistierten die von allen Verfassungen bzw. Verfassungsentwürfen der Jahre 1848/49 garantierte bzw. intendierte Berechtigung der Staatsbürger, Vereine zu bilden. Auch der Ministerrat trachtete tunlichst, die Entwicklung des Vereinswesens zu kontrollieren – bereits 1848 wurde unmittelbar nach Niederschlagung der (Wiener) Revolution die Auflösung aller demokratischen und Arbeitervereine verfügt und jegliche Neubildung untersagt<sup>49)</sup> –, soweit dessen Bestand nicht unmittelbare Vorteile für den Bestand der „bürgerlichen Gesellschaft hätte<sup>50)</sup>. Das durch das Vereinspatent von 1852<sup>51)</sup> wieder etablierte Konzessionssystem sollte in der Folge das geeignete gesetzliche Instrumentarium dafür bieten, daß die Regierung nach eigenem Ermessen die Grenzen des nicht politischen autonomen und autokephalen bürgerlichen Frei-raums ziehen konnte. Dennoch, und das ist paradox genug, ist gerade die Frühzeit der neoabsolutistischen Periode als eigentlicher Ausgangspunkt der Entwick-

<sup>49)</sup> Ministerialerlaß vom 16. Dezember 1848, RGBl. Nr. 11/1848; HUGELMANN, Beiträge 1877, 202; LEOPOLD KAMMERHOFER, Das politische Vereinswesen und der deutsch-österreichische Liberalismus in Zisleithanien von 1867 bis 1879, geisteswiss. Diss. (Wien 1986) 21.

<sup>50)</sup> DIE PROTOKOLLE DES ÖSTERREICHISCHEN MINISTERRATES 1848–1867 [ÖMR], Abteilung III: Das Ministerium Buol-Schauenstein, Band 1: 14. April 1852 – 13. März 1853, bearbeitet von Waltraud Heindl (Wien 1975), Sammelprotokoll der Ministerkonferenzen vom 24. und 31. Juli 1852, Nr. 33, 194–197.

<sup>51)</sup> Gesetz vom 26. November 1852, RGBl. Nr. 253/1852.

lung namentlich des Wiener Vereinswesens anzusehen und dies in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Wie erwähnt, läßt sich in dieser Phase eine ausgeprägte Differenzierung des Vereinswesens zeigen, die gleichzeitig mit einem Anstieg der Anzahl der Vereine verbunden ist. Bis 1867, dem Jahr des Vereinsgesetzes, durch welches das Konzessionssystem aufgehoben wurde, finden sich in Wien schließlich mit Ausnahme der explizit verbotenen politischen Vereine alle Vereinstypen im Sinne der Vereinsstatistik des späten 19. Jahrhunderts. Erschloß das Vereinswesen in seiner Gesamtheit nun tendenziell den gesamten „unpolitischen“ Alltagsraum, so kann darin sicherlich auch die Absicht gesehen werden, das Lebensganze aus der Summe seiner scharf umgrenzten Einzelteile<sup>52)</sup> zu rekonstruieren.

So zeigt sich zumindest in Einzelfällen und anhand ausgewählter Vereine, daß die Nachfrage nach teilnehmend-mitwirkender Ausgestaltung des Alltags im Vereinsrahmen das Angebot übertraf. Mehr- und Vielfachmitgliedschaften sind auch aus dieser Sicht (noch) als Funktion materiellen und immateriellen Vermögens zu sehen: Mit Wohlstand und gesellschaftlichem (bürgerlichem) Ansehen stieg die Anzahl der individuellen Mitgliedschaften. Umgekehrt steigerte die demonstrative Mitgliedschaft in den diversen Vereinen das persönliche Ansehen<sup>53)</sup> und unterstrich die persönliche Reputation. Man dilettierte als (Natur-)Wissenschaftler, entwickelte im „Kunstverein“ die (gemeinsame) realistische Ästhetik, hatte zumindest ein Konzertabonnement, kümmerte sich um Verbesserung der industriellen Produktion, eignete sich also insgesamt in den Vereinen jenes gehobene Kulturwissen an, das, zusätzlich zur erworbenen literarisch-klas-sischen Ausbildung, die Grundlage der (gehobenen) Unterhaltung im gepflegten Geselligkeitsverein oder im Salon bot<sup>54)</sup>. Der empirische Befund bestätigt den sozial exklusiven Charakter dieses frühen Wiener Vereinswesens. Besitz und, fast noch stärker, Bildung waren Grundvoraussetzung für die Teilnahme<sup>55)</sup>.

Hier entwickelte und vertiefte sich wohl auch jener bürgerliche, (deutsch-)liberale und zentralistische „common sense“, der einerseits die parlamentarischen Vertretungskörper der frühkonstitutionellen Zeit nach 1861 mitprägen sollte, andererseits aber wenig Einsicht und Verständnis für das jenseits des Wissens- und Erfahrungshorizonts Liegende eröffnete und damit im buchstäblichen Sinne dogmatisch, repressiv und arrogant wurde.

---

<sup>52)</sup> Vgl. damit die Definition des Vereins als freiwilliger Personenverbindung zur Erreichung eines durch die Statuten klar definierten Zwecks.

<sup>53)</sup> Diese drückt sich etwa in den Mitgliederverzeichnissen der Vereinspublikationen aus, denen immer viel Platz eingeräumt wurde.

<sup>54)</sup> HYE, Vereinsmeier.

<sup>55)</sup> EBD. Weder gelang den „ungebildeten“ Neureichen die Integration ins Netzwerk der Vereine, noch war es den minder Bemittelten möglich, die insgesamt als hoch einzuschätzenden materiellen Aufwendungen für die aktive Teilhabe zu erbringen. Als der Kunsthändler Josef Bermann, ein aktiver Vereinsmeier, vom Konkurs bedroht war, rissen seine Vereinsbesuche – bislang mindestens einer pro Tag – schlagartig und vollständig ab. Vgl. HYE, Bermann.

Der Eindruck, das Vereinswesen der fünfziger Jahre stelle eine Erneuerung biedermeierlicher Behaglichkeit dar, ein Befund, der auch von manchen Zeitgenossen geteilt wurde<sup>56)</sup>, trägt allerdings. Unter der Oberfläche zeichneten sich Veränderungen ab, die insgesamt die Forderung nach politischer Beteiligung immer lauter werden ließen. Einerseits waren die Ereignisse des Jahres 1848 nicht mehr aus dem Bewußtsein zu verdrängen, immer wieder wurden sie zum Gegenstand informeller Gespräche im Verein<sup>57)</sup>. Zudem konnte die Trennung von Staat und Gesellschaft im Verein buchstäblich physisch aufgehoben werden, denn gerade die Repräsentanten der höchsten Bürokratie und auch viele Minister erwiesen sich in einem Maße als Vereinsmeier, das nahezu ident mit dem bürgerlichen Gesamtinteresse an den einzelnen Vereinen war<sup>58)</sup>. Ein Alexander Bach war z.B. ebenso Mitglied beim „Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder“, beim „Juridisch-politischen Leseverein“, beim Musikverein (der offiziell „k.k. Gesellschaft der Musikfreunde des österreichischen Kaiserstaates“ hieß), bei der „Zoologisch-botanischen Gesellschaft“, beim „Österreichischen Kunstverein“, beim Kreuzerverein (recte „Kreuzerverein zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten“), beim „Altertumsverein“, bei der „k.k. Geographischen Gesellschaft“, beim „Niederösterreichischen Gewerbeverein“ und bei der niederösterreichischen „k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft“<sup>59)</sup>.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt: Nachdem anzunehmen ist, daß sich namentlich wirtschaftliche Vereine mit zeitweilig hoher Sachkompetenz mit Fragen der „Verbesserung“ auseinandersetzten, so berührten sie hier zweifellos nicht nur das politische Gebiet, sondern haben auch in gewissem Sinn als „brain trusts“ für die Regierung gearbeitet<sup>60)</sup>. Nicht zuletzt waren Minister und Angehörige der höchsten Bürokratie in großer Anzahl im „Niederösterreichischen Gewerbeverein“ vertreten<sup>61)</sup>, wo unter anderem 1856 die Gewerbegesetznovelle

<sup>56)</sup> So etwa HUGELMANN, Beiträge 1880, 73, der meinte, das unbedingte Verbot von politischen Vereinen sei deshalb nicht drückend empfunden worden, weil es vielmehr dem „Ruhebedürfnis der Massen“ nach 1848 entsprochen hätte.

<sup>57)</sup> HYE, Bermann 120.

<sup>58)</sup> HYE, Vereinsmeier 295 ff.

<sup>59)</sup> EBD. 294.

<sup>60)</sup> Daß Vereine in dieser Richtung „politisch“ tätig waren, war auch den Zeitgenossen bewußt. Demnach hätten die restriktiven Bestimmungen des Vereinspatentes von 1852 nur jene Vereine unterdrückt, deren Zweck einen Eingriff in die Gesetzgebung oder Regierungsgewalt bedeutet hätte, „... Vereine, welche die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unterstützen, sind zu fördern; es bestehen auch eine Menge solcher Vereine ...“, nämlich bezüglich der Hebung des Verkehrswesens, der Volkswirtschaft, Landwirtschaft, Bildung. So Karl Hugelmann, einer der besten Kenner der Verhältnisse. Zitiert nach ERNST MAYRHOFER, Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, hg. von ANTON PACE, 7 Bde., 2 Ergänzungsbände, Register (Wien 1895–1913), hier V 334 Anm. 4. OTTO HWALETZ, Zur ökonomischen, sozialen und ideologisch-politischen Formierung des industriell-gewerblichen Bürgertums. Das Beispiel der Industrievereine; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien – Köln 1990) 177–204.

<sup>61)</sup> HYE, Vereinsmeier 296.

eingehend diskutiert wurde<sup>62</sup>). Darauf verwies Wilhelm Exner noch 1890 anlässlich der Feier zum 50. Gründungsjubiläum nicht ohne Stolz: „Der Gewerbeverein an und für sich, nämlich als ‘Verein’ aufgefaßt, verlockt durch seine Erfolge zur Bildung anderer Vereine, welche sein Programm ... adoptieren. ... Die Handels- und Gewerbekammern werden als offizielle Ratgeber der Regierung creiert.“<sup>63</sup>) So intervenierte der Gewerbeverein beispielsweise 1864 bei der Regierung um die Aufhebung des Freihafensystems zugunsten des Entrepotsystems<sup>64</sup>), entsandte zur gleichen Zeit Vertreter in die von Ministerien, Handels- und Gewerbekammer, Gemeinde Wien, Credit-Anstalt und Gewerbeverein beschickte Kommission zur Vorbereitung einer Industrie- und Landwirtschaftsausstellung in Wien<sup>65</sup>).

Ergänzend ist für die Zeit der fünfziger Jahre noch auf die im Gefolge des Konkordats erlassene, auf eine längere Vorgeschichte verweisende<sup>66</sup>) Ministerialverordnung vom 28. Juni 1856, RGBl. Nr. 122, hinzuweisen, die jene katholischen Vereine, die sich „unter geistlicher Leitung, und ohne dadurch eine Rechtsverbindlichkeit einzugehen, zu Werken der Frömmigkeit und Nächstenliebe verbinden“, von der Wirksamkeit des Vereinspatentes ausnahm und der Oberhoheit des jeweiligen Bischofs unterstellte. Freilich ist die zeitgenössische Ansicht, die (wohl kulturkämpferisch bewegt) meinte, daß sich damit in einer Zeit, in der sonst das politische Leben und die Agitation vollständig erloschen wäre, die kirchliche Richtung zu einem demonstrativen Katholizismus ausschließlich auf kirchlichem Boden organisieren und damit eine rege (politische) Vereinstätigkeit hätte entwickeln können<sup>67</sup>), zu relativieren. Auch für den politischen Katholizismus wird man zu dieser Zeit eher Stagnation als Entwicklung annehmen können: „Nicht die Beeinflussung der Öffentlichkeit, sondern die Sammlung und moralische Aufrüstung der Katholiken stand nun an erster Stelle im katholischen Vereinswesen.“<sup>68</sup>)

<sup>62</sup>) EBD. 310.

<sup>63</sup>) BERICHT ÜBER DIE FEIER DES FÜNFZIGJÄHRIGEN BESTANDES DES NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEWERBEVEREINES, hg. vom Niederösterreichischen Gewerbeverein (Wien 1890) 85. Vgl. auch das Glückwunschtelegramm der „Landwirtschaftsgesellschaft“, das sich auch in dieser Richtung ausspricht. EBD. 43 f.

<sup>64</sup>) ÖMR, Abteilung V: Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff, Band 7: 15. Oktober 1863 – 23. Mai 1864, bearbeitet von Thomas Kletečka und Klaus Koch (Wien 1992), Ministerratsprotokoll vom 25. Februar 1864/I, Nr. 447, 252 f.

<sup>65</sup>) EBD., Ministerratsprotokoll vom 14. März 1864/II, Nr. 455, 293.

<sup>66</sup>) Vgl. AVA, Ministerium des Innern [MdI], Präsidiale [Präs.] 15, Karton 517, Zl. 9058/MI/1855, Einsichtsakt des Ministeriums des Innern vom 6. August 1855. Für diesen und andere Quellenhinweise aus dem genannten Bestand danke ich Peter Urbanitsch. ORTWIN HEIM, Die katholischen Vereine im deutschsprachigen Österreich 1848–1855 (=Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaften Salzburg. N.F. 41 = Publikationen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte 25, Salzburg 1990).

<sup>67</sup>) HUGELMANN, Beiträge 1880, 72.

<sup>68</sup>) WALTER SAUER, Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlichsozial-konservativen Lagers vor 1914 (=Geschichte und Sozialkunde, Forschungen 5, Salzburg 1980) 32 f.; FRANZ LOIDL, Geschichte des Erzbistums Wien (Wien – München 1983) 236 ff.

Durchdrang nun in Wien das Vereinswesen tendenziell den gesamten unpolitischen Raum des (groß-)bürgerlichen Alltags, so bedeutete die Einführung konstitutioneller Verhältnisse 1861 einen wesentlichen Impuls in Richtung der organisierten Teilhabe am „Politischen“. So stand nämlich bereits 1861 die Forderung nach der Einräumung des Rechtes, Vereine zu bilden – als Teil eines noch zu schaffenden Grundrechtskatalogs – auf der Tagesordnung des Reichsrats<sup>69</sup>). Bald stellte sich allerdings neben diesem theoretischen Desiderat auch die praktische Notwendigkeit heraus, das Vereins- und Versammlungsgesetz zu ändern, war es doch den Abgeordneten von Reichsrat, Landtag und Wiener Gemeinderat außerhalb von Wahlzeiten unmöglich, mit ihren Wählern in Verbindung zu treten. Allerdings gelang es der Regierung bis 1865/67, derartige Bestrebungen zu „paralysieren“<sup>70</sup>).

Doch auch unmittelbar aktuelle Ereignisse zeigten deutlich, wie schnell die Grenze zum Bereich des Politischen bereits überschritten werden konnte. So wurde 1863 die im Zusammenhang mit dem polnischen Aufstand ergangene Anregung des Abgeordneten Anton Doblhoff, einen Unterstützungsverein für die „Verunglückten und Beschädigten Polens“ ins Leben zu rufen, von der Regierung entschieden abgelehnt<sup>71</sup>).

Drohend war dann auch ihr Ton, als gegen Ende desselben Jahres die Schleswig-Holstein-Frage die Gemüter erhitze: Verbote von Solidaritätsversammlungen und entschiedene Warnungen an die Vereine, in diesem Zusammenhang ihren statutenmäßigen Wirkungskreis nicht zu überschreiten. Beispielsweise hätte der „Akademische Leseverein“ jede Initiative in dieser Richtung zu unterlassen, die von ihm beschlossenen Geldsammlungen seien nach den Vereinsstatuten unzulässig<sup>72</sup>).

Wichtig sind in diesem Zusammenhang jene offiziellen Feststellungen, die gewissermaßen paradigmatisch das die Zukunft prägende Verhältnis von (Einheits-)Staat und den sich entwickelnden Nationalgesellschaften festhielten: Wenn die Solidaritätsaktionen für Schleswig-Holstein bewilligt worden wären, hätte dies gefährliche innere Folgen. „Jeder billig Denkende wird mit uns die Überzeugung theilen, daß unter solchen Verhältnissen im eigenen und im Interesse der Völkerschaften die Regierung über den Partheien stehen und den Grundsatz verfolgen muß: ‚was dem Einen recht ist dem Anderen billig‘...“<sup>73</sup>) Anderenfalls wären nämlich unabsehbare Konsequenzen zu befürchten: „Wenn Wien einmal in jeder Beziehung des Reiches Mittelpunkt sein sollte, so könne von ihm auch nicht eine ausschließlich deutsch gefärbte Partei-Kundgebung ausgehen, so müsse eine Wiener Volksversammlung auch czechische, magyarische, polnische,

<sup>69</sup>) HYE, Vereinsrecht passim; vgl. auch im folgenden.

<sup>70</sup>) So Minister Joseph Lasser, AVA, MdI, Präs. 15, Karton 519, Zl. 4920/StM II/1864, Einichtsakt des Staatsministeriums vom 9. Juli 1864.

<sup>71</sup>) HYE, Vereinsrecht 194 f.

<sup>72</sup>) EBD.

<sup>73</sup>) *Wiener Zeitung* vom 3. Dezember 1863, 1642.

italienische Stimmen, welche näherstehende Anliegen, etwa die ungarische Verfassungsangelegenheit oder die böhmische Landtagswahlgesetzgebung als Motiv einer Kundmachung an die Regierung benützen ...“ Österreich könne nämlich nicht als deutsche Filiale, sondern müsse als eigenständige Großmacht mit eigenen österreichischen Großmachtinteressen gesehen werden<sup>74)</sup>.

Bestand die Aufgabe der seit 1867 zulässigen politischen Vereine unter anderem darin, die Bevölkerung bzw. die Wähler über die komplexen politischen Zusammenhänge aufzuklären und organisatorische Grundlagen für Aufstellung und Wahl von Kandidaten zu schaffen, erwies sich in der Praxis sehr bald, daß sie diese ihre Aufgaben kaum erfüllen konnten. Bereits fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes von 1867 mußte Hugelmann konstatieren: „Nicht das stetige Interesse am politischen Leben ist das treibende Motiv bei der Gründung politischer Vereine, sondern der agitatorische Drang; die politischen Vereine sind weit weniger ein konstantes politisches Bildungsmittel als vielmehr in erster Linie ein Mittel der Agitation.“<sup>75)</sup> Später bemängelte er die geringe Einbeziehung der gewählten Abgeordneten in die Tätigkeit der politischen Vereine. Deren Beteiligung sei außer bei den liberalen Landes- und Gauvereinen äußerst gering. Gerade sie sei aber von größter Bedeutung, denn: „Wenn die politischen Vereine wirklich ein Organ der öffentlichen Meinung, ein Mittel zur Belebung und Klärung des politischen Bewußtseins sein, wenn sie an der Arbeit der Volksbildung einen Anteil haben sollen, dann kann es nicht gleichgiltig sein, welcher Art die Stimmführer sind, von denen die Parole ausgeht. So gerne man es zugeben mag, daß hier freie Bahn sein soll für die sich entfaltenden Talente, so energisch man es verlangen muß, daß den offiziellen Vertretern der Volksmeinung eine unabhängige Kontrolle an möglichst zahlreichen Orten zur Seite gehe, ebenso bedenklich ist es, wenn das Schlagwort für die Agitation ausgegeben wird von Personen, denen mit der öffentlichen Stellung auch das Gefühl für die Verantwortlichkeit fehlt.“ Ursachen und Konsequenz dieser Entwicklung werden in dieser Analyse geradezu zu einer vorweggenommenen Beschreibung späterer Zustände: Politische Persönlichkeiten versagen ihre Mitwirkung gerade dort, wo es organisatorisch nicht gelungen ist, die gesetzlichen Beschränkungen für politische Vereine zu umgehen, die große Mehrzahl der Lokalvereine müsse sich aber in ihrer Wirksamkeit auf Grund des Fehlens geschulter Parlamentarier in einem bescheidenen Rahmen bewegen: „... dort ist die Gefahr doppelt vorhanden, daß die Tätigkeit entweder zu dem Niveau des Wirtshausklatsches herabsinkt oder sich zu den nebelhaftesten Resolutionen versteigt, um deren Durchführung sich ja die Veranstalter nicht zu kümmern brauchen.“<sup>76)</sup>

Allerdings machte sich auch im Abgeordnetenhaus – zumindest aus der Sicht der liberalen Honoratioren – eine neue Tonart breit. 1876 entwickelten die Abgeordneten der „Äußersten Linken“ (Josef Kopp, Johann Ferdinand Schrank,

<sup>74)</sup> *Vaterland* vom 3. Dezember 1863, 1.

<sup>75)</sup> HUGELMANN, Beiträge 1880, 124.

<sup>76)</sup> EBD. 1882, 41.

Johann Heinrich Steudel, Ferdinand Kronawetter) „... in Wanderpredigten vor ihrer Wählerschaft ein so abschreckendes Bild der Zustände, welche das Perfect-Werden des Ausgleichs mit Ungarn über Österreich heraufbeschwören würde, daß jede negative Resolution unter Gruseln angenommen und den Deputierten die Weisung in das Parlament mitgegeben wird, alles niederzustimmen, was auf Erneuerung der Verträge Bezug hat.“<sup>77)</sup>

Tatsächlich verweigerten sich die (alt-)liberalen Honoratioren vielfach den neuen Mitteln der Agitation, insbesondere den Versammlungen. Sie sahen sich, ausgestattet mit dem freien Mandat, als unabhängige Abgeordnete, die sich nur ihrem Gewissen verpflichtet fühlten. Eben dieses von den „Jungen“ praktizierte „Hinhorchen“ auf die Wählerschaft beklagte *Die Presse*, indem sie die Bedeutung des freien Mandates unterstrich. „Im Kreise unserer Abgeordneten lebt nicht genug das Bewußtsein, daß sie berufen seien, Führer des Volkes zu sein; ...“<sup>78)</sup> Den sich allmählich abzeichnenden neuen Formen der politischen Mobilisierung setzte sie dann einen nahezu „kantischen“ Freiheitsbegriff entgegen: Die „musterhafte Organisation“ könne nicht auf „einem Netze von Vereinen und kunstvoll angelegten Programmen“ beruhen, „sondern in der Pflichttreue der Selbstlosigkeit des überwiegendsten Teiles der Bevölkerung, ihrer besonnenen Unterordnung unter die Gebote des allgemeinen Wohles.“<sup>79)</sup> Die hochgedienten politischen Mandatäre und die „parlamentarischen Veteranen“ der Verfassungspartei sprachen „vornehm und herabsehend von Bezirksbergerei, von beschränkten, lokalen Verdiensten, von guten Leuten und schlechten Musikanten.“ Eine „systematische Teilnahme an den Bestrebungen zur Verbesserung und Vertiefung der Organisation der Partei [lag] ihnen fern, und höchstens bei einer wiederkehrenden Neuwahl [ließen] sie sich widerwillig auf einen Platz im Wahlauctions-Comite zerren.“ Eine weitverbreitete Gepflogenheit in konstitutionellen Staaten, daß Mitglieder des Unterhauses über Gegenstände, die im Parlament debattiert wurden, auf Einladung in Vereinen Vorträge hielten, praktizierten aber auch jene liberalen Politiker, die sich der traditionellen Komiteeverfassung verpflichtet fühlten. „Populäre Parteiführer“ waren diese Parlamentarier jedoch nie gewesen, die die ernsthafte legislatorische Arbeit den leichtfertigen Volksreden vorzogen<sup>80)</sup>.

Die Risse in der politischen Kultur der Liberalen zeichneten sich somit bereits früh ab. Über die Heftigkeit der Auseinandersetzungen der beiden Vorstellungswelten beim liberalen Parteitag in Teplitz (Teplice) im Mai 1873 gibt uns Ignaz

---

<sup>77)</sup> *Die Presse* vom 24. August 1876, Morgenblatt 1; Berichte über die Agitation der erwähnten Abgeordneten EBD. 27. September 1876, Morgenblatt 2 f., 14. Oktober 1876, Morgenblatt 2 f., 19. Oktober 1876, Morgenblatt 2 f. Diese und eine Reihe weiterer Hinweise erhielt ich dankenswerter Weise von Leopold Kammerhofer.

<sup>78)</sup> *Die Presse* vom 9. Mai 1874, Morgenblatt 1.

<sup>79)</sup> EBD. vom 18. Mai 1873, Morgenblatt 1.

<sup>80)</sup> LEOPOLD KAMMERHOFER, Organisationsformen und Führungsschichten; in: DERS. (Hg.), Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873–1879 (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 25, Wien 1992) 23–44, hier 35.

Plener einen dramatischen Einblick: „Allein der Riß und die Spaltung ist doch in die bisher wie ein Mann zusammenhaltende deutsche Verfassungspartei gebracht, und der Ton und die Szenen in der Versammlung zeigten auf beiden Seiten die größte Roheit und Brutalität. Die schönen Reden, die Du in den Zeitungen liest, wurden so gar nicht gehalten, sondern ähnliches in die Massen hineingeschrien ..., es war ein Chaos, ... es fehlte nicht viel, daß es zu Tätlichkeiten gekommen wäre“<sup>81</sup>).

Damit überließen die (Alt-)Liberalen nun aber anderen, zumindest in der politischen Praxis weniger versierten, Persönlichkeiten nahezu kampflos das Feld der Agitation. Dürfte nun auch einem Großteil dieser „Kannegießer“<sup>82</sup>) jegliches politische Geschick und zusätzlich auch das nötige Mindestausmaß an Information abgegangen sein, so gelang es doch einigen „Jungen“ mittels Instinkt und Charisma, sich an die Spitze jener „neuen“ politischen Bewegungen zu stellen, die schlußendlich beinahe das gesamte politische System zum Einsturz gebracht hätten. Die Biographien dieser Persönlichkeiten – Lueger, Pattai, Vergani, Schönerer, Wolf, Pernerstorfer, Adler ... – sind weitgehend bekannt. Die „Jungen“ vermochten sich mit den Idealvorstellungen der „Achtundvierziger“ nicht mehr anzufreunden. Für sie war es nicht mehr denkbar, daß „deutsch“ „wahr und unparteilich“ bedeutete<sup>83</sup>), daß die „Parteien in einem Staate nicht ihren Gewinn gleich kaufmännischen Speculanten an dem Verluste des Gegners abmessen. Die Arbeit der politischen Parteien ist ja nicht darauf gerichtet, den Gegnern Macht und Einfluß abzujagen, sondern sie stehen bei ihren Kämpfen im Dienste der Allgemeinheit, welcher nach besten Wissen und Gewissen zu nützen die Pflicht eines jeden ist.“<sup>84</sup>) Das „Allgemeine Beste“ wird zunehmend als eigener Partei-standpunkt reklamiert, es entspringt nicht mehr der reinen Vernunft, sondern der Einlösung der weltanschaulichen Postulate. „Ich bin kein Doctor, ich bin kein Professor, ich bin Naturmensch, und ich freue mich dessen, denn die Doctoren sind alle nichts wert...“, schleuderte Josef Schöffel, der nachmalige „Retter des Wienerwalds“, deren liberalem Gedankengebäude entgegen<sup>85</sup>).

Will man einen Blick auf die „politische Lehrzeit“ der „Jungen“ werfen, so findet man sich unversehens im Wiener studentischen Milieu der späten sechziger

<sup>81</sup>) Ignaz Plener an Ernst Plener am 18. Mai 1873, zitiert nach EVELYN WERNER, Die beiden Plener. Zwei Generationen des österreichischen Liberalismus, phil. Diss. (Wien 1981) 134. Zum Parteitag vgl. HARRINGTON-MÜLLER, Fortschrittsklub 18; KAMMERHOFER, Organisationsformen 27 ff.

<sup>82</sup>) Noch 1906 findet sich in einem Konversationslexikon dieser aus dem späten 18. Jahrhundert stammende Begriff. Demnach sei Politisieren nämlich 1. das sich Beschäftigen mit Politik, 2. das Sprechen über öffentliche Angelegenheiten und 3., sehr abfällig, das Kannegießern. HERDERS KONVERSATIONSLEXIKON VI (Freiburg 1906) 1259.

<sup>83</sup>) So *Der Liberale. Politisches Tagesblatt* vom 3. Juli 1848, 2, als er ausführte, das Volk müsse aufgeklärt werden, und zwar „so freimütig als es nur immer die Sache des *Lichtes*, der *Wahrheit* und *Freiheit* erheischt, und so vorurteilsfrei und klar als möglich, echt deutsch, d.i. wahr und unparteiisch.“ [Hervorhebung im Original].

<sup>84</sup>) *Die Presse* vom 31. Dezember 1873, Morgenblatt 1.

<sup>85</sup>) EBD. vom 8. Oktober 1873, Abendblatt 1.

und frühen siebziger Jahre wieder<sup>86)</sup>. Dort machte sich naturgemäß nicht nur ein romantischer Idealismus breit, der beispielsweise die Errungenschaften der Revolution von 1848 national deutete<sup>87)</sup>, in diesem Milieu polarisierten sich auch prussophile und deutschösterreichische Grundhaltungen und rivalisierten miteinander. Ein Forum dieser Auseinandersetzungen war das studentische Vereinswesen, namentlich die Akademischen Lesevereine.

So veranstaltete der 1862 gebildete „Akademische Leseverein“ nicht nur gemeinsam mit dem „Akademischen Gesangsverein“ (der späteren „Universitäts-Sängerschaft ‚Ghibellinen‘“<sup>88)</sup>) gesellige Veranstaltungen, „... bei denen manch gelungene Anspielungen auf herrschende politische Verhältnisse vorkamen“<sup>89)</sup>, er beteiligte sich auch an der „Flottengeldsammlung“ für die deutsche Marine und erfuhr nach dem „Wendejahr“ 1866 einen „gewaltigen Aufschwung“, als vor allem die „Akademische Burschenschaft ‚Silesia‘“<sup>90)</sup> die Faszination über Deutschland unter preußischer Führung in den Verein hineintrug. Die behördliche Auflösung dieses Vereines im Dezember 1870 erfolgte im Anschluß an einen Kongreß im Dianabad, an dem ca. 3000 Studenten teilnahmen und bei dem sich die Gemüter erhitzen, nachdem Karl Lueger auf eine nationalistische Rede eines Ghibellinen hin das Wort ergreifen wollte: „Er konnte nicht das Wort ergreifen. Der Lärm wurde immer ärger; ... der Lärm wurde zum Tumult, die Silesen ordneten sich zum Vorrücken, wurden aber durch die Studentenklubmitglieder zurückgedrängt. Da schleuderte Dr. Lueger die Worte in die Menge: ... es sei eine Fahne gefeiert worden und diese Fahne sei nichts als das Produkt despotischer Willkür.“ Weiter kam es nicht: es erhob sich ein beispielloser Sturm der Entrüstung und des Beifalls. Dr. Lueger wurde emporgehoben und im Saale herumgetragen, von seinen Anhängern bejubelt. Die Silesen stellten sich mit erhobenen Schlägern um eine preußische Fah-

<sup>86)</sup> Vgl. hierzu auch HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 72 ff.

<sup>87)</sup> So legten 1878 wie jedes Jahr mehr als 60 Mitglieder des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ am Schmelzer Friedhof einen Kranz am Grab der Märzgefallenen nieder, worüber ein Polizeibericht ausführte, „... daß die Auffahrt in mehr als 18 Wagen geschah, u. ein Lorbeerkrantz mit schwarz-roth-goldenen Bändern u. der Aufschrift: die deutschen Studenten Wiens, am Grabe niedergelegt wurden“, was mit ein Grund für die behördliche Auflösung des Vereines gewesen ist. AVA II/2 Reichsgericht, Karton 89/I/1879 Bogen 1–7 und 32–34 passim, das Zitat Bogen 2. Das Erkenntnis: HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 189 vom 18. Juli 1879. Zum Wandel der Deutung der Ereignisse von 1848 vgl. ROBERT J. W. EVANS, 1848 in Mitteleuropa: Ereignis und Erinnerung; in: BARBARA HAIDER, HANS PETER HYE (Hgg.), 1848: Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas (=Zentraleuropa-Studien 7, Wien 2003) 31–55.

<sup>88)</sup> WStLA, Kataster der gelöschten Vereine 2261/1920.

<sup>89)</sup> DIE LESEVEREINE DER DEUTSCHEN HOCHSCHÜLER AN DER WIENER UNIVERSITÄT. Gedenkschrift, hg. vom Lese- und Redevereine der deutschen Hochschüler in Wien Germania anlässlich seines demnächst zwanzigjährigen Bestehens (Wien 1912) 6, vgl. auch im folgenden.

<sup>90)</sup> Wandruszka bezeichnet diese Studentenverbindung, die ebenso wie der „Erste Wiener Turnverein“ vom „Schönerer vor Schönerer“ Julius Krickl gegründet wurde, als eine der ersten Vereinigungen, die noch vor 1866 auf die Zerschlagung der Monarchie und auf die Vereinigung mit einem zu schaffenden Deutschen Reich hinarbeiteten. WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur 374.

ne...“<sup>91)</sup> Dem oben bereits erwähnten „Leseverein der deutschen Studenten Wiens“, der sich als Folgeverein gebildet hatte, gehörten unter anderem Pernerstorfer und Adler an. Pernerstorfer hielt sogar 1876 in einer von einigen studentischen Vereinen veranstalteten Feier zu Ehren Anastasius Grüns die Festrede<sup>92)</sup>.

Heftige Rivalitäten zwischen dem „Deutschen Leseverein“ und dem von Schmerling angeregten „Deutsch-österreichischen Leseverein“, gegenseitige Unterwanderungen, Majorisierungen bei Vorstandswahlen, Öffentlichkeitsarbeit prägten in der Folge das Geschehen: Als die nationalen Studenten in Stärke von 300 Köpfen der „Akademischen Lesehalle“ beitreten wollten, die in deren Sicht bislang eher anational gewesen war, verursachte dies heftige Konflikte zwischen slawischen und deutschen Studenten: „... Diesem Masseneintritte gegenüber entfaltete die Leitung der Akademischen Lesehalle eine heftige Gegenagitation und der Deutschösterreichische Leseverein, der um Hilfe angegangen wurde, ließ gegen 200 seiner Mitglieder in die Halle einspringen, um die alte Partei zu verstärken.“<sup>93)</sup> Hier standen die Mitglieder bereits tendenziell zur Disposition des Vorstandes, es galt nur mehr, rein strategisch und nicht mehr argumentativ Mehrheiten zu erreichen.

Hält man sich einige Beispiele aus dem Vereinsleben des „Deutschen Lesevereines“ vor Augen, wird deutlich, auf welcher offenen Art verschiedentlich repressiv gegen einzelne Mitglieder vorgegangen wurde<sup>94)</sup>. So wurde 1872 die politische Gesinnung eines Kandidaten für den Ausschuß zur Debatte gebracht, „... und derselbe nicht in den Ausschuß gewählt, weil er sich zu Gunsten der Franzosen aussprach“, im Folgejahr wurden Kandidaten wegen ihrer politischen Gesinnung interpelliert, es kam zur Verhinderung patriotischer Toaste, Anschuldigungen gegen Mitglieder, die sich einem Fackelzug zur Feier der Vermählung der Erzherzogin Gisela angeschlossen hatten. Heinrich Friedjung fand in diesem Verein ein Forum, in dem er sich darüber beklagen konnte, „... daß in dieser ernsten Zeit über die Grundlagen des Staates entschieden werde, und [er verwundert sei], daß die Wiener Studentenschaft sich mit so unbedeutenden Dingen, wie die Veranstaltung studentischer Theater-Vorstellungen beschäftigen könne.“

Die Öffentlichkeit der studentischen Vereine dieser Jahre bot also quasi eine „Spielwiese“ zum Erlernen (macht-)politischer Strategien. Es galt, Majoritäten zu finden, Stimmung zu erzeugen, Resolutionen und Proklamationen zu beschließen etc., was indirekt sicherlich auch zur Ausbildung der kommenden „Magier“<sup>95)</sup>

<sup>91)</sup> NÖLA, Statthalterei/Präsidiale [Sth. Präs.] P 2 ad 19, 5127/1870, Polizeibericht vom 2. Dezember 1870; LESEVEREINE 9.

<sup>92)</sup> EBD. 18.

<sup>93)</sup> NÖLA, Sth. Präs. P 3 ad 3 453/1879 vom 17. Jänner 1879; LESEVEREINE 32.

<sup>94)</sup> Die folgenden Informationen entstammen der öffentlichen Verhandlung des Reichsgerichtes wegen Beschwerde gegen die behördliche Auflösung dieses Vereines. AVA II/2 Reichsgericht, Karton 89/1879 Bogen 1–7.

<sup>95)</sup> So interpretierte Hugo von Hofmannsthal am Ende der liberalen Ära die Politik folgendermaßen: „Politik ist Magie. Welcher die Mächte aufzurufen weiß, dem gehorchen sie.“ HUGO VON HOFMANNSTHAL, Buch der Freunde, Aufzeichnungen (Frankfurt am Main 1959) 60, zitiert nach SCHORSKE, Wien 127.

beitrag. Auf dem Weg von der Politik der Vernunft zur Politik der Einbildungskraft lernten die Zauberlehrlinge in diesem Milieu die Bedienung der Klaviatur der Gefühle, oder, um es im Sinne der eingangs gegebenen Definition der „politischen Kultur“ auszudrücken, sich das affektive Verhältnis des Individuums zum raschen soziokulturellen Wandel und den damit verbundenen subjektiven Ängsten dienstbar zu machen. Im Rahmen der Vereinsversammlungen bot man den „wackeren“ Stammes-, Volks-, Glaubens- oder Klassen-„Genossen“ Schutz und Identität vor allgegenwärtig empfundenen „unsichtbaren“ Gegnern, sprach „heroisch“ das aus, was bisher verpönt war, beispielsweise widerwärtigste antisemitische Parolen, und formte durch die bewußte Vereinfachung und Verkürzung komplexer politischer Zusammenhänge auf einfache Sätze allmählich jenes kollektive weltanschauliche Bewußtsein, das jenseits der eigentlichen (politischen) Sachprobleme die „Erlösung“ auf der Basis der Verwirklichung der vulgäretischen Postulate in der Zukunft (Judenfreiheit, Einheit von Staat und Nation, Überwindung des Klassenantagonismus etc.) versprach<sup>96</sup>).

Der Wandel der Zeiten ging allerdings auch an den Liberalen nicht spurlos vorüber. Einerseits versuchten sie das Individuum hochzuhalten, waren aber doch genötigt, ihre Anhänger zu disziplinieren. „Dem Verein ist es nicht gelungen, oder nur selten, auf die Massen zu wirken; es ist ihm nicht gelungen, weil er sich niemals dem Schlagworte des Tages hingegeben, niemals politische Fragen vom einseitigen und oberflächlichen Standpunkte aus zu behandeln vermocht hat. Die Kunst, die Massen aufzureizen und mit ihrer Hilfe dann nach dem Willen großsprecherischer Führer die gewählten Mandatare terroristisch zu beeinflussen, ist ihm fremd geblieben.“ Er wollte die Mitglieder und Wähler so aufklären, „daß sie sich ein selbständiges Urteil bilden konnten“, stilisierte der „Verein der Verfassungsfreunde“ im 7. Bezirk 1888 rückblickend seine Tätigkeit<sup>97</sup>). Dennoch zeigen die Umstände, die zur Umbildung der Statuten des liberalen „Schwestervereines“ „Eintracht“ im 8. Bezirk führten, daß es zuweilen auch galt, die Mitglieder zur Raison zu bringen. Anlässlich der Reichsratswahlen 1879 schätzte der Verein seine Chancen, den Kandidaten Franz Edlen von Stourzh „durchzubringen“, gut ein. „Leider“ hätte aber ein anderes Mitglied ebenfalls seine Kandidatur angemeldet und damit „nicht bloß eine Zersplitterung der Stimmen sondern auch eine nachteilige Verwirrung der Wähler“ mit dem Ergebnis hervorgerufen, daß der demokratische Kandidat Kronawetter schlußendlich gesiegt hätte<sup>98</sup>). Da-

<sup>96</sup>) Treffend dazu der Abgeordnete Scheicher (aus der Perspektive von 1911): „Es gibt etwas Unsichtbares und Unwägbares, wir nennen es Imponderabilie. Die Imponderabilien sind eine Art Fluidum, das in die Seele der Masse dringt. Dort wird dann die öffentliche Meinung erzeugt, Tausende und Tausende von Wählern in eine Art mechanische Bewegung nach einer und derselben Richtung gebracht.“ JOSEPH SCHEICHER, *Erlebnisse und Erinnerungen*, 6 Bde. (Wien u. a. 1907–1912), hier VI 390.

<sup>97</sup>) DER VEREIN DER VERFASSUNGSFREUNDE IM VII. BEZIRKE VON 1873–1888. Eine Vereinschronik, zusammengestellt anlässlich der Abhaltung der 100. Vereinsversammlung (Wien 1888) 2.

<sup>98</sup>) Kronawetter erhielt bei dieser Wahl zwar ca. zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, doch war die Wahlbeteiligung mit 64 Prozent gering. Der Grund für die Nichtteilnahme vieler (libe-

her sei eine Statutenänderung in der Weise erfolgt, daß „das Zuwiderhandeln gegen Vereinsbeschlüsse grundsätzlicher Natur mit Ausschließung bedroht ist“<sup>99</sup>).

Heftig ging es auch in der „Provinz“ zu, wo der vornehme Stil der Honoratioren mit noch deftigeren Formen konfrontiert wurde. Die Auseinandersetzungen zwischen liberalen Gemeindeverwaltungen und den Katholisch-politischen Casinos zu Beginn der siebziger Jahre brachten Formen politischer Mobilisierung hervor, die sich so gar nicht mit der liberalen Noblesse zur Deckung bringen ließen. Werfen wir einen Blick auf den Kulturkampf im Raum Waidhofen an der Ybbs! Während die liberale Partei „... mit sichtbarer Absicht äußerst gemäßigt auftritt, ungeachtet mehrfacher Herausforderung in Volksversammlungen und im *St. Pöltner Boten*, dessen Emanationen alle im sogenannten Dreschflügelstil gehalten waren, jede Polemik vermied“, hat die Gegenseite des „Hochwürdigen Agitators [gemeint ist P. Joseph Scheicher, H.P.H.] es in keiner Versammlung verabsäumt, den Liberalen auch mit tätlichen Angriffen zu drohen“; Scheicher selbst reagiere sehr scharf auf Drohungen gegen ihn und sage auch offen, „er wolle dies niemandem raten, denn da würde es etwas setzen etc.“<sup>100</sup>) Aus der Sicht des liberalen Stadtrates gaben die Gegner, Ultramontane und Sozialdemokraten (die in der Sicht der Liberalen zu einer Einheit verschmolzen), Anlaß zu verzweifelter Klage: Die in Oberösterreich „hochgehenden Wogen der ultramontanen Agitation“ – die im Gefolge der Verurteilung des Linzer Bischofs Franz Joseph Rudigier um sich greifende Mobilisierung durch den „Katholischen Volksverein“ – seien nun auch nach Niederösterreich gelangt, nach Waidhofen an der Ybbs, wo Kaplan Joseph Scheicher am 6. und 13. März 1870 Vorträge „sozialdemokratischer Färbung“ abgehalten hätte. Diese Vorträge hätten bereits damals zu heftigen Debatten und „persönlicher Bedrohung einzelner Opponenten“ geführt. Von da ab habe es eine systematisch organisierte Hetze gegen das abgetretene Bürgerministerium, die Verfassung, die konfessionellen- und Schulgesetze und gegen die liberale Partei, der die Mehrzahl der Bürgerschaft angehöre, gegeben. Auf Versammlungen im ländlichen Umfeld, für die Scheicher Einladungen durch Schulkinder an Arbeiter und Bauern hätte ergehen lassen, erschalle der „Kriegsruf“, die Religion, der katholische Glaube sei in Gefahr, die liberale Partei wurde als „Horde von Gottesleugnern“ bezeichnet und schließlich hätte er die Anwesenden zum Eintritt in den „Constitutionellen Volksverein für das Viertel ober dem Wienerwald“<sup>101</sup>) aufgefordert und dabei nicht vergessen, den zahlreichen Personen, die seiner Aufforderung nachkamen, gleich den Mitgliedsbeitrag abzuver-

raler) Wähler könnte in dem Umstand gelegen sein, daß Stourzh, von außen kommend, im Wahlkreis kaum bekannt war. Vgl. *Neue Freie Presse* 21., 28., 30. Juni und 1. Juli 1879.

<sup>99</sup>) BERICHT ÜBER DIE THÄTIGKEIT DES POLITISCHEN VEREINES „EINTRACHT“ im VIII. Bezirke in den Jahren 1873 bis 1883 (Wien 1884) 17.

<sup>100</sup>) NÖLA, Sth. Präs. P 2 ad 19 2958/1870, Bericht des Stadtrates von Waidhofen an die Statthaltereie vom 7. Juli 1870. Vgl. auch im folgenden.

<sup>101</sup>) JOHANN PRAMMER, *Konservative und christlichsoziale Politik im Viertel ober dem Wienerwalde* (1848–1914), phil. Diss (Wien 1973) 69 ff.; NÖLA, Vereinskataster XIX/26.

langen. Nach der Untersagung einer Versammlung dieses Vereines durch den Bürgermeister<sup>102)</sup> wäre Scheicher trotz des Verbotes am Versammlungsort erschienen und hätte gemeinsam mit dem anwesenden Publikum die Öffnung des Saales zu erzwingen versucht. Es wären neuerlich „bedenkliche Äußerungen“ der Arbeiterbevölkerung laut geworden, wie zum Beispiel „man müßte den Herren die Köpfe einschlagen, die Liberalen totschiagen, man müßte es machen wie im Jahre 1848, man solle dem Bürgermeister die Fenster einschlagen etc.“ Der Stadtrat sei nicht mehr in der Lage, gegen eine „fanatisierte, auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe stehende Menge von Eisenarbeitern, welche eben das größte Contingent zum sog. Konstitutionellen Volksverein gestellt hat“, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. „Nicht unerwähnt darf ferner bleiben, daß an allen diesen Versammlungen sich der hiesige katholische Gesellenverein, welcher gleichfalls unter geistlicher Leitung steht, in demonstrativer Weise und corporativ beteiligte.“ Das Geschehen hätte mittlerweile einen „bedenklichen Charakter und solchen Umfang“ angenommen, daß „sich auch die Absicht auf Erzielung einer sog. Katholischen Bewegung nicht mehr verkennen läßt. ... [Es sei] schon so weit gekommen, daß Versammlungen, wenn sich auch ein Untersagungsgrund ergibt, sozusagen erpreßt werden, durch Ankündigungen von Massendeputationen, Beteiligung der Sensenschmiedknechte etc.“ Der Stadtrat überschätzte damals die in seinen Augen drohende revolutionäre ultramontan-sozialdemokratische Gefahr, eine dauerhafte Breitenmobilisierung erfolgte noch nicht und, wie bereits im quantitativen Teil ausgeführt, konnten sich die katholischen Casinos auf dem Lande vorerst nicht halten.

Am Beginn der achtziger Jahre formulierten die zukünftigen Parteiführer Schönerer, Pernerstorfer, Adler, Sylvester und Steinwender, die mittlerweile ihr Studium absolviert hatten, auf der Grundlage der bisherigen deutschnationalen Programme gemeinsam das „Linzer Programm“<sup>103)</sup>, am Ende des Jahrzehnts machten sich die Antisemiten Luegers daran, den Wiener Stadtrat und den niederösterreichischen Landtag zu „erobern“, verbüßte der „Märtyrer“ Schönerer seine Arreststrafe und hatte Victor Adler „seine“ Partei in Hainfeld endgültig und fest geeint. Im Gegensatz zu den „alten“ machten die einer neuen Generation angehörenden Abgeordneten von dem sich nunmehr ebenfalls rasch entwickelnden und sozial verbreiternden Vereinswesen reichlich Gebrauch. Allerdings wurden in den Versammlungen nicht mehr sachpolitische Fragen erörtert, sondern in erster Linie gezielte, die Gefühle affektierende Propaganda<sup>104)</sup> betrieben, und umgekehrt ließen sich die Parlamentarier für ihre „heroischen“ Auftritte in den

<sup>102)</sup> Der Bürgermeister von Waidhofen hatte als Bürgermeister einer Statutarstadt die Funktion einer politischen Behörde erster Instanz inne.

<sup>103)</sup> KLAUS BERCHTOLD (Hg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966* (Wien 1967) 198.

<sup>104)</sup> Unverblümt offen zur „schärferen Tonart“ SCHEICHER, *Erinnerungen* IV 309: „Je radikaler, desto sicherer die Wahl, denn die Wahlagitatoren gehen für diese auch radikal ins Zeug. Dem Publikum imponiert immer die Kraft, sei es die einer Ohrfeige oder die einer Kollektion von Fluch- und Schimpfworten.“

parlamentarischen Körperschaften feiern. Auf diese Weise brachten Lueger und seine Genossen die Wiener Handwerker, die sich von sozialer Deklassierung bedroht sahen, mittels gezielter Anwendung antisemitischer Propaganda hinter sich, am Ende des Jahrzehntes kontrollierten die Antisemiten beinahe alle (klein-)gewerblichen Wiener Vereinigungen<sup>105</sup>); auf diese Weise spalteten sich die Schönerianer endgültig von den Deutschliberalen ab. Als deutliches Indiz dafür mag der Austritt Schönerers aus dem „Deutschen Schulverein“ und die Gründung des „Schulvereines für Deutsche“<sup>106</sup>) genügen. Der „Deutsche Schulverein“ sei „von einem katholischen Priester mit Schönerer und Pernerstorfer gegründet worden; das Eindringen von Elementen mit den Grundsätzen der Börsenjobber habe allerdings den Austritt von Schönerer sammt Anhang und die Gründung des Schulvereines für Deutsche zur Folge gehabt...“, erklärte der (später christlich-soziale) Abgeordnete Ernst Vergani bei der Jahresversammlung der Ortsgruppe des 8. Bezirkes. Nur dort könne das „unverfälschte Deutschtum“ gefördert werden, „... gegen die fremde Racenbildung müsse man ankämpfen, sonst sei es um die einheimische Bevölkerung getan. Die fremde Race müsse in Judenviertel verdrängt werden, bevor die Christen in Christenviertel gesperrt seien ...“<sup>107</sup>) Ähnliches war auch in anderen Vereinsversammlungen zu vernehmen: „Dieser [schönerianische, H.P.H.] Antisemitismus beruhe nicht auf dem konfessionellen Unterschiede zwischen den Deutschen und den Juden, sondern auf der Verschiedenheit der Rasse. Die jüdische Rasse habe eine eigenartige Körpergestaltung, sei geistig anders veranlagt, gehe von ganz anderen Wirtschaftsprinzipien aus und habe eine ganz andere Weltanschauung als die christlich-germanischen Völker. ... Diese Kluft lasse sich weder durch Phrasen von der Humanität und Zivilisation noch durch liberale und manchesterliche Theorien überbrücken. ... Die Zurückdrängung des Semitentumes werde umso schneller und umfassender erfolgen, je schärfer die Deutschen ihre Nationalität zum Ausdruck bringen werden. Dabei müsse man als politische Partei mit den anderen antisemitischen Parteien Beziehungen unterhalten ...“, wurde etwa in einer Versammlung des 1889 behördlich aufgelösten „Deutschnationalen Vereines“ erklärt<sup>108</sup>).

Die „heroische“ Haltung „seiner“ Abgeordneten Karl Türk und Josef Fiegl anlässlich der Wehrgesetzdebatte im Abgeordnetenhaus vom 10. April 1889 belohnte der „Deutschnationale Verein“ in Wien mit Glückwunsch- und Zustim-

<sup>105</sup>) JOHN W. BOYER, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897* (Chicago – London 1981).

<sup>106</sup>) Dieser Verein war 1886 in Graz gegründet worden, verlegte aber 1888 seinen Sitz nach Wien und wurde kurz darauf behördlich aufgelöst. Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Protokoll der diesbezüglichen Verhandlung des Reichsgerichts. AVA II/2 Reichsgericht, Karton 92/IV/1889 Bogen 44–60 und Karton 92/1890/I Bogen 1–3, 4–13, 22–29, 50.

<sup>107</sup>) EBD. Bogen 45 f.

<sup>108</sup>) Gegen diese Auflösung erging die Beschwerde an das Reichsgericht als Verfassungsgericht. Sie wurde allerdings abgewiesen. Vgl. HYE, HUGELMANN (Hgg.), *Reichsgerichtserkenntnisse*, Nr. 487 vom 14. Juli 1890. Das Zitat in AVA II/2 Reichsgericht, Karton 92/1890/III Bogen 6. Es ist dies nur eine der vielen in diesen Beständen zu findenden widerlichen Ausführungen antisemitischer bzw. nationaler Propaganda.

mungsschreiben. Türk hatte erklärt: „Wenn man sieht, wie viele Saulisse auf der rechten Seite zu Paulüssen auf einmal geworden sind, und wie sich Czechen, Polen und Feudalherren für dieses Bündnis [zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland] begeistern, so muß man unbedingt zu der Überzeugung kommen, daß das nicht Liebe, sondern Interesse, Egoismus ist, und ich will es hier aussprechen: Gott behüte Deutschland davor, daß es je darauf angewiesen sei, von Österreich Hilfe zu bekommen; es würde wahrscheinlich eine sehr laue oder gar keine Hilfe bekommen. Die Betonung des Bündnisses Österreichs mit Deutschland beruht auf Egoismus und Falschheit.“<sup>109)</sup> Daraufhin hatten sämtliche Parteien gegen diese Ausführungen energisch protestiert, nur Fiegl war diesen Protesten entgegengetreten.

Dies verweist auf eine weitere Nuance politischer Mobilisierung: die neuen Abgeordneten versuchten sich als einsame Heroen zu stilisieren, die „selbst- und furchtlos“ den Kampf gegen „übermächtige“ Gegner führten und denen für diese Inszenierung jede Bühne recht war, sofern sie dort nur die rechte Breitenwirkung und den rechten „Lärm“ entwickeln konnten, wobei die eigentlichen (sach-)politischen Probleme kaum mehr zur Sprache kamen. Für viele der Abgeordneten schien dieser Weg wohl der einzige, um ihre jeweils prekäre Situation in der Zwickmühle von politischen Sachzwängen, die sie möglicherweise selbst nicht mehr gänzlich begriffen bzw. zu denen ihnen einfach die sachliche Information fehlte und den (auch von ihnen selbst) geschürten Forderungen ihrer Wähler bewältigen zu können. Abgeschnitten von den informellen, aber umso wirksameren, parlamentarischen Entscheidungsgremien<sup>110)</sup> versuchten sie so, wenigstens die emotionalen Erwartungen ihrer Anhänger zu befriedigen.

Es ist kein Zufall, daß sich auch auf Vereinsebene eine ähnliche Entwicklung verfolgen läßt: die Vorstände verselbständigten sich zusehends von der Mitgliederbasis, Vereine wurden mehr und mehr, und dies nicht nur im „politischen Bereich“, zu „Dienstleistungsunternehmen“. So erzwang beispielsweise die Entwicklung der Wissenschaften, aber auch der Künste zunehmend die Trennung von sich professionalisierenden „Produzenten“ und „Konsumenten“, die als Dilettanten nicht mehr in der Lage waren, mit den Fachleuten mitzuhalten und wohl oft auch große Schwierigkeiten hatten, die neuen Erkenntnisse bzw. Stilrichtungen nachzuvollziehen<sup>111)</sup>. Entsprechend wandelte sich das Wesen der (ein-

<sup>109)</sup> AVA II/2 Reichsgericht, Karton 75 Fasz. 4/217, Auszug aus der Gegenschrift des Innenministeriums. Zur Wehrgesetzdebatte vgl. HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 47 f.

<sup>110)</sup> Tatsächlich dürften viele Abgeordnete allmählich aber bestimmt von der eigentlichen (sach-)politischen Arbeit immer stärker abgeschnitten worden sein. „Die Befähigteren, die Begabteren, die Fleißigeren, die Energischeren in jedem Club treten als Clubführer, Referenten u.dgl. auf, die anderen sind einfache Clubmitglieder, treten in den Hintergrund und beteiligen sich nur an den Abstimmungen ...“, erklärte Ferdinand Kronawetter im Abgeordnetenhaus 1893, als er energisch darauf hinwies, daß dieses, und nicht der informelle Raum der Besprechungen der Klubführer der eigentliche legislative Körper sei; *Volksstimme* vom 29. Oktober 1893, 3.

<sup>111)</sup> Vgl. insbesondere zur Schwierigkeit des Umgangs mit der Kunst der Moderne ERNST HANISCH, Provinzbürgertum und die Kunst der Moderne; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ULRIKE DÖCKER, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH (Hgg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien – Köln 1990) 127–139, hier 133 f.

fachen) Vereinsmitgliedschaft: Das Mitglied bewahrte allenfalls noch als Abonnent der wissenschaftlichen Jahresberichte bzw. von Kunstzeitschriften, Vorträgen und Konzerten die (auf diese Art durchaus repräsentative) Verbindung zu den „Fachleuten“; als Dilettant wird es hingegen zunehmend Gegenstand jenes Spotts, der dem nunmehr vor allem pejorativen Charakter dieses Begriffs entsprach<sup>112</sup>). Dies zeigte sich beispielsweise beim 1876 gegründeten „Wissenschaftlichen Club“<sup>113</sup>). Dieser wollte den geselligen Verkehr der Mitglieder fördern, wissenschaftliche Fragen besprechen und wissenschaftliche Unternehmungen unterstützen. Diese Ziele sollten durch die Einrichtung einer Bibliothek, durch Vorträge, literarische Unternehmungen, Feste und Unterhaltungsabende erreicht werden. Angesprochen wurde ein Personenkreis von „Freunden der Wissenschaft“. War also vor allem die Propagierung wissenschaftlicher Ergebnisse bezweckt, so bestätigte sich auch hier die skizzierte Tendenz. 1904 hatte der Verein 504 Mitglieder<sup>114</sup>), von denen allerdings an der außerordentlichen Generalversammlung 1906 nur 22 teilnahmen<sup>115</sup>). Der Kreis dieser Teilnehmer dürfte demnach über jenen des Vereinsvorstandes, der 1904 22 Personen umfaßte, praktisch nicht hinausgegangen sein. Innerhalb des Vorstandes dominierten zahlenmäßig die „Wissenschaftler“ – Universitätsprofessoren, wissenschaftliche Beamte und Lehrer bzw. „Fachleute“, die vereinzelt auch Vorstandsmitglieder anderer Wissenschaftlicher Vereine waren („k.k. Geographische Gesellschaft“, „Zoologisch-botanische Gesellschaft“); auffällig ist lediglich, daß ein Industrieller die Funktion des Kassiers innehatte<sup>116</sup>).

<sup>112</sup>) ANDREAS SCHULZ, Der Künstler im Bürger. Dilettanten im 19. Jahrhundert; in: DIETER HEIN, ANDREAS SCHULZ (Hgg.), Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bildung, Kunst und Lebenswelt (München 1996) 34–52; MANFRED HETTLING, Bürgerliche Kultur – Bürgerlichkeit als kulturelles System; in: PETER LUNDGREEN (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997) (=Bürgertum 18, Göttingen 2000) 319–339, hier 329 ff.

<sup>113</sup>) WStLA, Kataster der gelöschten Vereine 1691/21.

<sup>114</sup>) EBD. Jahresbericht 1904 (im Akt inliegend).

<sup>115</sup>) EBD. d.d. 24. Februar 1906.

<sup>116</sup>) EBD. Jahresbericht 1904. Die Scheidung zwischen Vorstand und „einfachen“ Mitgliedern wurde in humoristischer Weise anlässlich des 50. Gründungsjubiläums des „Wiener Männergesang-Vereines“ thematisiert. Während die Vorstandsmitglieder demnach beim Festakt die unzähligen Reden über sich ergehen lassen müssen,

(Gar mancher Redner wieget sich  
In höheren Regionen)

amüsieren sich die einfachen Mitglieder längst am Buffet

(Die Sänger sind zerstorben  
Sie sitzen alle im Buffet  
Das Bier dort zu erproben / ... /  
Der Vorstand aber bleiben muß  
Wie sehr er sich auch sträube  
Er muß den Jubiläumskelch  
Austrinken bis zur Neige).

IGNAZ PENNERSTORFER, Zur Erinnerung an das Fünfzigjährige Jubiläum des Wiener Männergesangvereines. Fest-Nachklänge. Musikalisch-declamatorischer Scherz (Wien 1893).

Bei den politischen Vereinen zeigte sich sehr früh eine ähnliche Entwicklung. So behauptete die *Österreichische Zeitschrift für Verwaltung* beispielsweise bereits 1871, daß die eigentliche Tätigkeit dieser Vereine unter Ausschluß der Vereinsöffentlichkeit stattfindet. Sie sei in die Ausschüsse verlagert worden, die offiziellen Versammlungen wären bloß „Komödien“, die vor den Augen des Regierungsbeamten aufgeführt würden<sup>117</sup>).

Mit dem Funktionsverlust bzw. -wandel der „normalen“ Abgeordneten bzw. der Formveränderung des Vereinswesens sind aber zumindest zwei weitere Aspekte angesprochen, die für die erfolgreiche Mobilisierung immer unabdingbarer wurden, nämlich zum ersten die mediale Vervielfältigung des Geschehens und zum zweiten der zunächst noch auf die Sprache beschränkte Einsatz von Gewalt in der Politik.

Die (Partei-)Presse erweiterte tatsächlich den Kreis der am Geschehen Teilhabenden. Und neuerlich zeigen sich die bereits bekannten Tendenzen: Nicht mehr die Faktizität, sondern die Fiktion bestimmt die Wirklichkeit<sup>118</sup>). Gegenstand ist nur das Sollseins-Bild der eigenen Partei, rund um die Parteiführer entwickelt sich ein wahrhafter Personenkult<sup>119</sup>). Der „Gegner“ existiert nur negativ, wenn er sich eine Blöße gibt, die die Möglichkeit zu hemmungsloser Kritik einräumt. Die Parteienpresse kündigte zudem die Veranstaltungen der eigenen Seite, aber oft auch jene der Gegner an, warb für Teilnahme oder „Sabotage“ und berichtete im Nachhinein ausführlich über die Ereignisse.

Nicht außer Acht gelassen werden darf in diesem Zusammenhang, daß für (Vereins-)Versammlungen eine unüberwindliche physikalische Grenze bestand, nämlich die akustische. Wollte jeder Redner auch ein möglichst großes Publikum erreichen, so konnte er sogar bei größter „Stimmgewalt“ immer nur vergleichsweise wenige Personen direkt ansprechen. Hier fungierte die Presse insofern vervielfältigend, als sie häufig Versammlungsberichte in Form stenographischer Protokolle wiedergab, also Reden, Beifallsäußerungen etc. minutiös aufzeichne-

<sup>117</sup>) Vereinswesen; in: *Österreichische Zeitschrift für Verwaltung* 4 (1871) 49 f.

<sup>118</sup>) Beispielhaft ist dies am Beispiel des *Grazer Tagblatts* während der Badeni-Unruhen gezeigt worden; vgl. SUTTER, Sprachenverordnungen.

<sup>119</sup>) Dies trifft auch auf die über jeden Verdacht erhaben scheinenden Demokraten zu. Deren Organ, die *Volksstimme*, berichtet beinahe ausnahmslos über die Auftritte ihres „geliebten Führers“ Ferdinand Kronawetter, beispielsweise im Zusammenhang mit einem Gartenfest des „Demokratischen Vereins“ im 8. Bezirk: Dieses fand in angenehmem Ambiente statt, Blindensalonkapelle, Josefstädter Gesangverein und humoristische Deklamationen lösten einander ab. „... Die Pause wurde mit einer Reihe von Trinksprüchen ... auf Dr. Kronawetter, die Damen, den demokratischen Verein Josephstadt etc. ausgefüllt, die lebhaft akklamiert wurden. Die festliche Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Dr. Kronawetter die Tribüne betrat und auf alle Anwesenden, auf die demokratische Sache und insbesondere auf die frohe Kinderschar als kernigen demokratischen Nachwuchs ein dreifaches Hoch ausbrachte, in welches die Kinderkehlen jubelnd miteinstimmten. In diesem Momente erstrahlte der Garten im bengalischen Lichte ...“ *Volksstimme* 10. September 1892, 5. Der Bildhauer und Kunstgießer Ambros Bei bot im selben Blatt im Inseratenteil 50 cm große, aus Elfenbeinmasse gefertigte Büsten Kronawetters um 5 fl. das Stück an. EBD. 13. Februar 1892, 8.

te. Zweifellos ist die akustische Beschränkung auch mitentscheidend für die Entwicklung der „Redekultur“ gewesen. Nahezu permanentes Schreien erschwerte sicherlich die sachliche Argumentation.

Die Presse hatte freilich noch eine weit wichtigere organisatorische Wirkung für die Parteien um 1890. In den Rubriken „Aus den Parteileben“, die sich in den verschiedensten Organen finden, berichtete sie nämlich nicht nur über die Veranstaltungen der „eigenen“ Vereine, sondern es zeigt sich auch, welche wichtige koordinatorische Aufgaben die Redaktionen zu übernehmen hatten. So wurde diese Rubrik in der ersten Nummer der *Volksstimme*, des Organs der demokratischen Partei, folgendermaßen eingeführt: „Parteigenossen! In dieser Rubrik sollen alle Nachrichten des Vereins- und Parteilebens registriert werden. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß alle Obmänner und Schriftführer von nun an in regelmäßigen Correspondenzverkehr mit uns treten. ... Um Versammlungs-Anzeigen tunlichst in augenfälliger Weise zur Kenntnis der Parteigenossen zu bringen, empfiehlt es sich, dieselben nicht nur in der Rubrik 'Parteinachrichten' (wo die Veröffentlichung unentgeltlich erfolgt) sondern überdies auch im Inseratenteil zu publicieren. Hiedurch können Mühe und Kosten der Placatierung und Versendung von Einladungen erspart werden.“<sup>120)</sup>

Die sprachliche Verrohung war bereits bei den antisemitischen Tiraden unübersehbar, neu erscheint nunmehr einerseits der Trend zum martialischen Heroismus, zur (vorerst noch) verbalen Bereitschaft des „rücksichtslosen“ Zurückschlagens. Dennoch begann an der Schwelle der neunziger Jahre die Gewalt manifest zu werden. Schönerer verprügelte Szeps und wurde durch seine dafür erfolgte Verurteilung erst recht zum Märtyrer seiner Anhänger<sup>121)</sup>, Kronprinz Rudolph ließ Pernerstorfer verprügeln, die Affäre ließ sich kaum vertuschen<sup>122)</sup>, und Karl Hermann Wolf steigerte 1897 nach dem erfolgreichen Duell mit Badeni seinen Ruf der Unverletzlichkeit<sup>123)</sup>.

#### 4. Die „Versammlungsarchitektur“

„... Mit reiner Seele erklär' ich ..., daß unsere heutige Versammlung eine der wichtigsten unserer Zeit ist. ...“<sup>124)</sup>. Mit diesen Worten ließ 1792 Emanuel Schi-

<sup>120)</sup> *Volksstimme* vom 13. Februar 1892, 2.

<sup>121)</sup> Auch wenn sein politischer Stern damit zu verblässen begann, HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 45 ff.

<sup>122)</sup> WILLIAM M. JOHNSTON, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938 (=Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 1, Wien – Köln – Weimar <sup>3</sup>1992) 57 schreibt die Aktion fälschlicherweise dem Erzherzog Otto zu; vgl. dagegen BRIGITTE HAMANN, Erzherzog Rudolf. Kronprinz und Rebell (Wien – München <sup>2</sup>1989) 395–398.

<sup>123)</sup> „Wolf wurde, obwohl selbst nicht verwundet, als nationaler Heros gefeiert. Mit der Aureole des Helden umgeben, stieg sein verderblicher Einfluß ins schier unermessliche.“ SUTTER, Sprachenverordnungen II 102.

<sup>124)</sup> Die Zauberflöte 2. Akt, 1. Aufzug.

kaneder in der „Zauberflöte“ Sarastro die Besprechung der Priester über eine eigentlich wenig bedeutende Angelegenheit eröffnen, nämlich die Einführung eines zu „Weihenden“ in seinen Kreis der Auserwählten. Vor allem gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird der Topos der „Bedeutung“ einer Versammlung im Reigen der immer wiederkehrenden unzähligen öffentlichen und nichtöffentlichen Zusammenkünfte wichtig<sup>125</sup>). Deren formale Struktur soll in der Folge kurz dargestellt werden.

Formell stand am Beginn einer Versammlung die Wahl des Vorsitzenden, der die „Versammlungspolizei“ zu erledigen hatte, also das Wort erteilte und auch sonst für den ordnungsgemäßen und ruhigen Ablauf zu sorgen hatte. Geschah dies namentlich bei nichtöffentlichen Versammlungen zumeist problemlos, so zeigte sich bei den öffentlichen, allgemein zugänglichen hier bereits der erste Konfliktherd, denn für Anhänger und Gegner der Einberufer galt es zunächst, den Versammlungsort zu „erobern“, um die Wahl eines ihnen genehmen Vorsitzenden durchsetzen zu können: 1893 besetzten 1800 Arbeiter den Saal, in dem die deutschnationalen Antisemiten Schönereers eine Versammlung angekündigt hatten, und erzwangen so die Wahl eines ihnen genehmen Vorsitzenden. Karl Hermann Wolf erhielt zwar das Wort, wurde aber so lange laufend in seinen Ausführungen unterbrochen, bis ihm schließlich das Wort entzogen wurde. Als Ergebnis des darauf folgenden Tumults wurde die Versammlung behördlich geschlossen. „Die Arbeiterpartei geht ... dem Antisemitismus scharf zu Leibe. Sie befolgt dasselbe System, welches seinerzeit die Antisemiten gegenüber den Demokraten befolgt haben: sie bricht in Versammlungen der Gegner ein und sprengt sie. Auch auf diesem Feld haben die Liberalen auf jeglichen Kampf verzichtet.“<sup>126</sup>) Dieses eine Beispiel mag für die unzähligen derartigen Vorkommnisse stehen. Für Prälat Joseph Scheicher, den alten politischen Haudegen, war Politik „Krieg“, und er selbst dabei nicht zimperlich: „So steht die Sache: Wenn ich gehohlet werde, ohrfeige ich wieder und fürchte nicht einen Augenblick, mit Christus und seiner Lehre in Konflikt zu kommen.“<sup>127</sup>)

Wichtig ist wieder die Rolle der Presse. Je nach Position feiert sie die gelungene Sprengung oder beklagt den „unverschämten“ Terrorismus, obwohl formal beinahe immer dasselbe geschah. Möglicherweise erfolgten solche Eklats sogar im Zuge beidseitig geplanter Inszenierungen: So reisten Kronawetter und acht Mitglieder der demokratischen Partei im September 1892 im selben Zug in Rich-

<sup>125</sup>) Das Gesetz vom 15. November 1867, RGBl. Nr. 135, über das Versammlungsrecht unterscheidet zum einem in § 2 zwischen Volks- bzw. allgemein zugänglichen Versammlungen ohne Beschränkung auf geladene Gäste und nichtöffentlichen Versammlungen. In § 3 wird zudem zwischen Versammlungen unter freiem Himmel, sowie Aufzügen und anderen unterschieden. Für die jeweils erstgenannten galt Meldepflicht und das Recht der Behörden, Vertreter zu entsenden, die gegebenenfalls die Versammlung auflösen konnten.

<sup>126</sup>) *Volksstimme* vom 24. September 1893, 3.

<sup>127</sup>) SCHEICHER, Erinnerungen V 1, 38; vgl. auch EBD. I 39, 94 ff.; IV 36, 62 ff., 210 f., 218 f., 249 ff.; V 100 f., 189 f.

tung Kirchschatz wie Lueger, zu einer Versammlung des letzteren, die sie dann mit ihren übrigen Anhängern „erfolgreich“ sprengten<sup>128</sup>).

War die Versammlung einmal eröffnet, galt es, die Teilnehmer von deren Bedeutung zu überzeugen. Dazu dienten einmal der Anlaß selbst, dann die Begrüßung prominenter Teilnehmer, also beispielsweise auch Abgeordneter, deren Grußworte, die Verlesung von Grußadressen und Entschuldigungen und jene von telegraphischen Zustimmungsschreiben aus Nah und Fern<sup>129</sup>). Es galt, in den Teilnehmern den Eindruck der unmittelbaren Teilnahme am „historischen“ Ereignis zu erwecken, ihnen die Überzeugung der Wichtigkeit des Gegenstandes und ihrer Beteiligung an der Erreichung der angestrebten Ziele zu suggerieren.

Eine zusätzliche Aufwertung war paradoxerweise dann gegeben, wenn die Behörden einen Kommissär entsandten, damit also zum Ausdruck brachten, daß sie dem Ereignis eine gewisse (politische) Bedeutung beimäßen. Nach dem Buchstaben des Gesetzes war die politische Behörde berechtigt, aber nicht verpflichtet, zu jeder Vereinsversammlung einen Behördenvertreter zu entsenden. Schon auf Grund der enorm steigenden Zahl an Vereinsversammlungen war es unmöglich, diese lückenlos zu überwachen. War aber ein Behördenvertreter anwesend, entwickelten sich im Laufe der Jahre regelrechte Rituale der Interaktion. Die (forschen) Redner reizten aus, wie weit sie gehen konnten, und wie weit die kalkulierte Überschreitung des Rahmens, die auch die sofortige Auflösung zur Folge haben konnte, das Publikum besser zu stimulieren geeignet war als die ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung. Die „landesfürstlichen Kommissäre“ ihrerseits deuteten mit Gesten in Richtung der vor ihnen liegenden Amtskappe an, daß die Grenzen des Zulässigen bereits berührt seien und der Vorsitzende Einhalt gebieten solle. Erhob sich der Kommissär aber und setzte er die Kappe auf, so war die Versammlung behördlich aufgelöst. Dem folgten in der Regel zunächst tumultuöse Szenen, bevor sich die Anwesenden zerstreuten – in der überwiegenden Anzahl der Fälle ohne daß hierzu die Anwendung weiterer polizeilicher Mittel erforderlich wurde.

Prinzipiell ist zudem zu differenzieren, ob es sich bei den Versammlungen um solche handelte, in denen aktuelle (politische) Tagesereignisse besprochen wurden, oder um Fest- bzw. Jubiläumsversammlungen. Beide verfolgten zwar

<sup>128</sup>) Ausführlicher Bericht über den erfolgreichen „Anfang des Kampfes, der nunmehr mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit ausgefochten werden wird“, in der *Volksstimme* vom 17. September 1892, 5. Aufruf zur Teilnahme EBD. 10. September 1892: „Zum ersten Mal seit langen Jahren wird der Führer der demokratischen Partei an der Spitze freisinniger Elemente in offener Versammlung den Volksverhetzern entgegen treten. Es ist unsere Pflicht, ihn bei diesem mutigen Werke nach Kräften zu unterstützen.“

<sup>129</sup>) 1874 wurden bei der Festversammlung des „Katholisch-patriotischen Volksvereines“ Zugschriften „aus allen Teilen der Welt“, aus Darmstadt, München, Regensburg, Mainz, Aachen, Westphalen, Passau, Breslau (Wroclaw), Berlin, Köln, Ödenburg (Sopron), Schweiz, Rom, Chioggia, Florenz (Firenze), Verona, Bergamo, Mailand (Milano), Piacenza, England ... verlesen. STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL KATHOLISCH-PATRIOTISCHER VOLKSVEREIN 4 f. An eine Protestversammlung des „Vereines zur Abwehr des Antisemitismus“ wurden Telegramme u.a. aus London, Proßnitz (Prostějov) und Genua (Genova) gerichtet. STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL VEREIN ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS 8 f.

ähnliche Absichten, nämlich die vor allem emotionale Fesselung des Publikums, mußten aber naturgemäß mit unterschiedlichen Instrumentarien arbeiten. Im ersteren Fall hatten die Redner (im regulären, ungestörten Fall) die Aufgabe, die Teilnehmer dahin zu bringen, einer (zumeist wohl vorbereiteten) Resolution per Akklamation ihre (spontane) Zustimmung zu erteilen. Nach innen brachten diese zumeist in scharfen Tönen gehaltenen Resolutionen nicht nur den gemeinsamen Willen zum Ausdruck, sondern sie suggerierten den einzelnen Akklamateuren auch, daß sie mit ihren Anliegen nicht isoliert waren und daß diese eine machtvolle Vertretung finden würden. Umgekehrt schöpften jene, die die Resolutionstexte vorbereitet hatten und die in der Regel dann beauftragt wurden, diese den jeweiligen Adressaten (von der Gemeindevertretung bis zur Regierung) vorzulegen, daraus eine nicht zu unterschätzende Legitimität für ihr Handeln. Dieser Aspekt multiplizierte sich in zweifacher Hinsicht: einmal durch die Berichterstattung in der Presse und dann vor allem dadurch, daß es vielfach Usus war, gleichlautende Resolutionstexte „flächendeckend“ einer Vielzahl von Versammlungen zur (spontanen?) Akklamation vorzulegen, womit gewissermaßen zumindest der „Gesamtwille“ einer Region zum Ausdruck kommen sollte.

Ungleich stärker trugen aber sicherlich die Festveranstaltungen zur Schaffung einer vorgeblich alltagskulturellen „Corporate identity“ bei – sei es im einzelnen Verein, sei es im Netzwerk eines lokalen oder überregionalen Vereinswesens. Die korporative Teilnahme am Jubelfest eines befreundeten Vereines, die Ausrichtung von Sänger- und Turnerfesten, die sprichwörtlich gewordene „Teilnahme der Honoratioren und Vereine“ an lokalen „Großereignissen“ u.v.a.m. gaben die Möglichkeit, „Farbe zu bekennen“. Vereinsfahnen und Vereinsabzeichen (bezeichnenderweise für politische Vereine untersagt) spielten in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Die „Architektur“ der Veranstaltungen – eine Abfolge von Grußworten, Festansprachen, Beschwörungen der „unverbrüchlichen Treue zu den eigenen Werten“ (die in den seltensten Fällen explizit genannt wurden), deklamatorischen Vorträgen, das gemeinsame Absingen von Liedern und schließlich auch der „inoffizielle“, gemütliche Teil (nicht selten ein „Tanzkränzchen“) – sollte dafür sorgen, daß den Teilnehmern das Erlebnis „unvergeßlich“ blieb. Obwohl der formale Aufbau der Feste nahezu ident war, feierte man „echt“ katholisch/proletarisch/national etc.

Abgesehen davon, daß die Vereine aus dem Ertrag solcher Veranstaltungen nicht selten beträchtliche Einnahmen lukrierten (vor allem aus dem Verkauf von Festabzeichen, Eintrittsgeldern und dem Angebot von Speisen und Getränken), waren diese Festivitäten in zwei weiteren Hinsichten von nicht geringer Bedeutung. Zunächst bezogen sie die „ganze Familie“ in die ansonsten vorwiegend männlich dominierte außerhäusliche Vereinsöffentlichkeit ein – sowohl was das Angebot als auch was die Einbeziehung von Frauen und Mädchen als aktive Mitgestalterinnen betrifft. Zweifellos wurden diese damit zumindest mittelbar in die „gemeinsame Sache“ eingebunden<sup>130</sup>).

<sup>130</sup>) PIETER M. JUDSON, Die unpolitische Bürgerin im politisierenden Verein. Zu einigen Paradoxa des bürgerlichen Weltbildes im 19. Jahrhundert; in: HANNES STEKL, PETER URBANITSCH,

Zweitens, und dies gilt in allererster Linie wieder für die männlichen Teilnehmer, spielte der Konsum geistiger Getränke eine nicht unbedeutende Rolle: „Die Aufgabe solcher Versammlungen erstreckt sich nicht auf die unanständigen Elemente der Wählerschaft; denn den Mob, der um ein Glas Freibier überall hin läuft, werden wir nicht bekehren, der wird immer dorthin laufen, wo das Freibier fließt ...“<sup>131</sup>). Diese Feststellung des Landtagsabgeordneten Konstantin Noske anlässlich einer 1892 vom „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ veranstalteten Protestversammlung gegen die Agitation der Antisemiten enthält zwei wichtige Hinweise auf die Praxis politischer Mobilisierung, nämlich der Bedeutung des Alkohols und der „Gönnerhaftigkeit“ der politischen Agitatoren. Sie sollen im folgenden kurz beleuchtet werden.

Indem bereits verschiedentlich auf die Bedeutung der Trinksprüche anlässlich der verschiedensten Versammlungen und Veranstaltungen hingewiesen worden ist, erscheint zunächst vor allem der ausgrenzende Aspekt in Noskes Behauptung zweifelhaft. Tatsächlich läßt sich nämlich zeigen, daß von Anfang an praktisch alle Richtungen und vor allem die sich später entwickelnden politischen Lager sich gerne des Instrumentes „Alkohol“ bedienten, um ihre Klientel an sich zu binden. Ganz allgemein beklagte dies die demokratische *Volksstimme*: „Da einerseits wegen Mangel an passenden Localen, andererseits wegen der weit verbreiteten Abneigung vieler Vereinsmitglieder gegen Privatlocale die Vereine in Gasthauslocalen ihre Zusammenkünfte haben, so tritt eigentlich die an sich ganz löbliche Vereinstätigkeit in den Hintergrund, wogegen der Consum von geistigen Getränken und die Hetze die wichtigste Rolle spielt. Unter dem Deckmantel der Pflege des Gemeinsinns wird zumeist der Wein- und Bierconsum gefördert, was allerdings auch eine schöne Sache wäre, wenn nicht darunter die Einzelwirtschaften und die gesammte Volkswirtschaft in empfindlicher Weise leiden würden.“<sup>132</sup>) Wenig überrascht es, wenn es im schönerianisch-studentischen Milieu zeitweilig zu Exzessen wie dem folgenden kam, als nach dem Abschluß der Hauptversammlung des „Schulvereines für Deutsche“ 1889 eine offensichtlich alkoholisierte Gruppe von „... 60 bis 70 Personen, deutsche Lieder singend, sich in die Stadt begeben, unter Anstimmung der ‚Wacht am Rhein‘, die Dampftramway bestiegen und bei jeder Haltestelle die dort wartenden Passagiere mit dem Rufe ‚Hoch Schönerer‘ demonstrativ empfangen“ habe<sup>133</sup>).

Wie weit Victor Adlers Solidarisierung mit dem 1901 gegründeten „Arbeiter-Abstinentenbund“ den in Arbeiterkreisen weit verbreiteten Alkoholkonsum zu-

---

ERNST BRUCKMÜLLER, HANS HEISS (Hgg.), „Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“ (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 2, Wien – Köln – Weimar 1992) 337–345; DERS., Deutschnationale Politik und Geschlecht in Österreich 1880–1900; in: DAVID F. GOOD, MARGARETE GRANDNER, MARY JO MAYNES (Hgg.), Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 20. Jahrhundert (Wien – Köln – Weimar 1994) 32–48.

<sup>131</sup>) STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL VEREIN ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS 27.

<sup>132</sup>) *Volksstimme* vom 24. September 1892, 3.

<sup>133</sup>) AVA II/2 Reichsgericht, Karton 92/IV/1889, Bogen 49. Verhandlung des Reichsgerichtes wegen behördlicher Auflösung des „Schulvereines für Deutsche“.

rückdrängen konnte, kann hier nicht eingeschätzt werden. Bekannt ist aber, daß Alkoholexzesse der politischen Funktionäre der Sozialdemokratie nicht nur deren politische Arbeit lähmten. Sie belegen, daß Alkohol auch in diesen Parteiorganisationen eine Rolle spielte<sup>134</sup>). „Die Wiesenfeste bzw. in Wien die geselligen Zusammenkünfte in den Pratergastgärten endeten für gewöhnlich am Abend zwischen 18 und 19 Uhr. Gruppenweise zogen die maifeiernden Arbeiter in ihre Wohnbezirke, wo ‚es am Abend überall hoch her‘ ging – in den lokalen Gasthäusern wurde in ‚gemütlicher Weise bei Sang und Scherz und auch ernsten Reden‘ der Arbeiterfeiertag beschlossen.“<sup>135</sup>)

Auch die Demokraten, die es zwar beklagten, daß Wirtshäuser als Versammlungsorte bevorzugt wurden, machten von diesem Ambiente ausgiebig Gebrauch, und auch bei ihren Veranstaltungen dürfte es zeitweilig „rund“ zugegangen sein, wie folgende Schilderung einer Sprengung einer ihrer Veranstaltungen durch Antisemiten bezeugt: „Der Vorsitzende forderte nun die Ordner auf, den Ruhestörer aus dem Saale zu entfernen. Sofort wurde derselbe von zwei Ordnern erfaßt und ziemlich unsanft durch den Saal gezerrt und hinausgeworfen. Er widersetzte sich und damit war das Signal zu einem förmlichen Kampfe gegeben. In Nu hatten die Antisemiten die Tische umgestürzt. Die Sessel wurden drohend erhoben und mit Biergläsern, Stöcken und Fäusten hieben die Antisemiten auf die Ordner ein. Die beim Eingange des Saales stehende Glaswand wurde umgeworfen und die Glasscherben fielen klirrend zu Boden.“<sup>136</sup>)

Wie bereits oben ausgeführt, neigte man dazu, das „Exzessive“ immer dem Gegner zu unterstellen und sich selbst im Gegensatz dazu als „gemäßigt“ zu stilisieren. Dies gilt natürlich auch für den Alkoholmißbrauch. Selbst feierte man gemäß der Berichterstattung „Feste der Gemütlichkeit“, die sich – wenn man die Berichte genauer studiert – zuweilen als recht ausschweifend erwiesen. Allein die Summe der ausgebrachten Toasts anlässlich eines Ausflugs des „Wiener Demokratischen Zentralvereines“ unter Führung Kronawetters zur Millenniumsausstellung nach Budapest war beträchtlich. Als im Zuge dieses Ausflugs – nachdem bereits ein Empfang und ein Festmahl absolviert worden waren – zu einem Dejeuner geladen worden war, bei dem die Gäste mit „moussierend überschäumenden Champagnerflaschen“ begrüßt worden waren, war die Stimmung bald „... wieder eine solche, wie sie für den ersten Toast erforderlich ist.“ Nach einer

<sup>134</sup>) HUGO PEPPER, Die frühe österreichische Sozialdemokratie und die Anfänge der Arbeiterkultur; in: WOLFGANG MADERTHANER (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Politik Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie I, Wien 1988) 79–100, hier 85. HARALD TROCH, Rebellensonntag. Der 1. Mai zwischen Politik, Arbeiterkultur und Volksfest in Österreich (1890–1918) (=Materialien zur Arbeiterbewegung 58, Wien – Zürich 1991), insbes. die Abb. Seite 132: „Im Prater beim ‚braunen Hirschen‘“: Die Besucher des Maifestes am Biertisch.

<sup>135</sup>) TROCH, Rebellensonntag 133 nach einem Bericht aus der *Arbeiterzeitung* vom 3. Mai 1897.

<sup>136</sup>) *Volksstimme* vom 22. Oktober 1882, 5. Daß sich die Demokraten mit gleichen Mitteln zur Wehr gesetzt haben dürften, mag angenommen werden, ebenso, daß die Biergläser nicht nur als Waffe bereit gestanden haben dürften.

Reihe weiterer Toasts und dem Vortrag mehrerer Gedichte „... erreichte die allgemeine Begeisterung ihren Höhepunkt. Die Gläser wurden frisch mit schäumendem Naß gefüllt, man trank einander zu. Pester und Wiener fielen einander, überwältigt von der Weihe des Festes, um den Hals und verbrüdereten sich dertart.“<sup>137)</sup>

Wohl nicht kausal damit zusammenhängend, aber dennoch dazu passend ist ein weiterer Aspekt, der sicherlich auch zu einer mehr oder minder wichtigen Ausprägung der affektiven Momente politischer Kultur wurde, die Verzerrung der Wirklichkeit zur Fiktion. Dies läßt sich gerade am Beispiel dieses Ausfluges, der von Wien nach Budapest auf einem Donauschiff unternommen wurde, deutlich dokumentieren. Die (politisch nahezu bedeutungslosen) Demokraten wurden nach dieser Schilderung nämlich nicht nur auf ihren Zwischenhalten stürmisch akklamiert, sogar die Passagiere des entgegenkommenden Linienschiffs konnten nicht anders, als Kronawetter stürmisch zuzujubeln, und der Empfang in Budapest wurde zu einem einzigartigen Ereignis hochstilisiert: „Ohne Gleichen war der Empfang, den das anlangende Schiff in Budapest fand. Kaum ist die Feder im Stande, die Begeisterung der Massen zu beschreiben, die bereits in Neupest begann, sich bei der Margarethenbrücke fortsetzte und am Pester Landungssteg ihren Höhepunkt erreichte. Trotz des hartnäckigen Regenwetters harpte eine nach vielen Tausenden zählende Menge von der Redoute bis zum Schwurplatz der einlangenden Demokraten und mit Hüteschwenken und Tücherwehen und dem brausenden aus tausenden Kehlen erschallenden Rufe ‘Eljenek a demokraták! Eljen Dr. Kronawetter!’ wurden die Gäste begrüßt. ...“ Hier steigerte sich die Unterstreichung der eigenen Bedeutung, die bereits oben dargestellt wurde, ins Phantastische. Es ist nun schwer einschätzbar, welchen Glauben der Leser diesem Bericht schenkte, vorstellbar erscheint aber, daß er es einfach glauben wollte, um erst recht zu bedauern, bei diesem Ereignis nicht selbst dabeigewesen zu sein.

Dieses eher harmlose Beispiel verweist auf einen komplexeren Zusammenhang bzw. auf eine Veränderung des kollektiven (politischen) Erkenntnisprozesses, nämlich auf eine beinahe pathologische Verschiebung des Verhältnisses zwischen erkennendem Subjekt und erkanntem Objekt, deren Prinzip Adorno und Horkheimer folgendermaßen charakterisieren: „Indem der Paranoiker die Außenwelt nur perzipiert, wie es seinen blinden Zwecken entspricht, vermag er immer nur sein zur abstrakten Sucht entäußertes Selbst zu wiederholen. Das nackte Schema der Macht als solcher, gleich überwältigend gegen andere wie gegen das eigene mit sich zerfallende Ich, ergreift, was sich ihm bietet, und fügt es, ganz gleichgültig gegen seine Eigenart, in sein mythisches Gewebe ein. ...“<sup>138)</sup>

<sup>137)</sup> *Volksstimme* vom 5. Juli 1896, 6. Nur am Rande sei noch erwähnt, daß sich die Reisenden im Anschluß an diese Veranstaltung zunächst in einem Kaffeehaus und anschließend zum Souper in einem Restaurant einfanden, „wo bis knapp vor Abgang des Wiener Personenzuges getafelt wurde. Diesmal wurde nicht bei Champagner, sondern bei gutem ungarischen Wein toastiert.“

<sup>138)</sup> MAX HORKHEIMER, THEODOR W. ADORNO, *Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung*; in: *DIES., Dialektik der Aufklärung* (Frankfurt am Main 1988) 177–217, hier 196 ff., das Zitat 199.

Ist bisher nur von der Reduktion der Wirklichkeit auf einige einfache Sätze und von ihrer Verzerrung durch die mutwillige Kombination dieser Sätze die Rede gewesen, so sollte dieser dritte Aspekt der Schaffung eigener Wirklichkeiten nicht ganz außer Acht gelassen werden, wenn es auch schwierig ist, hier nachträglich Grenzen zu ziehen. Es ist dies auch nicht der Ort, die jeweilige Akteure hinsichtlich ihrer Erkenntnisform und -fähigkeit genauer zu analysieren, sicherlich ist aber zu berücksichtigen, daß sie ihrerseits diese Umstände bewußt oder unbewußt in ihrem Spiel auf der Klaviatur der Emotionen nutzten bzw. nutzen mußten, um die eigene materielle Existenz als Politiker zu garantieren.

Denn ab einen gewissen Zeitpunkt ist der materielle Aspekt einer Abgeordnetentätigkeit nicht mehr zu unterschätzen. Offiziell war das Mandat ja ehrenamtlich übertragen, doch zeichnete sich bald eine Entwicklung ab, in der das Erringen eines Mandates dem Kandidaten durchaus attraktive materielle Vorteile versprach. Scheicher, der sich als „politischer Veteran“ sah, stellte in seinen Erinnerungen fest, er selbst hätte nie materielle Vorteile aus seiner politischen Tätigkeit gezogen, ja er hätte sogar aus eigener Tasche, etwa für Reisekosten, zuschießen müssen. Dies hätte sich aber im allgemeinen spätestens in den neunziger Jahren entscheidend geändert, Politik sei seitdem zu einer Erwerbquelle geworden. Um die Jahrhundertwende hätte es demnach nur mehr Berufspolitiker gegeben, die von der Politik lebten, wie die Handwerker von ihrem Handwerk. Verlöre der Politiker sein Mandat, so würde er brotlos. Genau diese Männer würden damit zu „Gnadenbettlern“, zu „Demagogen“, zu „Schmeichlern der Massen und der niederen Volksinstinkte“<sup>139)</sup>.

Dies führt zu einer weiteren Überlegung, nämlich zur Frage der Politik als geschäftliches Unternehmen. Betrachten wir zunächst den einzelnen „Politikunternehmer“, der gezwungen ist, für den Erfolg seines Unternehmens, dem Erringen eines Mandates, einige Investitionen zu tätigen. Diese Investitionen waren zunächst ideelle, sein Auftreten in der Öffentlichkeit, sein Versuch, seinen Wählern seinen heroischen Kampf um ihre bedrohten Besitzstände plausibel zu machen, seine „unermüdlichen“ Bemühungen für die „Sache“. Es darf angenommen werden, daß auch materielle Investitionen nötig waren: Spenden für Vereine, Freibier etc. Nun läge aber auch aus dieser „betriebswirtschaftlichen“ Betrachtungsweise die Überlegung nahe, daß die einzelnen „Politik-Unternehmer“ zu fusionieren begannen, um höhere Effekte erzielen, die eingesetzten Mittel reduzieren und gemeinsame effektivere Stäbe aufbauen zu können. Konsequenz wäre demnach der Eintritt in straff organisierte (Partei-)Organisationen gewesen. Hierin lag wohl auch der Grund für manch verbitterte Kommentare: Josef Schöffel, langjähriger niederösterreichischer Landtagsabgeordneter und Landesauschuß meinte nach Abschluß seiner politischen Karriere, die Bildung von Klubs und Parteien diene nur als Mittel, „... um politischen Chamäleons und Strebern zu Ministergagen, zu Ämtern und Sinekuren zu verhelfen. Die Programme, welche die Führer der politischen Parteien mit tönenden Phrasen kundgeben,

---

<sup>139)</sup> SCHEICHER, Erinnerungen IV 55 ff.

dienen ja nur als Lockpfeife. ...<sup>140)</sup> Ähnlich desillusioniert auch Scheicher, der rückblickend nicht nur feststellte, es gäbe bei den Parteien überhaupt keine programmatischen Inhalte, sondern bereits vor 1910 konstatierte: „Für die Partei! Alles wegen und für die Partei.“<sup>141)</sup>

##### 5. Die Emanzipation der Parteien vom Vereinswesen und die politische Lagerbildung

Die Politisierung von Bereichen, die streng genommen nichtpolitische waren, nämlich des Kulturrell-nationalen und des Sozialen, verbunden mit der immer stärker werdenden Bedeutung öffentlicher Investitionen in die regionale und überregionale Infrastruktur – was politische Prioritätensetzung und verstärkte Vertretung regionaler Interessen verlangte –, förderte die Bildung moderner Massenparteien sicherlich entscheidend. Dazu kam noch die Ausweitung des Wahlrechtes, die neue Strategien und Methoden erforderlich machte, wollte man „erfolgreich“ abschneiden.

Die „alten“ Honoratiorenparteien stellten bekanntlich jenseits ihrer parlamentarischen Klubs äußerst lockere Verbindungen von lokal wirksamen politischen Vereinen und Zeitungredaktionen dar, wobei die Klubs innerhalb dieser „basisdemokratischen“ Konstruktion insofern von ihrer Basis abhängig waren, als es zur politischen Kultur gehörte, daß sich die einzelnen Abgeordneten in ihren Wahlkreisen – wenn auch zuweilen widerwillig – Wählerversammlungen stellten und nicht zögerten, ihr Mandat zurückzulegen, wenn ihnen dort das Vertrauen entzogen worden war. Zudem waren es während der „klassisch liberalen Ära“ in der Regel lokale Komitees, die die Kandidaten aufstellten, die ihrerseits erst nach ihrer Wahl entschieden, welchem parlamentarischen Klub sie sich anschließen würden. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Klubs, die ohnehin nur jeweils für einige Wochen im Jahr zusammentraten, war damit in hohem Maße von einer Fülle von lokalen Bedingungen und Entscheidungen abhängig, die eine kontinuierliche politische Arbeit nicht eben leichter machten.

So lange das „Politische“ sich auf die konstitutionelle Teilung der Legislativgewalt zwischen Monarchen und „Volk“ bzw. auf die Verwaltung des Landesvermögens beschränkte, mag ein solches realpolitisches System ausreichend gewesen sein. Hier störten auch die repressiven Bestimmungen des Vereinsgesetzes hinsichtlich der politischen Organisation kaum, nämlich das Verbot für politische Vereine, miteinander in Verbindung zu treten, die Unmöglichkeit, Filialvereine zu gründen, die Beschränkung der Anzahl der Vereinsfunktionäre (was den Wirkungsbereich faktisch einschränkte), sowie die im Gesetz implizit enthaltene Bestimmung, daß nichtpolitische Vereine nicht in Verbindung mit politischen Vereinen treten dürfen.

Ende der siebziger Jahre kam nun ziemliche Bewegung in dieses politische System. Einerseits hatten sich die altliberalen Verfassungstreuen unter dem Druck

<sup>140)</sup> JOSEF SCHÖFFEL, *Erinnerungen aus meinem Leben* (Wien 1905) 144.

<sup>141)</sup> SCHEICHER, *Erinnerungen* IV 80 f.

wirtschaftlicher und sozialer Sachzwänge aufgerieben, in ihrem Inneren war zudem eine lautstarke Opposition entstanden. Die parlamentarische Mehrheit, die Taaffe für seinen „Eisernen Ring“ fand, und die sich als überaus stabil erweisen sollte, signalisierte zudem deutlich, daß erfolgreiches politisches Agieren im Rahmen der Verfassung durchaus auch ohne bzw. gegen die Deutschliberalen möglich war.

Zweifellos ist davon auszugehen, daß der Schock unter deren Parteigängern tief saß, schien doch jetzt nicht nur eine Föderalisierung des Reiches, ein Wiedererstarren des politischen Katholizismus und der „finstersten Reaktion“ zu drohen, sondern auch und damit verbunden eine Schwächung der von ihnen als selbstverständlich vorausgesetzten kulturellen Vorreiterrolle des Deutschtums, das gewissermaßen als Garant für die liberalen „Tugenden“ wie Aufklärung, Fortschritt etc. angesehen wurde.

In dieser Situation bedeutete die Gründung des „Deutschen Schulvereins“ einen entscheidenden Schritt in Richtung organisatorischer Modernisierung<sup>142</sup>). Der vordergründig als unpolitische Organisation gebildete Verband sollte dem allgemein vorhandenen Bedürfnis nach nationalkultureller Solidarität dienen – gerade deshalb gelang es auch, innerhalb kürzester Zeit ein flächendeckendes Netz von Ortsgruppen zu etablieren, die in enger und hierarchischer Verbindung zur Wiener Zentrale standen. Auf lokaler Ebene war es für die im deutschliberalen Milieu eingebundenen Honoratioren und für viele ihrer Vereine nahezu „verpflichtend“, dem Verein beizutreten und diesen durch Mitgliedsbeiträge und Spenden entsprechend zu unterstützen. Von den Ortsgruppen veranstaltete Feste und andere Veranstaltungen dienten zudem nicht nur der Lukrierung zusätzlicher Einnahmen, sondern auch als Möglichkeit, die nationale Gesinnung und Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Diese Möglichkeit wurde auch von Prominenten – in erster Linie von „zufällig“ anwesenden Abgeordneten – gerne wahrgenommen. Beinahe selbstverständlich war es auch, daß ein in der Gegend anwesender Parlamentarier – unabhängig, ob er dem Wahlkreis entstammte oder nicht – dem örtlichen Schulverein eine Spende zukommen ließ, was selbstverständlich von der lokalen deutschliberalen Presse stets berichtet wurde.

Die Ortsgruppen des „Deutschen Schulvereines“ boten damit zunächst einmal eine willkommene und mit wenig Aufwand verbundene Infrastruktur, in der die Abgeordneten in Erscheinung treten konnten, ohne damit auch schon formell in Verbindung mit ihren Wählern zu treten. Umgekehrt hatten aber die Wähler die Möglichkeit, auswärtige Politiker „ihrer“ Geisteshaltung unmittelbar kennen zu lernen. Die „Partei“ als abstrakter Ausdruck einer nur vage umrissenen gemeinsamen Gesinnung, die nur in den mehr oder weniger weit entfernten parlamentarischen Klubs (medial) greifbar wurde, wandelte sich somit allmählich hin zu einem auch außerparlamentarischen Personenverband mit Prominenten an der Spitze und stärker werdenden persönlichen Bindungen an der Basis<sup>143</sup>).

<sup>142</sup>) Zum „Deutschen Schulverein“ vgl. MONIKA STREITMANN, Der Deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik 1880–1918, geisteswiss. Diss. (Wien 1984).

<sup>143</sup>) Interessante Einblicke in die innere Struktur einer (radikalen) Honoratiorenpartei gibt ein Konfidentenbericht aus dem Jahr 1886 über eine Versammlung der Deutschnationalen um Schö-

Die Wiener Zentrale, die sich nicht zufällig aus den Galionsfiguren der „Verfassungspartei“ zusammensetzte<sup>144</sup>), profitierte aber nicht nur von der Infrastruktur, die ihr die vielen Ortsgruppen zur Verfügung stellten, sie verfügte vor allem auch über die Geldmittel, die die Ortsgruppen in reichem Maße abliefern.

Tabelle 6: DEUTSCHER SCHULVEREIN: EINNAHMEN, AUSGABEN FÜR SCHULZWECKE, RESTPOSTEN

Jahr	1886	1889
Einnahmen (in fl.)	293.247	302.850
Ausgaben für Schulzwecke (in fl.)	257.536	269.444
Restposten (in fl.)	35.711	33.406

Quelle: MONIKA STREITMANN, *Der Deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik 1880–1918*, geisteswiss. Diss. (Wien 1984) 61.

Dank dieser finanziellen Basis war es möglich, einen effektiven Stab von Mitarbeitern zu finanzieren, vor allem aber Prioritäten zu setzen, wie die vorhandenen Mittel am besten widmungsgetreu eingesetzt werden können. Insgesamt wird davon auszugehen sein, daß es vor allem auch die Verfügungsgewalt über diese ideellen und materiellen Mittel war, die den Fortbestand der „Verfassungspartei“ bis weit in die neunziger Jahre hinein gewährleistete<sup>145</sup>).

Die politischen Probleme sozialer und wirtschaftlicher Art, mit denen sich auch die „Verfassungspartei“ auseinanderzusetzen hatte, waren damit aber nicht

---

nerer. Dort war Josef Pommer mit seiner Forderung, der Partei eine straff zentralistische Organisation zu geben, auf heftigen Widerstand gestoßen. Die bisherigen Verhältnisse der deutschen Verbindungen dürfen nicht geändert werden. Im „Schulverein für Deutsche“ verfüge man ohnehin über eine vortreffliche Hilfsorganisation, dieser brauche aber keinesfalls Politik zu treiben, sondern müsse sich stets im Rahmen eines unpolitischen Vereins halten. Die „innere gemeinschaftliche und unantastbare Organisation“ beruhe vor allem auf den Schriftleitern der Presseerzeugnisse. „Wir theilen einander, und zwar regelmäßig, alle Vorgänge und Pläne mit und helfen uns auch bei Erkundigungen aufs Beste aus. Selbstverständlich werden die Ausschüsse aller einzelnen Verbindungen dann laufend in Kenntnis gehalten.“ AVA, MdI, Präs. 15, Karton 529, Zl. 4663/MI/1886, Polizeidirektion Wien an MdI vom 27. Oktober 1886.

<sup>144</sup>) HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler 37; STREITMANN, *Deutscher Schulverein* 134 ff.

<sup>145</sup>) Die demokratische *Volksstimme* vom 10. Oktober 1897, 3, ortete den Niedergang des „Deutschen Schulvereines“ 1897. Ein bei der damaligen Generalversammlung zustande gekommener Kompromiß zwischen Liberalen und Schönerianern (es ging um die Möglichkeit der Bildung „arischer Ortsgruppen“) habe deutlich gemacht, daß der Verein – bislang ein Bollwerk des „Scheinliberalismus“ – der „nationalen „Hetze und einseitigen Parteizwecken“ dienstbar geworden sei. Demnach ging es – natürlich – um die Mittel: „Um das Geld der Juden nicht zu verlieren, hat man den Antrag der Schönerianer abgelehnt, ‚judenreine‘ Ortsgruppen zu gründen. Andererseits haben die Schönerianer, nachdem ihr eigener ‚Schulverein für Deutsche‘ bankrott wurde, den Antrag der Liberalen acceptirt, parallele Ortsgruppen ins Leben zu rufen. Auf diese Weise verliert man nicht das Geld der Juden und auch nicht das der ‚unverfälscht Deutschen‘. Tief gesunken sind die Liberalen, aber nicht tiefer als die Schönerianer, die durch die Compromißerei wenigstens hoffen können, daß die Scheinliberalen sich in absehbarer Zeit als ‚judenliberale Antisemiten‘ entpuppen.“ Vgl. auch STREITMANN, *Deutscher Schulverein* 154–166, bes. 164.

bewältigt, eher hatten sie sich im Zuge der rasch voranschreitenden Modernisierung noch verschärft. Als zwar jetzt stärker integrierte Partei der lokalen liberalen Honoratioren schaffte sie es aber immer weniger, glaubwürdige Antworten auf die krisenhaften Erscheinungen des Wandels zu formulieren und auf Dauer den Herausforderungen der neuen, „jungen“ Bewegungen standzuhalten.

Angesichts der tatsächlichen oder vermeintlich drohenden Deklassierung der Angehörigen der städtischen Gewerbe und der Bauernschaft fanden dort – auch gefördert durch die Ausweitung des Wahlrechtes – radikale und antiliberaler Parolen immer stärkere Resonanz. Da nun Niederösterreich und seine Hauptstadt Wien sprachlich weitgehend so homogen waren, daß die Minderheiten bis weit in die achtziger Jahre hinein kein besonderes Gefühl einer „Bedrohung“ auslösten<sup>146)</sup>, zog die nationale Mobilisierung nur bedingt: vor allem unter den Studierenden und unter manchen Angehörigen des mittleren Bildungsbürgertums. Ein Schönerer verdankte seine ersten politischen Erfolge im Waldviertel denn auch weniger seinem „Teutonismus“ als vielmehr seinem Eintreten für die Interessen der Bauernschaft. Deren Angehörige, ebenso wie die Handwerker, sahen sich in allererster Linie den „Machenschaften“ der „Börsianer“ ausgeliefert, dann als Opfer der übermächtigen Industrie sowie fallender Agrarpreise – nicht zuletzt auch wegen der Importe aus Ungarn. Richtete sich etwa in Böhmen der Vorbehalt (abgesehen vom nationalen „Gegner“) zusehends gegen die „Verwaltungsräte“, so avancierten in Niederösterreich die „Börsenjobber und Coupon-schneider“ zum zentralen Feindbild – und Karl Lueger als Galionsfigur der Christlichsozialen, die dabei waren, ihren Siegeslauf in Niederösterreich anzutreten, verstand es geschickt und skrupellos, sich die in diesen Begriffen mehr als latent enthaltenen antisemitischen Inhalte dienstbar zu machen.

„Christlich“ bzw. „christlichsozial“ – Attribute, die sich ab den neunziger Jahren in unzähligen Vereinsbezeichnungen fanden – meinten so weniger eine besonders enge Bindung an Kirche und (hohen) Klerus als vielmehr an die von Lueger geführte Bewegung bzw. Partei. Inhaltlich kam dadurch keineswegs eine besondere Spiritualisierung des Alltags zum Ausdruck als vielmehr die antisemitische Gesinnung. „Christlich“ meinte in zum Teil aggressiver Weise „nicht jüdisch“, und damit war es für die sich als „christlich“ bezeichnenden Organisationen erst gar nicht erforderlich, den „Arierparagrafen“ in die Statuten aufzunehmen, der sich ansonsten in erschreckender Häufigkeit findet.

Ein wesentliches Rückgrat fand die Bewegung im organisierten Handwerk, wo es Lueger und seinen Gesinnungsgenossen während der achtziger Jahre gelungen war, dessen Vereine an sich zu binden. Von dort ausgehend verbreitete sich der antiliberaler und antisemitische „common sense“ vor allem auch im „unpolitischen“ Vereinswesen – nicht zuletzt durch Strapazierung „christlicher Traditionen“ und mit Unterstützung durch viele Angehörige des niederen Klerus – rasch und nachhaltig im klein- und mittelbürgerlichen Wien. Auch der Ort der Vereinsöffentlichkeit hatte sich entscheidend verschoben, und zwar hinaus aus

---

<sup>146)</sup> Vgl. unten Tabelle 7.

den vereinseigenen Räumlichkeiten in die Wirtshausstuben und damit mitten in den lokalen mittelständischen Alltag.

Dem Siegeszug dieser Bewegung hatten weder das politische Establishment noch die Liberalen dauerhaft etwas entgegenzusetzen<sup>147)</sup> – ähnlich wie in Böhmen, wo die Alttschechen sich dem Sturmangriff der Jungtschechen beugen mußten, „eroberten“ Luegers Christlichsoziale den niederösterreichischen Landtag und den Wiener Gemeinderat. Unabhängig vom zweifellos großen Erfolg vor allem hinsichtlich der Umsetzung des kommunalpolitischen Programms der Christlichsozialen – nach einer allzu langen Phase liberaler Ignoranz gegenüber den neu entstehenden Problemen der rasch wachsenden Metropole – ist Lueger dafür verantwortlich zu machen, daß er nicht zuletzt in der Öffentlichkeit des Vereinswesens den Antisemitismus salonfähig machte. Insbesondere seinem großem rhetorischem Geschick, das Stimmungsmachegeschick mit ironisch-humorvollem Beiwerk zu vermischen verstand und gezielt die Sprache des „Volkes“ verwendete, hatten nicht nur die abgehobenen liberalen Honoratioren praktisch nichts entgegenzusetzen. Auch die „bierernsten“ Deutschnationalen konnten in Wien – anders als in den mittelgroßen und kleineren Städten Niederösterreichs, wie etwa Retz, Krets oder Wiener Neustadt<sup>148)</sup> – jenseits ihrer studentischen Klientel nicht dauerhaft mobilisieren.

Dennoch: so erfolgreich sich auch die christlichsoziale Mobilisierung erwies, sie war in erster Linie auf Lueger zugeschnitten und von diesem abhängig. Eine eigentliche straffere Parteistruktur wurde dagegen noch nicht aufgebaut. Dies sollte sich in zweifacher Hinsicht „rächen“: einerseits, als nach Luegers Tod die Partei bedingt durch Flügelkämpfe in eine schwere Krise geriet, und andererseits, weil in der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein immer stärker werdender politischer Gegner erwuchs.

Die Anfänge der Formierung des katholisch/christlichsozialen Lagers können in organisatorischer Hinsicht in Wien etwa mit dem Jahr 1885 angesetzt werden<sup>149)</sup>. Bis dahin hatte sich ein in viele Bereiche ausgreifendes katholisches Vereinswesen gebildet. Waren vorerst Kirchenbau, Wohltätigkeit und die Schulfrage die zentralen Anliegen, kam es nun in zunehmendem Maße zu einem Ausgreifen in den Freizeitbereich. Nicht nur in der hohen Politik, sondern auch bei Spiel,

<sup>147)</sup> Plakativ dazu SCHEICHER, Erinnerungen IV 377: Demnach hätten die Altliberalen ihre politischen Waffen „... mit nobler Ritterlichkeit [geschwungen, wären aber weder] den Morgensternen und Heugabeln der zur Macht drängenden großen Volksmenge, viel weniger dem Pulver und Dynamit der demokratischen Sozi ...“ gewachsen gewesen.

<sup>148)</sup> HANNES STEKL, Stadtbürgertum im Umbruch – Politik und Gesellschaft in Retz am Beginn des 20. Jahrhunderts; in: DERS. (Hg.), Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich. Horn, Eggenburg und Retz um 1900 (=Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich 27, Wien 1994) 85–116; SIGRID FREISLEBEN, Wiener Neustadt – „Nach Wien die bedeutendste Stadt im Lande“; in: PETER URBANITSCH, HANNES STEKL (Hgg.), Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 (=Bürgertum in der Habsburgermonarchie 9, Wien – Köln – Weimar 2000) 421–464.

<sup>149)</sup> SAUER, Katholisches Vereinswesen 40 f.

Sport und Unterhaltung wollte man unter sich sein. Mit der Bildung von Spar-, Humanitäts-, Geselligkeits-, Gesang-, Theater-, Radfahrer-, Sport- und ähnlichen Vereinen erreichte um die Jahrhundertwende „... die Totalität des katholischen Lagers ... ihre Abrundung.“<sup>150)</sup>

Freilich, die soziale Totalität war nicht erreicht. So sehr sie in der Vergangenheit das kleingewerblich-mittelständische Segment hinter sich versammeln konnten<sup>151)</sup>, so sehr scheiterten die Christlichsozialen noch lange Jahre beim Versuch, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen. An Bemühungen fehlte es freilich nicht, wie eine 1907 erschienene Broschüre Raimund Füllingers<sup>152)</sup> zeigt, die eine eingehende Anleitung zur Gründung und Leitung von Vereinen gibt, wobei der Autor in seinen Kommentaren mehrfach die – später zu erörternde – sozialdemokratische Organisation zum Vorbild nimmt.

Vereine sind, stellt der Autor im Vorwort (5 f.) fest, deshalb nötig, weil es „... zur Erleichterung des Daseinskampfes ... der Arbeiterschaft, wie zur Verteidigung der höchsten Güter der Menschheit – Religion, Familie und Freiheit – eines regen, werktätigen Vereinslebens bedarf.“ Dennoch muß er eine für die christlichen Arbeiter triste Situation konstatieren: „... so wenig Vereine und noch weniger tüchtige Funktionäre ...“, was auch deshalb problematisch sei, weil der Nachwuchs täglich in die eigenen Reihen eintreten und geschult werden müsse. Dies sei auch die zentrale Absicht dieser Schrift.

Geradezu paradigmatisch stellte der Autor dann folgende Aussagen an die Spitze seiner inhaltlichen Ausführungen: „Bevor man an die Gründung eines Vereines schreitet, setze man sich mit der in Betracht kommenden Zentral-Organisation bzw. Gewerkschaft ins Einvernehmen.“ Dies sei deshalb wichtig, weil diese Organisationen mit Rat und Tat beistehen, während „... Vereine, welche ohne Wissen und Einvernehmen mit der Zentral-Organisation gegründet wurden, sich oft als verfehlte Gründungen erweisen.“ (7)<sup>153)</sup> Es folgen einige Ratschläge hinsichtlich weiterer Gründungsschritte (Besprechung mit Gesinnungsgenossen, Mitteilung der Gründungsabsicht an den Landesverband, Werbearbeit, Behördenverkehr etc.). Dann wird ein Muster für die Geschäftsordnungen gegeben, das neben allgemeinen Bestimmungen solche über „Verkehr“, Bibliothekswesen, Rechtsschutz, Reise-, Arbeitslosen-, Streik- und außerordentliche Unterstützungen (Wöchnerinnen, Entbindungen), sowie zum Versammlungswesen enthält. Unter „Verkehr“ wird insbesondere auf Sitzungstage, Delegiertenmodi, Berichtswesen, Versammlungen, Agitation und auf die Abrechnung mit dem Landesverband (!) Gewicht gelegt. (16 f.)

<sup>150)</sup> EBD. 47. Vgl. auch die Auflistung 62.

<sup>151)</sup> BOYER, Political Radicalism.

<sup>152)</sup> RAIMUND FÜLLINGER, Wie gründen und wie leiten wir Vereine? (=Broschüren-Sammlung, hg. vom Reichsverband der nichtpolitischen Vereinigungen christlicher Arbeiter Österreichs 5 und 6, Wien 1907).

<sup>153)</sup> Im Anhang (97 f.) wird dann ein Überblick über die bestehenden Zentralorganisationen gegeben. U.a. sind aufgelistet: Parteienvertretung der christlichen Arbeiterschaft; deren Stadtorganisation für Wien; Reichsverband der christlichen Arbeiterorganisationen Österreichs; Katholikenorganisationen; Wohltätigkeitsorganisationen.

In der Folge streift er das Thema der politischen Vereine, wobei er insbesondere eine interessante Definition dessen gibt, was „nicht-politisch“ ist, wo aber doch Agitation erforderlich ist, um, wie hinzugefügt werden könnte, zu zeigen, welche nichtpolitischen Bereiche von den Lagern durchdrungen werden sollen (20): „Leider kennen Behörde und Gericht diese Grenzen selbst nicht genau und wird gewöhnlich nur Wahlbetätigung aus Anlaß politischer Wahlen (Reichsrat, Landtage, Gemeinde-Vertreter, Bezirks- und Straßenausschüsse u.dgl.) und die direkte Kritik an diesen Einrichtungen als politische Tätigkeit aufgefaßt. Es gibt aber auch Leute, welche die Agitation bei Wahlen in Krankenkassen u.dgl., ferner die Besprechung von Gesetzen oder die Kritik einer gegnerischen Bewegung für politische Betätigung halten, was grundfalsch ist.“<sup>154)</sup>

Es folgen Anleitungen zum Versammlungswesen und zur Abhaltung von Festlichkeiten, Theatervorstellungen etc. Dann kommt er auf die Funktionäre und insbesondere an die Anforderungen zu sprechen, die an einen Vereinsobmann zu stellen seien. (33 ff.) Dieser müsse eine Person von tadellosem Ruf, von Energie, Klugheit, Opferwillen und Herzensgüte sein, und solle auch über ein rhetorisches Talent verfügen. Am wichtigsten sei aber, daß es der Obmann nicht versäume, „... immer und immer wieder auf den Anschluß seines Vereines an die Zentralorganisation hinzuarbeiten bzw. wo es bereits besteht, auf die Erhaltung des guten Einverständnisses Einfluß zu nehmen; denn dort findet er und sein Verein in allen Wechselfällen des Daseins Information, Hilfe, befruchtende Ideen und praktische Ratschläge. ...“<sup>155)</sup>

Dem folgen Ratschläge hinsichtlich der Öffentlichkeits- und Pressearbeit (immer in Rücksprache mit der Zentralorganisation) und über die Einrichtung der Vereinsbibliothek, die der geistigen Bildung und sozialen Schulung der Mitglieder zu dienen hätte.

Eingehend widmet sich Förlinger dann im letzten Abschnitt den Vertrauensmännern. (55–62) So bedürfe jeder Verein, der „zeitgemäß“ wirken wolle, neben den Funktionären solcher Vertrauensmänner. Dieses Vertrauensmänner-system sei bei den christlichen Arbeitervereinen noch selten anzutreffen, stehe aber bei den Sozialdemokraten in bester Blüte. Vertrauensmänner sind demnach Vertreter im „Rayon“ (d.h. Werbebezirk) eines Vereines, wobei diese Rayone nicht zu groß sein dürfen, „... um eine möglichst intensive Agitationsarbeit zu ermöglichen“. Ihre zentrale Aufgabe sei die Anwerbung von Mitgliedern: „Der Vertrauensmann wird jeden christlichen Arbeiter, der noch nicht Mitglied ist, persönlich aufsuchen, ihm eine Beitrittserklärung und ein über die Aufgaben und Vorteile des

<sup>154)</sup> Zur Abgrenzung des „politischen“ vom „nichtpolitischen“ Vereinswesen URBANITSCH, Staatsmacht, Vereine und Parteien, insbes. 287–293.

<sup>155)</sup> Nicht linienkonformes Verhalten eines Vereines führte in Konsequenz zu Sanktionen. 1910 verpflichteten sich beispielsweise die Mitglieder der antisemitischen Vereinigung im niederösterreichischen Landtag durch einstimmigen Klubbeschuß, in Hinkunft nicht mehr als Redner oder Gäste an den Versammlungen des Vereines „Zukunft“ teilzunehmen, weil sich dieser durch seine Haltung „als nicht zur christlich-sozialen Partei gehörig dokumentiert hat.“ Brief Albert Geßmanns vom September 1910, zitiert nach SCHEICHER, Erinnerungen VI 373.

Vereins behelrendes Flugblatt überreichen.“ Gerade hierin bestehe eine zentrale Aufgabe in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, denn: „Die Sozialdemokratie rühmt sich stets, die einzige Partei zu sein, die sich der Arbeiter annahm. Darum sucht sie alles zu verkleinern und zu schwächen, was von anderer Seite aus für die Arbeiter geschieht. Die katholischen Arbeitervereine, die christlichen Gewerkschaften und die anderen christlichen Vereine, sie alle werden des Arbeiterrats bezichtigt. Da heißt es die Unwahrhaftigkeit der ‚Genossen‘ aufdecken und zu zeigen, wo der Arbeiterrats zuhause ist.“

Dazu gehöre auch die Verbreitung einer guten Presse: „Eine christliche Tageszeitung muß in jeder Arbeiterfamilie vorhanden sein, ...“ denn „... in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts muß sich auch der Arbeiter zu einer bestimmten Partei bekennen und über deren Ziele und Tätigkeit sich belehren.“

Eingehend widmet er sich dann einer weiteren zentralen Aufgabe, der „Beobachtung der gegnerischen Arbeiterbewegung“, wobei nicht nur die Methoden des „Keilens“ deutlich werden, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit der in aufdringlichster Weise an die potentiellen Angehörigen der eigenen Klientel herangetreten wurde. Faktisch wird hier der Anspruch auf den „ganzen Menschen“ erhoben: „Die Sozialdemokratie tut alles, um allmählich selbst in gut christlichen Gegenden Fuß zu fassen. Wo sie mit ihrer Religionsfeindlichkeit nicht offen hervortreten darf, beginnt sie damit, durch Gründung von Krankenkassen, Gewerkschaften usw. die Leute anzuziehen. Gelingt ihr auch das nicht, dann wird mit der Verteilung von Gratiskalendern und Flugblättern der Anfang gemacht. ...“ Hierauf müsse der christliche Vertrauensmann größte Aufmerksamkeit legen. Er wird, beispielsweise durch Ermittlung und Weitergabe von Anschriften aller noch nicht organisierten Arbeiter seines Rayons an die christlichen Gewerkschaften, durch Agitation, durch genaue Registrierung der abgehenden und zuwandernden Arbeiter wichtige Informationen sammeln. Er wird sofort Ort, Zeit und Gegenstand geplanter gegnerischer Versammlungen an seine Organisation weitergeben. Er wird zudem die Mitglieder und potentiellen Mitglieder regelmäßig besuchen und sie auf die Vorteile der Zugehörigkeit zu den christlichen Organisationen eingehend informieren.

Dies erfordere große Mühen und Opfer, doch „... er soll nicht vergessen, daß ihre Erfüllung die Betätigung christlicher Nächstenliebe ist.“

Sicherlich, dieses Aktionsprogramm ließ sich wohl kaum zur Gänze in die Praxis umsetzen, doch die Tendenz ist eindeutig (und gilt für alle Lagerparteien): Es galt, die Menschen in umfassender Weise in das eigene Lager zu integrieren. Deutlich wird aber auch, daß hier die Direktiven von oben kamen<sup>156)</sup>, daß sie, ausgegeben von der Parteizentrale, möglichst rasch und direkt bis zur Basis der Vorfeldvereine und Vertrauensmänner durchdringen sollten: „Organisationsprinzipien des industriellen Großbetriebes und der Armee werden der demokratischen

<sup>156)</sup> Die von ihm konstatierte Scheidung der Mitglieder seiner christlichsozialen Partei in „absolute Herrscher und willige Untertanen“ hielt SCHEICHER, Erinnerungen V 428, für einen großen Fehler.

Massenpartei modernen Typs in ihrer Effizienz zum Vorbild.<sup>157)</sup> Das angestrebte Ziel dieser Einbindung war nicht mehr nur die soziale Kontrolle, es war der in nahezu totalitärer Weise erhobene Anspruch auf die Totalität, die Ganzheit der Personen<sup>158)</sup>.

Im gleichen Jahr 1907, in dem Furlingers Broschüre erschien und durchaus im Zusammenhang mit dessen Intentionen veröffentlichte das Wiener Diözesankomitee ein Verzeichnis aller christlichen Vereine Niederösterreichs<sup>159)</sup>, das den Katholiken die Möglichkeit geben sollte, sich zu orientieren, in welchen Vereinen sie tätig werden können und um dadurch zu verhindern, daß einzelne Katholiken der Sache verloren gehen und einem gegnerischen Verein zufallen<sup>160)</sup>. Das Verzeichnis listet getrennt die Vereine in Wien und in den Nichtwiener Gemeinden der Diözesen Wien und St. Pölten auf, wobei es für Wien eine Typologisierung vornimmt, die auch auf die Nichtwiener Vereine anwendbar ist. Freilich erschien es notwendig und möglich, die ursprünglich 20 Rubriken auf sieben zusammenzufassen. Nach dem Zwecke der Vereine wären hier zu unterscheiden solche, die sich hauptsächlich religiösen Inhalten widmen, wie Dritte Orden, Marianische Kongregationen, Erzbruderschaften, Bruderschaften und Gebetsvereine und Apostolate, dann in solche, die die religiösen Zeremonien nach außen mitzugestalten und mitzuorganisieren versuchen, wie Missions-, Kirchenbau-, Kirchenverschönerungs-, Kirchenmusik- und Prozessionsvereine. Dem sind anzufügen jene Vereine, die sich hauptsächlich der Ausgestaltung der „unpolitischen“ Öffentlichkeit widmen, wie Lehrer-, Schul- und Bildungsvereine, Studenten-, Preß-, Kolportage- und Lesevereine, dann jene, die sich der Erziehung der Jugend widmen, wie Jungfrauen- und Jünglingsvereine sowie Patronagen, endlich Arbeiter-, Wohltätigkeits- und Politische Vereine.

<sup>157)</sup> WOLFGANG MADERTHANER, Die Entwicklung der Organisationsstruktur der deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889 bis 1913; in: DERS. (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie Bd. 1, Wien 1988) 25–52, hier 27. Bemerkenswert auch die allenthalben gebrauchte militaristische Diktion: „Parteigenossen!“, erklärte beispielsweise der Sozialdemokrat Franz Schuhmeier 1898, „Wir waren ... in der Lage konstatieren zu können, daß die sozialdemokratische Armee auch im letzten Jahre angewachsen ist, und es tritt an uns die heilige Pflicht heran, diese Armee zu formieren, sie in Bataillons und Kompagnien einzuteilen. Dies kann nur durch die Organisation geschehen.“ EBD.; vgl. auch PEPPER, Sozialdemokratie und Arbeiterkultur 86, der die Arbeiter-radfahrer als die „rote Kavallerie“ bezeichnet. Als unermüdlicher Agitator hatte sich auch Albert Geßmann den Ruf „Generalstabschef der christlich-sozialen Armee“ erworben, SCHEICHER, Erinnerungen V 107 f.

<sup>158)</sup> Hier erscheinen weitere vergleichende Studien erforderlich, soll ein am Individuum orientierter Standpunkt gegenüber solchen Formen politischer Mobilisierung herausgearbeitet werden. Oder, um es mit den allgemein verständlichen Worten der neudeutschen Wissenschaftssprache zu sagen: Mittels kritischer Diskursanalysen kann es gelingen, die Narrative der HeldInnenepen (und damit manche Gedächtnisorte) der weltanschaulichen (sozialen, nationalen oder wie sonst immer gefärbten) „Bewegungen“ zu dekonstruieren.

<sup>159)</sup> VERZEICHNIS DER CHRISTLICHEN VEREINE NIEDERÖSTERREICHS, hg. vom Wiener Diözesankomitee (Wien 1907).

<sup>160)</sup> EBD. 3.

In Wien gab es nach dieser Quelle im Jahr 1907 922 katholische Vereine, im übrigen Niederösterreich 1219. Nachdem nun der Sitz aller dieser Vereine mehr oder minder eindeutig durch die jeweilige Pfarre angegeben ist, erschien es möglich, zumindest für die einzelnen niederösterreichischen Reichsratswahlkreise, die im selben Jahr erstmalig nach dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht ihre Mandatare in das Abgeordnetenhaus entsandten, den jeweiligen christlichsozialen Vereinshintergrund zu rekonstruieren und gleichzeitig den „politischen Erfolg“ damit in Zusammenhang zu bringen.

Bekanntlich teilte die Reichsratswahlordnung die 64 niederösterreichischen Wahlkreise in drei Kategorien. 33 Mandatare entsandte die Stadt Wien, zehn „städtische“ Wahlkreise wurden durch namentlich angeführte Ortsgemeinden gebildet und die restlichen 21 „ländlichen“ umfaßten jeweils mehrere Gerichtsbezirke mit Ausnahme der zuvor erwähnten Ortsgemeinden.

1907 waren in Niederösterreich (außerhalb Wiens) insgesamt 296.652 Männer wahlberechtigt, in den städtischen Wahlkreisen 79.777 und in den ländlichen 216.875<sup>161)</sup>.

Bestimmt man nun die Anzahl der Wahlberechtigten, die auf einen christlichen Verein kamen, so erscheinen die Werte zunächst recht homogen. Diese lagen im Gesamtdurchschnitt bei etwa 243, in den städtischen Wahlbezirken bei 252 und in den ländlichen bei 240. Auf einen städtischen Wahlbezirk, der durchschnittlich knapp 8000 Wähler umfaßte, fielen im Schnitt 32 Vereine, auf einen ländlichen mit knapp über 10.000 Wählern 43. Doch damit endet bereits die Homogenität der Werte, denn sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten streuten diese Zahlen stark (Stadt zwischen 17 und 64, Land zwischen 19 und 95). Namentlich in den ländlichen Bezirken, wo die Christlichsozialen 1907 sämtliche Mandate gewinnen konnten und insgesamt 72 Prozent der Wahlberechtigten für sie stimmten, lassen sich nur sehr bedingt allgemeinere Aussagen über die Vereinsstrukturen machen. Eindeutig dominierten dort die religiösen Vereine, eine sehr große Rolle kam auch den „nichtpolitischen“ Vereinen zu, während es in vielen Wahlkreisen gar keinen und nur in Ausnahmefällen mehr als einen politischen Verein gab. Auch fehlen dort die Wohltätigkeitsvereine fast vollständig.

Wesentlich homogener zeigen sich dagegen die Vereinsstrukturen in den städtischen Wahlkreisen. Dort gewannen die Christlichsozialen nur drei der zehn Mandate, zwei davon erst durch Stichwahl. Am auffallendsten ist dabei, daß den religiösen Vereinen hier eine wesentlich untergeordnetere Rolle zukommt. Sie machen etwa ein Viertel aller katholischen Vereine im einzelnen Wahlkreis aus. Ähnlich bedeutend waren ebenfalls die „nichtpolitischen“ Vereine, die Arbeitervereine erreichten immerhin auch ein gutes Fünftel. Auffällig ist auch, daß im Schnitt jeder achte Verein ein politischer war, allerdings streuen gerade in dieser Rubrik die Werte stark.

<sup>161)</sup> Werte nach FRITZ FREUND, Das österreichische Abgeordnetenhaus. Ein biographisch-statistisches Handbuch 1911–1917 XII. Legislaturperiode (Wien 1911). Dort sind für jeden Wahlkreis die entsprechenden Angaben für die Wahl von 1911 und die Vergleichswerte von 1907 angeführt.

Die 1888/89 geeinigte „Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“ war streng formal zunächst ein loser Verband sozialdemokratischer Zeitungsredaktionen: Noch der zweite Parteitag 1891 in Wien war von den Redaktionen der sozialdemokratischen Blätter in Brünn (Brno), Graz, Wien, Triest (Trst, Terst, Trieste), Reichenberg (Liberec), Lemberg (Lwów, Lviv), Prag (Praha) und Proßnitz einberufen worden<sup>162</sup>). Faktisch dominierten wohl die straffer organisierten Vereine, vor allem die gewerkschaftlichen Fachvereinigungen und die Arbeiterbildungsvereine. Nicht unbedeutend – vor allem für die materielle Basis der Partei – dürfte zudem der Einfluß auf die Krankenkassen gewesen sein<sup>163</sup>). Schon 1880, als die sozialdemokratische Orientierung eines Vereines immer noch zu seiner sofortigen behördlichen Auflösung wegen „Staatsgefährlichkeit“ führen konnte, beobachteten die Behörden die Wahlen in die lokalen Arbeiterkrankenkassen aufmerksam. So befürchtete das Ministerium des Innern, daß die für Ostern 1880 anberaumte Delegiertenkonferenz aller österreichischen Arbeiterkrankenkassen den Deckmantel für einen Parteitag der Sozialdemokratie bilden könnte. Es nahm dann aber doch beruhigt zur Kenntnis, daß die Anhänger der Sozialdemokratie zumindest in Niederösterreich bei den Delegiertenwahlen (noch) in der Minderheit blieben, „... (weil) der gesunde Sinn der großen Mehrheit der Arbeiterbevölkerung denn doch das ... Institut noch immer wie ein Palladium, ängstlich bewacht, und von böartigen Einflüssen sorgfältig zu bewahren sucht.“ Da die Sozialdemokraten gescheitert seien, stehe zu erwarten, daß der Delegiertentag sich seinem eigentlichen Zweck widmen werde<sup>164</sup>). Freilich, damals war die entstehende organisierte Arbeiterbewegung durch Flügelkämpfe nahezu paralytisch und auf dem flachen Lande in Niederösterreich nicht in der Lage, die Arbeiterschaft an sich zu binden. Nur in Wien machte sich den Behörden eine Tendenz zur Bildung geheimer Parteiorganisationen bemerkbar, und zwar auf der Grundlage der von den Gewerkschaften gebildeten Clubs, die in Verbindung zu Agitations-Komitees standen<sup>165</sup>).

Zehn Jahre später war eine fest und hierarchisch strukturierte Parteiorganisation entstanden, die eine klare organisatorische Verbindung vom einfachen

<sup>162</sup>) VERHANDLUNGEN DES ZWEITEN ÖSTERREICHISCHEN SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGES abgehalten zu Wien am 28., 29. und 30. Juni 1891 (Wien 1891) VIII. Dort sind die Orte in dieser Reihenfolge aufgelistet.

<sup>163</sup>) Wohl nicht zufällig dominieren unter den Berufsbezeichnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus bis 1917 Zeitungsredakteure, Gewerkschaftssekretäre und Funktionäre von gewerkschaftlichen Fachverbänden, sowie Krankenkassenbeamte.

<sup>164</sup>) NÖLA, Sth. Präs. 978/1880 vom 11. Februar 1880; 2798/1880.

<sup>165</sup>) EBD. 973/1880 vom 12. Februar 1880. Ein dem Akt beigelegter Polizeibericht faßte die Situation, die aus dem „unversöhnlichen Gegenüberstehen“ der Organe der Deutschen Sozialistenpartei *Der Sozialdemokrat* und der Sozialrevolutionären Partei *Freiheit* entstanden war, folgendermaßen zusammen: Die Mehrheit der Parteigänger lehne die „Nihilistenfraktion“ und ihre Bereitschaft zu „Brutalität und Fanatismus“ ab. Und insgesamt: „Vorläufig laboriert die hiesige Sozialistenfraktion an inneren Zerwürfnissen, ist daher auch dem Zerfalle mehr denn je nahe, bildet daher durchaus nicht jene kompakte, fest gegliederte Masse, die zur Verfolgung nihilistischer Zwecke unbedingt notwendig erscheint.“

Mitglied bis zur Parteileitung kannte. Nach dem 1892 beschlossenen Organisationsstatut<sup>166)</sup> war ein Parteimitglied „... jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit ... unterstützt.“ Die lokale „Betreuung“ der Mitglieder war Aufgabe der Vertrauenspersonen. Über ihnen standen die Landesorganisation, der Parteitag und die von diesem gewählte Parteivertretung. Eine ganz besondere Bedeutung wurde zudem der Parteipresse und dem Vereinswesen zugewiesen. Prinzipiell wollte die Partei zur Verbreitung ihrer Ideen „... alle Mittel der Öffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen“<sup>167)</sup>. Nachdrücklich wurde daher die Gründung von politischen Vereinen mit möglichst großem Wirkungskreis empfohlen. Diese und die sonstigen Vereine „... sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.“ Jedem Mitglied wurde zudem nahe gelegt, den parteinahen beruflichen Branchenorganisationen, Bildungs- und politischen Vereinen anzugehören<sup>168)</sup>.

Hier handelte es sich nun nicht mehr nur um rein theoretische Konstruktionen, denn die Umsetzung dieser Richtlinien in die Praxis verlief höchst erfolgreich. 1894 konnte die niederösterreichische Landesorganisation dem Parteitag berichten, das Land sei in 14 Organisationsbezirke aufgeteilt. Im Organisationsbezirk Wien bestanden demnach 197 Organisationen wie Bildungs- und Fachvereine und Lesezimmer (mit 42.630 Mitgliedern, davon 2800 Frauen) und politische Vereine (mit 9700 Mitgliedern). Im übrigen Niederösterreich gebe es 245 Organisationen mit 43.330 Mitgliedern. Zudem stehe die Gründung eines Bauernvereines auf sozialdemokratischer Grundlage unmittelbar bevor. In Wien bestanden darüber hinaus zehn tschechische Organisationen mit 1671 männlichen und 268 weiblichen Mitgliedern<sup>169)</sup>. Eine zu Ostern 1898 abgehaltene Frauenkonferenz beschloß dann zusätzlich die Einrichtung einer eigenen Frauenorganisation innerhalb der Partei<sup>170)</sup>.

<sup>166)</sup> VERHANDLUNGEN DES DRITTEN ÖSTERREICHISCHEN SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGES abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 (Wien 1892) 169 ff. Diese Struktur wurde in den folgenden Jahren nur unbedeutend verändert.

<sup>167)</sup> So die am Beginn des Berichtes der „Verhandlungen“ über lange Jahre mit gleichem oder nahezu übereinstimmendem Wortlaut abgedruckte Prinzipien-Erklärung.

<sup>168)</sup> VERHANDLUNGEN DES ZWEITEN SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGES 169. VERHANDLUNGEN DES VIERTEN ÖSTERREICHISCHEN SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGES abgehalten zu Wien (Wien 1894) 193.

<sup>169)</sup> EBD. 9 f.

<sup>170)</sup> NÖLA, Sth. Präs. I 12 3553/1899, Polizeibericht vom 10. Juli 1899; GABRIELLA HAUCH, Der diskrete Charme des Nebenwiderspruchs. Zur sozialdemokratischen Frauenbewegung vor 1918; in: WOLFGANG MADERTHNER (Hg.), Sozialdemokratie und Habsburgerstaat (=Sozialistische Bibliothek, Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1, Wien 1988) 101–118, hier 107 f. und passim.

In zumindest mittelbarer Verbindung dürften zudem die vielen mit dem Attribut „Arbeiter“ gekennzeichneten alltagskulturellen Vereinigungen, wie beispielsweise Arbeitersport-, Arbeitergesang-, Arbeiterstenographenverein etc. gestanden sein. Nicht zuletzt ging es hier auch um die Pflege der Geselligkeit im sozialdemokratischen Milieu, und damit der festen Einbindung der Menschen in dieses Milieu<sup>171)</sup>.

Unübersehbar ist nun bei allen Sparten dieser alltagskulturellen Vereinigungen der Trend zur Verbandsbildung. (Volks-)Bildungs-, Freidenker-, Studenten-, Turn- und Sport-, Alkoholgegner-, Stenographen-, Naturfreunde-, Arbeitergesang-, Bibliotheks-, Kunst-, Musik- und Theater-, Schul- und wissenschaftliche Vereine zeigten immer wieder ähnliche Entstehung und Entwicklung: sie waren zumeist „proletarische“ Abspaltungen aus bereits bestehenden „bürgerlichen“ Vereinen und wurden bald in Zentralverbänden zusammengefaßt, die ihrerseits in einer zweiten Welle weitere Verbandsvereine schufen<sup>172)</sup>.

Für die Verbandsbildung – nicht nur bei den Sozialdemokraten – mögen wohl mehrere Ursachen ausschlaggebend geworden sein: Zunächst stärkte ja die Bildung eines Verbandes, zu dem sich verwandte oder „befreundete“ Vereinigungen zusammenschlossen, Kontakte über den eigenen Vereinshorizont hinaus. Zudem eigneten sich Verbände in ausgezeichneter Weise für die Bereitstellung wichtiger Instrumentarien, wie etwa einer Verbandszeitschrift<sup>173)</sup>, rechtliche Beratung, Versicherung der Mitglieder, Erwirkung günstiger Preise bei Reisen und Übernachtungen etc. etc. Freilich – von den Vereinen wurde dadurch in unterschiedlichem Ausmaße „Souveränität“ nach oben delegiert und in ähnlicher Weise, wie sich innerhalb des Vereinswesens im allgemeinen die Vorstände von der Mitgliedschaft verselbständigten, gewannen die Verbandsorganisationen gegenüber ihren Mitgliedsvereinen stark an Gewicht. Man wird wohl von einer „Arbeitsteilung“ auszugehen haben: Der Verband vertrat die Gesamtheit der Mitglieder nach außen, was rein numerisch dazu führte, daß Verbandsstäbe selbstbewußt behaupten konnten, die Interessen Zehntausender zu vertreten, woraus sie folgerten, dadurch deutliche Machtansprüche anmelden zu können. Zudem ist sicherlich vom Bestreben der Verbände auszugehen, möglichst alle bestehenden Vereinigungen in die Verbandsorganisation einzubinden, um dadurch mit einigem Recht einen „Alleinvertretungsanspruch“ stellen zu können. Demgegenüber erfolgte in der kleinräumigen Überschaubarkeit des einzelnen Vereines die Einbindung der Mitglieder in das jeweilige weltanschauliche Milieu. Diese Einbindung erfolgte „diskret“, d.h. in großer Entfernung von den formellen Parteistrukturen, mit denen nur über die Verbände eine mittelbare Verbindung bestand.

<sup>171)</sup> TROCH, Rebellensonntag 109 f.; PEPPER, Sozialdemokratie und Arbeiterkultur.

<sup>172)</sup> EBD. passim. Zu einer ähnlichen Entwicklung bei den Christlichsozialen vgl. SAUER, Katholisches Vereinswesen 50.

<sup>173)</sup> Zum Zeitungswesen bei den Arbeitervereinen um 1900 vgl. DIE ARBEITERVEREINE IN ÖSTERREICH nach dem Stande vom 31. Dezember 1900 samt den in diesem Stande bis Ende 1904 vorgefallenen Veränderungen, hg. vom k.k. Arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium (Wien 1905) 53\*f. Dort auch eine Auflistung der wichtigsten Organe.

Selbstverständlich bildeten die Verbände der alltagskulturellen Vereine formell zumeist auch keinen Bestandteil der Partei, doch dürfte vor allem durch die personelle Zusammensetzung der Verbandsvorstände und -stäbe informell eine umso engere Bindung hergestellt worden sein.

Die Ausweitung des Vereinswesens auf breiteste (urbane) soziale Schichten am Ende des 19. Jahrhunderts läßt sich anhand der Entwicklung des Arbeitervereinswesens ebensogut zeigen wie die Einbindung der vereinsmäßig organisierten Arbeiter in die sich formierenden weltanschaulichen Lager. Nach einer 1905 veröffentlichten Statistik bestanden 1900 in ganz Niederösterreich 749 Arbeitervereine, davon 494 in Wien<sup>174</sup>). Von diesen waren 580 im letzten Jahrzehnt gebildet worden, allein in Wien entstanden in dieser Zeit 373. Die Bedeutung der Stadt für die Entwicklung des Arbeitervereinswesens streichen insbesondere die Angaben über die Mitgliederzahlen hervor. Alle diese Vereine hatten zusammen knapp 275.500 Mitglieder, davon mehr als 57.000 Frauen. 84,2 Prozent oder beinahe 232.000 all dieser Mitglieder gehörten freilich Wiener Vereinen an. Auch wenn im Vereinswesen generell Mehrfachmitgliedschaften zu berücksichtigen sind, läßt sich vor allem über die Anzahl der Mitglieder der allgemeinen Arbeiter- und Fachvereine die (absolute) Anzahl der in den Arbeitervereinen organisierten Personen annähernd eruieren. Demnach waren um die Jahrhundertwende von den mehr als 808.000 Arbeitern in Niederösterreich etwa 8 Prozent in den allgemeinen Arbeiter- und Fachvereinen organisiert<sup>175</sup>).

Bis 1904 sollten im ganzen Lande 546 weitere Vereine gebildet werden, allerdings lösten sich im gleichen Zeitraum 356 wieder auf, womit Ende 1904 1358 Arbeitervereine bestanden, in Wien 853 (342 Neugründungen und 240 Auflösungen)<sup>176</sup>). Der Großteil der nicht im Wien sitzenden Vereine ist in Gemeinden der Größenklasse von 1000 bis 5000 Einwohnern zu finden (128), in den vielen (ländlichen) Gemeinden unter 1000 Einwohnern finden sich dagegen nur 22, in jenen zwischen 5000 und 10.000 Bewohnern nur 31, in den wenigen großen Gemeinden über 10.000 dagegen 74<sup>177</sup>).

Eine weitere Einteilung, die in dieser statistischen Untersuchung getroffen wurde, erlaubt zunächst eine typologische Differenzierung des Arbeitervereinswesens um 1900. So wird hier zwischen allgemeinen Arbeitervereinen, Arbeiterbildungsvereinen, Arbeitergeselligkeitsvereinen und Arbeiterfachvereinen unterschieden, wobei insbesondere die Rubrik „Arbeitergeselligkeitsvereine“ wieder in eine Reihe von Untereinheiten aufgesplittert wurde, die von Gesangvereinen über Sportvereine bis zu Touristen- und sonstigen geselligen Vereinen reichen. Abgesehen von den Geselligkeitsvereinen wurde eine zusätzliche Zuord-

<sup>174</sup>) EBD. 624.

<sup>175</sup>) EBD. 37\* f.

<sup>176</sup>) EBD. 689.

<sup>177</sup>) EBD. 624. Gemeint waren wohl Amstetten, Bruck an der Leitha, Hainburg, Korneuburg, Neunkirchen, Schwechat, und Stockerau bzw. Baden, Floridsdorf, Klosterneuburg, Krems, Mödling, St. Pölten und Wiener Neustadt.

nung der Vereine zu den politischen Lagern (sozialdemokratisch, christlich, national, sonstige) vorgenommen.

Referieren wir daher zunächst in aller Kürze die Ergebnisse der Rubrik *Geselligkeitsvereine*<sup>178)</sup>:

Von den 110 in Niederösterreich bestehenden Geselligkeitsvereinen waren 93 in den zuvorliegenden zehn Jahren entstanden, 71 Vereine saßen in Wien, von den restlichen 39 wieder 13 in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 1000 bis 5000 und 16 in Gemeinden mit 10.000 bis 50.000 Einwohnern. Diese Vereine waren männlich dominiert, unter knapp 12.100 Mitgliedern fanden sich gerade 650 Frauen. Die oben genannten allgemeinen Trends bestätigen sich also auch bei der Detailanalyse.

Untersucht man nun den parteipolitischen Organisationsgrad der übrigen, zahlenmäßig überwiegenden Arbeitervereinstypen zunächst in allgemeiner Hinsicht, so zeigen sich hier zunächst für Niederösterreich folgende markante Werte: die sozialdemokratischen Vereine erfaßten etwa 5,7 Prozent der Arbeiter in Niederösterreich, ihr Gesamtmitgliederstand – also die Summe aller Mitgliedschaften – machte allerdings 28,6 Prozent der Arbeiterbevölkerung aus<sup>179)</sup>. Dies zeigt einen sehr hohen Grad von Mehrfachmitgliedschaften und damit Vernetzungen, vor allem, wenn man die Werte mit jenen der katholischen oder christlichsozialen Vereine vergleicht. Diese erfaßten 1,7 Prozent der Arbeiter, die Summe aller ihrer Mitgliedschaften gemessen an der Arbeiterbevölkerung betrug allerdings nur 1,8 Prozent<sup>180)</sup>. Nationale Arbeitervereine fielen 1900 in Niederösterreich nicht ins Gewicht, die „sonstigen Vereine“ erfaßten 0,6 Prozent der Arbeiter, ihr Gesamtmitgliederstand betrug aber immerhin 8,7 Prozent<sup>181)</sup>.

Untersuchen wir nun die allgemeinen bzw. Arbeiterfachvereine hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu politischen Lagern, so fällt zunächst ein wesentlicher struktureller Unterschied ins Auge. Während sich die sozialdemokratischen Arbeiter in speziellen Fachvereinen organisierten, versuchten die Christlichsozialen vor allem über allgemeine Arbeitervereine zum Erfolg zu kommen: 342 sozialdemokratischen Fachvereinen in Niederösterreich stehen nur neun allgemeine Arbeitervereine gegenüber, während das Verhältnis bei den Christlichsozialen 53:10 beträgt. Damit ist bereits die große Unterschiedlichkeit in der Organisationsdichte dokumentiert. Allerdings müssen diese Angaben noch differenzierter betrachtet werden. So wiesen nämlich die 241 Wiener sozialdemokratischen Fachvereine knapp 30.300 Mitglieder aus, während ihre 101 Schwestervereine im übrigen Lande lediglich 4600 Personen an sich binden konnten – nur knapp mehr

<sup>178)</sup> EBD. 202.

<sup>179)</sup> Allerdings sollten selbst diese Personen nicht unmittelbar der sozialdemokratischen Partei zugerechnet werden, denn diese umfaßte damals immer nur einen Bruchteil selbst der organisierten Arbeiterschaft. MADERTHANER, Organisationsstruktur 36 f.

<sup>180)</sup> Dennoch hatten auch die Christlichsozialen den Wunsch, alle erreichbaren Personen in das eigene Vereinswesen bzw. Arbeitervereinswesen zu integrieren. FÜRLINGER, Vereine 56 f.

<sup>181)</sup> ARBEITERVEREINE 1900, 38\*.

als die 32 christlichsozialen Vereine mit 3260 Mitgliedern. Dagegen blieben letztere in Wien weitgehend erfolglos – sie konnten dort lediglich 5660 Mitglieder ausweisen.

Hinsichtlich der zeitlichen und räumlichen Verteilung der Vereine gelten weitgehend die oben beschriebenen allgemeinen Tendenzen, allerdings ist im Bereich der Christlichsozialen doch ein kleiner, aber markanter Unterschied feststellbar. So unterschied nämlich die Statistik bei den „allgemeinen Arbeitervereinen“ unter anderem zwischen katholischen Gesellenvereinen und katholischen und christlichsozialen Arbeitervereinen. Die Gesellenvereine konnten durchwegs auf eine längere Tradition zurückblicken: insgesamt 10 von 26 wurden vor 1890 gegründet, in Wien sogar vier von fünf. Auch in der räumlichen Verteilung zeigen sich hier gewisse Eigenheiten. So schafften es die Christlichsozialen bis 1900 nicht, abgesehen von Wien, in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern Arbeitervereine zu bilden, dort gelang lediglich die Bildung von fünf Gesellenvereinen.

Wenden wir zuletzt die Aufmerksamkeit den Arbeiterbildungsvereinen zu<sup>182)</sup>. Von ihnen bestanden 1900 in Niederösterreich 87, davon 50 in Wien. Die Tradition dieser Vereine zeigt sich zunächst darin, daß 19 von ihnen vor 1890 gegründet worden sind. Die räumliche Verteilung zeigt dagegen wieder die bereits bekannten Muster, der Großteil dieser Vereine außerhalb Wiens bestand in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 1000 und 5000. Die den Sozialdemokraten zugerechneten Vereine saßen vor allem in Wien (32 von 44), während die Christlichsozialen im übrigen Land erfolgreicher waren (19 von 27 Vereinen). Diesen, die bisherigen Ergebnisse weitgehend bestätigenden Werte sind um zwei Aspekte zu erweitern. Erstens ist in dieser Vereinsgattung der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft mit knapp 20 Prozent (1680 von 8430) wesentlich höher als sonst (insgesamt 7,7 Prozent oder 6000 von 77.700)<sup>183)</sup> und zweitens finden sich unter dieser Rubrik auch eine Reihe von Vereinen, die ihre Angaben in tschechischer Sprache gemacht haben (elf, davon werden neun den Sozialdemokraten zugerechnet).

Auffällig erscheint hier aber auch, daß die Sozialdemokraten bei weitem nicht jene Mitgliederkonzentration in ihren Bildungsvereinen erreichen konnten, die sie unter den übrigen Kategorien auszeichnete. Von den insgesamt 8430 Mitgliedern der Bildungsvereine zählen „nur“ 4600 zu ihrem Vereinsbereich, während es die Christlichsozialen auf immerhin 2340 brachten. Differenziert man hier neuerlich zwischen Wien und dem übrigen Land, so zeigen sich allerdings noch markantere Unterschiede. Die Sozialdemokraten konnten ihre Mitglieder zum allergrößten Teil (90 Prozent) in Wien rekrutieren, während die Christlichsozialen 73 Prozent der Mitglieder ihrer Arbeiterbildungsvereine im übrigen Land ansprechen konnten.

<sup>182)</sup> EBD. 126–168.

<sup>183)</sup> Die Mitgliedschaft in den Arbeiterunterstützungsvereinen bleibt hier unberücksichtigt.

Wie ließ sich die Durchdringung und Schaffung weltanschaulicher Milieus aber mit den eigentlich restriktiven gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der politischen Organisation und Mobilisierung verbinden? Formal war dies sicherlich nicht möglich, dennoch zeigt sich, daß diese Praxis die „Realverfassung“ maßgeblich beeinflußt hat: Im Mai 1899 ersuchte das Ministerium des Innern alle Statthaltereien um „ehesten“ Bericht, „welche außerhalb des Gesetzes über das Vereinsrecht begründeten Organisationen von politischen Parteien ... bestehen, wie dieselben organisiert sind, insbesondere ob sie Statuten besitzen, welche in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, und ob, beziehungsweise in welcher Weise hinsichtlich derselben etwa behördlich eingeschritten wurde.“<sup>184)</sup> Ein in der Folge von der niederösterreichischen Statthalterei eingeforderter Polizeibericht<sup>185)</sup> präsentierte entsprechend die aus den Parteitagsberichten hervorgehende Organisationsstruktur der Sozialdemokratie und berichtete dann über den Aufbau der „klerikalen“ Partei, der Christlichsozialen und der Deutschradikalen.

Auch die klerikale Partei besitze demnach eine ständige Organisation, die ihren Ausdruck in den regelmäßig abgehaltenen Provinzial-Katholikentagen finde. Dort werde jeweils ein Komitee gewählt, das die laufenden Geschäfte zu erledigen habe.

Die Christlichsozialen hätten dagegen im „Ausschuß der christlich-sozialen Arbeiterpartei“ eine für die Agitation unter der Arbeiterschaft bestimmte Organisation, die nicht nach dem Vereinsrecht gebildet sei.

Die Deutschradikalen (Schönerer – Wolf) haben dagegen in Wien einen Vertrauensmännerausschuß, in welchen jeder Bezirk zwei Vertreter entsendet. Dieser Ausschuß halte monatlich zwei Sitzungen ab.

Die übrigen politischen Parteien besäßen hingegen keine ständige Organisation. „Ihre Aktionen werden durch ihre parlamentarischen Vertretungen, Clubs, geleitet, welche fallweise nach Maßgabe der Verhältnisse an ihre Parteifreunde behufs Abhaltung von Parteitag, Beratungen, Leitung der Wahlen in die Vertretungskörper etc. herantreten.“

Es gab sie 1899 also noch, die „alten Honoratiorenparteien“, doch mit der Ausweitung des Wahlrechtes schwand ihre Bedeutung rasch. Den „neuen“ Parteien, die sich ganz offensichtlich außerhalb des Gesetzes konstituiert hatten, sollte dagegen die Zukunft offen stehen. Das hatten wohl auch die Regierungsorgane erkannt: Der Verfasser des genannten Polizeiberichtes hatte seinem Konzept nämlich auch einen kritischen Kommentar (zur klerikalen Partei) beigelegt: „Mit Rücksicht auf die dauernde Wirksamkeit dieser Organisation, welche durch ein Comité und durch periodisch wiederkehrende Versammlungen ihre Zwecke zu erreichen sucht, ist die Tätigkeit derselben wohl als eine Vereinstätigkeit aufzufassen.“ Der zuständige Sachbearbeiter strich aber diesen Kommentar mit

<sup>184)</sup> AVA, MdI, Präs. 15, Karton 516, Zl. 2764/MI/1899, MdI an alle Statthaltereien und Landesregierungen vom 7. Mai 1899; URBANITSCH, Staatsmacht, Vereine und Parteien 296 f.

<sup>185)</sup> NÖLA, Sth. Präs. I 12 3553/1899, Polizeibericht vom 10. Juli 1899.

der bemerkenswerten Feststellung: „Dürfte wohl in erster Linie für die socialdemokratische Parteiorganisation Geltung finden – hätte aber besser wegzubleiben, da in der Anfrage des Ministeriums nicht gelegen und es sich nicht empfehlen dürfte, eine Frage, welcher seit einer Reihe von Jahren aus dem Wege gegangen wird, wieder aufzurollen.“

Hinsichtlich der Gründe für diese ab der Jahrhundertwende auch in der Literatur konstatierte „sehr liberale Handhabung“<sup>186)</sup> können nur Vermutungen angestellt werden. Zunächst ist wohl darauf hinzuweisen, daß die enorme Zahl der bestehenden Vereine und deren weiterhin rasch ansteigende Tendenz eine auch nur stichprobenhafte Kontrolle des Vereinswesens faktisch ausschloß<sup>187)</sup>. Zu denken ist aber auch an einen weiteren pragmatischen Grund: Vor dem Hintergrund der Krise des Parlamentarismus seit der Mitte der neunziger Jahre mußte den Regierungen jeder verlässliche Partner willkommen sein. Nachdem aber informell immer mehr die Parteien und immer weniger die parlamentarischen Körper selbst, die eigentliche Legislative, zu Verhandlungspartnern der Exekutive wurden, dürften Parteileitungen, die gegenüber ihrer Klientel eine gewisse Autorität behaupten konnten, als Verhandlungspartner höher geschätzt worden sein als Vertreter von Honoratiorenparteien, die nicht unbedingt immer auf die Zustimmung ihrer Mitgliedschaft zu den Ergebnissen politischer Verhandlungen rechnen durften. Im politischen Sinne hatten also die Führer der Lagerparteien, unabhängig davon, ob sie sich auf der Seite der Regierung oder in Opposition befanden, „Handschlagqualität“, d.h., sie konnten sich mit großer Sicherheit dafür verbürgen, daß Entscheidungen und Beschlüsse, an denen sie beteiligt waren, auch von ihrer Anhängerschaft mitgetragen wurden.

Nur am Rande sei noch erwähnt, daß die so entstandene, sich außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen befindliche Faktizität auch normative Kraft entwickelte. Nach 1907 herrschte nicht nur unter den Reichratsparteien, sondern auch bei den Regierungen die Überzeugung vor, daß das Vereinsgesetz einer zeitgemäßen Modifikation bedürfe. Ab 1910 wurden seitens der Regierung vollständig ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorgelegt, denen aber trotz mehrmaliger Anläufe bis 1917/18 eine parlamentarische Erledigung nicht beschieden war<sup>188)</sup>. So blieb das Vereinsgesetz von 1867 – mit einigen Modifikationen – in Österreich bis in die jüngste Vergangenheit in Kraft<sup>189)</sup>.

---

<sup>186)</sup> ALFRED ABLEITINGER, Ernest von Koerber und das Verfassungsproblem im Jahre 1900. Österreichische Nationalitäten- und Innenpolitik zwischen Konstitutionalismus, Parlamentarismus und oktroyiertem allgemeinem Wahlrecht (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 12, Wien – Köln – Graz 1973) 189 f.

<sup>187)</sup> Vgl. URBANITSCH, Staatsmacht, Vereine und Parteien 286 Anm. 31.

<sup>188)</sup> EBD. 297 ff.; DERS., Das Vereinsgesetz – ein Ausführungsgesetz zur cisleithanischen Verfassungsordnung von 1867?; in: ANNA GIANNA MANCA, LUIGI LACCHÈ (Hgg.), Parlamento e Costituzione nei sistemi costituzionali europei ottocenteschi/Parlament und Verfassung in den konstitutionellen Verfassungssystemen Europas (Bologna – Berlin 2003) 335–356.

<sup>189)</sup> Erst das Bundesgesetz über Vereine BGBl. 66/2002 regelt das Vereinswesen jetzt grundsätzlich neu.

Wenn oben von großer Liberalität der Behörden gegenüber dem Vereinswesen ab etwa 1900 die Rede war, so ist doch auch zumindest eine Grenze aufzuzeigen, die nicht überschritten werden durfte. Die Behörden waren nicht bereit, Bildung und Bestand sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Vereine bzw. Vereinsverbände von Eisenbahnern und jenen Exekutivbeamten, die unmittelbar mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols zu tun hatten, zu tolerieren. Solche Bildungen galten als „staatsgefährlich“. Für die Sozialdemokraten am schmerzhaftesten war dabei sicherlich die Auflösung der Eisenbahnerorganisation im März 1897, der bis dahin „wichtigsten Vereinsorganisation der Arbeiter“ mit ihren knapp 200 Ortsgruppen in verschiedenen Ländern<sup>190</sup>). Untersagt wurde zudem u.a. die Bildung von Vereinen der Gefangenenaufseher (1896)<sup>191</sup>), Finanzwach-Angestellten (1904, 1906, 1907)<sup>192</sup>), Polizeiagenten und Polizeiinspektoren (1911)<sup>193</sup>) und der Angehörigen der Sicherheitswache (1911)<sup>194</sup>).

### 6. Das Vereinswesen der nationalen Minderheiten in Wien

Niederösterreich war bekanntlich hinsichtlich seiner „landesüblichen Sprache“, abgesehen von einigen nordöstlichen Grenzorten, ein rein deutschsprachiges Kronland<sup>195</sup>), wodurch ihm zwar manifeste Nationalitätenkonflikte größeren Ausmaßes erspart blieben, was aber nicht verhindern konnte, daß – neben dem Antisemitismus – auch die deutschnationalen Empfindlichkeiten einen fruchtbaren Boden für die verschiedensten Versuche politischer Mobilisierung darstellten. Luegers bekannte Selbststilisierung als „Wahrer des deutschen Charakters der Stadt Wien“ und die alldeutschen Exzesse weisen ebenso auf diesen Umstand hin wie die Auswirkungen der Badenischen Sprachenverordnungen. Namentlich

<sup>190</sup>) So der Vertreter des Ministeriums des Innern anlässlich der diesbezüglichen Verhandlung des Reichsgerichtes. AVA II/2 Reichsgericht, Karton 99/1897/III, Bogen 69–138, 159E–160, das Zitat Bogen 70. Die übrigen umfangreichen und höchst informativen Materialien in EBD. Karton 51/F3/36; HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 820–829, 835, 1117; vgl. auch VERHANDLUNGEN DES SECHSTEN ÖSTERREICHISCHEN SOCIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAGES abgehalten zu Wien (Wien 1897) 26.

<sup>191</sup>) HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 772; AVA II/2 Reichsgericht, Karton 98/1896/IV Bogen 35–38, 40C–42.

<sup>192</sup>) HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 1278, 1471, 1529; AVA II/2 Reichsgericht, Karton 107/1904/IV Bogen 12–15; Karton 110/1907/I Bogen 47–59; Karton 110/1907/IV Bogen 1–5, 11–16.

<sup>193</sup>) HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 1893; AVA II/2 Reichsgericht, Karton 114/1911/IV Bogen 20–22.

<sup>194</sup>) HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 1938; AVA II/2 Reichsgericht, Karton 115/1912/II, Bogen 6–7.

<sup>195</sup>) GERALD STOURZH, Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918 (Wien 1985) 81, 124. Zur Problematik der „landesüblichen Sprache“ EBD. 114–121.

durch die Zuwanderung nach Wien entstanden in der Reichshaupt- und Residenzstadt<sup>196</sup>) nichtdeutschsprachige Kolonien, deren Angehörige unter starkem Assimilationsdruck standen. Deutlich erwies sich dies bekanntlich für die sozialdemokratisch organisierten tschechischen Arbeiter in Wien, denen ihre Partei regelmäßig „deutsche“ Kandidaten zur Wahl vorsetzte<sup>197</sup>). Aber auch diese (teilweise verschwindend kleinen) nationalen Kolonien bildeten eigene landsmannschaftliche und/oder nationale Vereine, deren systematische Erfassung bislang kaum geleistet, geschweige denn (in den allermeisten Fällen) deren Tätigkeit beschrieben werden konnte. Leichter ist dies allerdings hinsichtlich der nichtdeutschsprachigen studentischen Vereine möglich, deren Aktivitäten ja vielfach auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen Mobilisierung „ihrer“ Nationalitäten in den „Heimatregionen“ in Zusammenhang standen.

Für einen Großteil der unzähligen Menschen, die sich von außen kommend in Wien niederlassen wollten, bedeutete dieser Entschluß auch ein „Hineingeworfen werden“ in eine vollkommen neue Alltagssituation – unabhängig davon, ob die Zuwanderung auf Dauer geplant war, oder nur temporär, unabhängig auch davon, welchem sozialen Milieu die einzelnen Immigranten entstammten. Zuwanderung in die Metropole bedeutete das Wechseln von einer überschaubaren Welt des landwirtschaftlich-häuslichen oder klein- und mittelstädtischen Bereiches in eine scheinbar anonymisierte Welt, deren Alltag von nur schwer durchschaubaren, rasch ablaufenden Routinen geprägt war, denen gegenüber der Einzelne sich hilf- und schutzlos ausgesetzt sehen mußte<sup>198</sup>). Sicherlich, manche verfügten über persönliche Verbindungen oder Empfehlungsschreiben, die meisten mußten sich aber zunächst wohl oder übel auf einige spärliche Hinweise verlassen, um ihre ersten und dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können: Unterkunft, Beschäftigung und Eingliederung in ein soziales Umfeld. Dies gilt zunächst wohl unabhängig davon, ob die oder der Zuwanderer/in eine dem Wienerischen verwandte Sprache (also „deutsch“) sprach oder nicht, auch wenn damit sicherlich einige Probleme leichter gelöst werden konnten.

---

<sup>196</sup>) Zur nationalen Struktur in Wien und Niederösterreich vgl. EMIL BRIX, Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910 (=Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 72, Wien – Köln – Graz 1982) 116–149; MICHAEL JOHN, ALBERT LICHTBLAU, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten (Wien – Köln 1990).

<sup>197</sup>) MONIKA GLETTNER, Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt (=Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 28, München – Wien 1972) 166 f. und 402 ff.

<sup>198</sup>) Vgl. dazu WOLFGANG MADERTHANER, LUTZ MUSNER, Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900 (Frankfurt am Main – New York 1999).

Tabelle 7: NATIONALE ZUORDNUNG DER WIENER BEVÖLKERUNG NACH DER UMGANGSSPRACHE<sup>199)</sup>

	1880	1890	1900	1910
Deutsch	601.955	1,146.148	1,386.115	1,726.955
Böhm./mähr./slowak.	25.186	63.834	102.974	98.461
Polnisch	2.027	2.006	4.346	4.726
Ruthenisch	1.003	282	805	1.432
Slowenisch	1.151	599	1.329	1.118
Serbisch/kroatisch	57	96	271	377
Italienisch/ladinisch	693	882	1.368	973
Rumänisch	28	31	74	123
Magyarisch	0	0	0	205
Summe	632.100	1,213.878	1,497.282	1,834.370

Quelle: BRIX, Umgangssprachen 438.

Zuwanderung erzeugte also eine Nachfrage nach „sozialem Tutoring“, nach materieller und mentaler Betreuung, nach Solidarität im weitesten Sinne. Und es ist wenig überraschend, daß diese Nachfrage im 19. Jahrhundert in erster Linie von Vereinen befriedigt wurde – in erster Linie sind hier neben den Organisationen der Arbeiterbewegung natürlich die landsmannschaftlichen zu erwähnen. 1890<sup>200)</sup> finden sich solche der Siebenbürger Sachsen (gegr. 1871), der Deutschen aus Böhmen (1872), der Kärntner (1873), Egerländer (1881), Oberösterreicher, Vorarlberger (1885) und Tiroler (1890), dann studentisch-landsmannschaftliche Vereine (Oberösterreich, Bukowina, Mähren, Sudetenländer, Schlesien, Salzburg) und Gymnasialabsolventenvereine. Zudem findet sich auch eine größere Anzahl von Vereinigungen studentischer und nichtstudentischer Art, die von ihrer Bezeichnung her auch auf die Betonung der (nichtdeutschsprachigen) nationalen Solidarität schließen lassen. In erster Linie gilt dies für tschechische Vereine, es finden sich aber auch solche mit ruthenischen, italienischen, slowakischen, slowenischen, serbischen, kroatischen und rumänischen Bezügen, aber auch mit englischen, französischen, ungarischen und russischen.

<sup>199)</sup> Die Problematik der individuellen Umgangssprache (von der hier ausgegangen wird) und der ihr zugrunde liegenden Ergebnisse der Volkszählungen in nationaler Hinsicht ist bereits vielfach diskutiert worden. Es bestehen kaum Zweifel, daß in vielen Fällen äußerer Druck dazu geführt hat, statt der tatsächlich gebrauchten Sprache jene der örtlichen Majorität anzugeben. Wir gehen allerdings davon aus, daß der durch die Zählungsergebnisse quasi amtlich festgestellte Grad der Assimilierung wesentlich stärker durch die Dominanz der örtlichen „Marktsprache“ (Arbeits-, Waren- und Bildungsmarkt) beeinflusst wurde. Demgegenüber steht das zumindest ebenso problematische Konzept der „Muttersprache“, das von einem ethnischnational-kollektiven Ansatz ausgeht, demgemäß ein Individuum nicht durch die willentliche Bekanntgabe seiner Zugehörigkeit sondern durch seine Abstammung (auch gegen seinen Willen) einer Nationalität zuzurechnen ist.

<sup>200)</sup> HANDBUCH DER VEREINE 11 ff.

Freilich wird dabei davon auszugehen sein, daß diese (nichtdeutschsprachigen) Vereinigungen mittelständisch-bürgerlich waren und als solche Kristallisationspunkte der Pflege nationaler Identität unter den Angehörigen. Im Vergleich dazu gibt zumindest die Vereinsstatistik des Jahres 1890 einige Hinweise, daß unter den den unteren sozialen Bereichen angehörenden Zuwanderern das (falls überhaupt vorhandene) Gefühl nationaler Zugehörigkeit im Zuge der Assimilation bzw. Integration in lokale Milieus rasch verblaßt ist<sup>201</sup>). So kann wohl mit einigem Recht davon ausgegangen werden, daß die Wirtshäuser, in denen insbesondere auch die unzähligen Wiener Spar- und Losankaufsvereine<sup>202</sup>) ihren Sitz hatten<sup>203</sup>), Kommunikationszentren der lokalen Alltagsumgebung waren<sup>204</sup>). Nun finden sich 1890 unter den knapp 1170 derartigen Vereinen gerade sieben, aus deren Bezeichnung auf einen bewußt nichtdeutschen Charakter des Vereines zurückgeschlossen werden könnte<sup>205</sup>). Auf die Bedeutung dieser lokalen Milieus für die politische Mobilisierung wurde im Zusammenhang mit dem „Vertrauensmännersystem“ bereits verwiesen; deutlich wird hier nur zusätzlich, daß sie für die Entwicklung eines besonderen nationalen Bewußtseins unter den städtischen Minderheiten nahezu keine Rolle spielten – sieht man einmal von den Organisationen der tschechischen Sozialdemokratie in Wien ab.

Das soziokulturelle Vereinswesen der nationalen Minderheiten in Wien ist als mittelständisch zu charakterisieren, wobei, wie noch zu zeigen ist, vielfach auch Verbindungen zu den nationalen Eliten, aber auch zu den sozialen Eliten der Metropole bestehen<sup>206</sup>). Eine gewisse Bedeutung kommt zudem den studentien-

---

<sup>201</sup>) MARTIN SEKERA, Wie waren die Tschechen in Wien bis 1918?; in: *Doma v cizině. Češi ve Vidni ve 20. století/Zu Hause in der Fremde. Tschechen in Wien im 20. Jahrhundert* [Ausstellungskatalog] (Praha 2002) 114–124, hier 117 und passim – wenn auch mit zum Teil gegensätzlichen Bewertungen. Vgl. auch die entsprechenden Abschnitte in CHRISTA ROTHMEIER (Hg.), *Die entzauberte Idylle. 160 Jahre Wien in der tschechischen Literatur* (=Österreichische Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse, Sitzungsberichte 712, Wien 2004).

<sup>202</sup>) ERHARD FISCHER-WELLENBORN, *Die kulturelle Rolle der Sparvereine in Wien*, phil. Diss. (Wien 1975).

<sup>203</sup>) So beklagt die *Volksstimme* vom 24. September 1892, 2 f., ganz allgemein den Umstand, daß sich die Vereinstätigkeit überwiegend in den Wirtshäusern abspielt.

<sup>204</sup>) Freilich bestanden 1910 eine Reihe von Wirtshäusern, die von Zeitgenossen dem slawisch-tschechischen nationalen Lager zugerechnet wurden. WIENER SLAWEN. Statistik und Organisation der Tschechoslawen in Wien und Niederösterreich-Land, hg. vom deutschen Volksrate für Wien und Niederösterreich (Wien 1910) 37 f. Diese Broschüre ist gewissermaßen eine Zusammenfassung „nachrichtendienstlicher“ Recherchen über den „nationalen Gegner“ und besticht nicht nur durch die Fülle der enthaltenen Informationen. Sie kann geradezu als „Adreßbuch“ des nicht-deutschen Wien um 1910 betrachtet werden. Ich danke Kollegin Zuzanna Polačková (Bratislava) für diesen wertvollen Quellenhinweis.

<sup>205</sup>) Dabei handelte es sich um den Spar- und Aushilfsverein „Vlast“ [Vaterland] (1886), den Arbeiter-Spar- und Aushilfsverein „Včela“ [Biene], den gleichnamigen Spar- und Vorschußverein (beide 1888), die Spar- und Losgesellschaft „Unità“ (1888), die böhmische Losgesellschaft „Mravenec“ [Ameise] (1888), den Spar- und Vorschußverein „Žižka“ (1889) und um den Christlichen Losverein „St. Cyrill-Method“.

<sup>206</sup>) Beispielweise gab der „Erste Theater-Dilettanten-Verein Pokrok“ [Fortschritt] (gegr. 1897) seine Vorstellungen im kleinen Saal des Musikvereins. WIENER SLAWEN, 18 f.

schen Vereinen der nichtdeutschen Nationalitäten zu, die, wie sich zumindest in Einzelfällen belegen läßt, auch in Verbindung zu „ihren“ mittelständischen Vereinen standen.

Freilich beschränkte sich das mittelständische Vereinswesen der nationalen Minderheiten in Wien in der Regel auf einige wenige Vereinigungen<sup>207)</sup>, nur unter den Tschechen, die die mit Abstand größte Minderheit bildeten, kann von Ansätzen in Richtung eines eigentlichen Vereinswesens gesprochen werden. Neben einer Reihe von Geselligkeitsvereinen hatten sie bis 1890 u.a. folgende Vereine gegründet<sup>208)</sup>: „Verein zur Errichtung und Erhaltung böhmischer Schulen ‚Komenský‘“ (1872), „Česká záložna ve Vídni“ [Böhmische Vorschubcassa in Wien] (1887), drei Gesangvereine und einen Musikverein, den Krankenunterstützungsverein „‚Bilka‘ česko-slovanský spolek“ [„Bilka“ čechoslawischer Verein], den „Lese- und Theater-Dilettantenverein ‚Palacký‘“ (1888), fünf Sportvereine (darunter den „‚Sokol vídeňský‘, slovanská tělocvičná“ [„Wiener Falke“, slawischer Turnverein] (1867), den „Turnverein ‚Tyrš‘“ (1889) und zwei Radfahrervereine), den „Spolek mediků a přírodopzpytců“ [Verein der Mediziner und Naturhistoriker] (1879). Hinzuzuzählen sind noch insgesamt sieben Casinos (besedas), auf deren Bedeutung in einem anderen Zusammenhang zurückgekommen wird. Bis 1909 sollte sich die Anzahl der bestehenden slawischen (vor allem tschechischen) Vereine in Wien auf mehr als 160 vermehren<sup>209)</sup>. Dabei zeigt sich – wenig überraschend – bei den slawischen Vereinen Wiens, daß eine eigentliche Gründungswelle erst in den neunziger Jahren einsetzt, worin ein deutlicher Be-

<sup>207)</sup> Neben den in der Folge genannten Vereinigungen seien für 1890 hier noch erwähnt: Ungarisch: ein Gesangverein, ein Geselligkeitsverein; Ruthenisch: ein Geselligkeitsverein, Italienisch: zwei Geselligkeitsvereine, ein Sparverein, ein Wohltätigkeitsverein; dazu noch bulgarische, englische und französische Vereinigungen; Auflistung im HANDBUCH DER VEREINE.

<sup>208)</sup> HANDBUCH DER VEREINE. Im übrigen Niederösterreich findet sich dagegen kein Vereinswesen der Zuwanderer, sieht man von Klosterneuburg und Mödling ab, wo die Tschechischen National-Sozialen drei bzw. zwei Filialvereine ihrer Vorfeldorganisationen bildeten. Die zwei sozialdemokratischen Vereine in Inzersdorf und der „Sokol“ in Atzgersdorf können dagegen wohl der großstädtischen Agglomeration zugerechnet werden. Drei Vereine finden sich zudem in Gmünd und je einer in Ebergassing und Schwechat. In Ober- und Unter-Themenau [Charvatská Nová Ves, Poštorná], wo es eine ansässige slawische Bevölkerung gab, kam es dagegen zu Ansätzen eines Vereinswesens. Hier finden sich Freiwillige Feuerwehr, ein Veteranen- und ein Theater-Dilettantenverein, sowie drei Filialvereine der National-Sozialen; Angaben nach WIENER SLAWEN 62 f.

<sup>209)</sup> WIENER SLAWEN 17. Diese Aussage steht quantitativ nur scheinbar im Widerspruch zu GLETTLER, Wiener Tschechen 74, die von „Hundertern von tschechischen Vereinen und Organisationsformen“ spricht. (Vgl. auch die Auflistung EBD. 467 ff.). Die Divergenz ergibt sich vor allem wegen der bereits erwähnten sehr liberalen Handhabe der Bestimmungen des Vereinsgesetzes durch die Behörden. So sei, wie die Herausgeber der Broschüre WIENER SLAWEN (S. 17) ausführen, nur ein Teil der im „Vídenský národní kalendář“ [Wiener National-Kalender] aufgelisteten tschechischen Organisationen als förmlicher Verein amtlich angemeldet. „Die bei den Tschechen so beliebte Geheimbündelei scheint auch in Wien Eingang gefunden zu haben, ohne daß die Behörden eingreifen.“

leg für die erst zu dieser Zeit einsetzende „Nationalisierung“ der Minoritäten zu sehen ist<sup>210</sup>).

Tabelle 8: GRÜNDUNGSJAHRE DER 1910 IN WIEN BESTEHENDEN SLAWISCHEN VEREINE

Jahr	Zahl	Ges.									
1862	1	1	1880	2	17	1892	4	41	1902	9	103
1865	2	3	1881	2	19	1893	2	43	1903	6	109
1866	1	4	1882	1	20	1894	6	49	1904	2	111
1867	2	6	1885	3	23	1895	3	52	1905	13	124
1868	2	8	1886	2	25	1896	7	59	1906	9	133
1869	1	9	1887	2	27	1897	9	68	1907	8	141
1872	2	11	1888	4	31	1898	5	73	1908	12	153
1873	1	12	1889	1	32	1899	7	80	1909	10	163
1874	2	14	1890	1	33	1900	8	88			
1879	1	15	1891	4	37	1901	6	94			

Quelle: WIENER SLAWEN. Statistik und Organisation der Tschechoslawen in Wien und Niederösterreich-Land, hg. vom deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich (Wien 1910) 17.

Auch wenn die nichttschechischen Nationalitäten nicht im vergleichbaren Ausmaße in der Lage waren, ein umfassendes Vereinsnetz aufzubauen, kann doch behauptet werden, daß die Existenz einiger zentraler Organisationen (manchmal auch in Verbindung mit der Organisation des Gottesdienstes) dazu beitragen konnte, daß das nationale Bewußtsein unter den Mitgliedern erhalten blieb. Exemplarisch konnte dies für die verschwindend kleine rumänische Kolonie in Wien gezeigt werden, für die insbesondere der Akademisch-soziolliterarische Verein „România Jună“ [Junges Rumänien] (gegr. 1871) und der „Clubul Român“ [Rumänischer Klub] (1903) einen wichtigen Mittelpunkt darstellten<sup>211</sup>). Die beiden Vereine, die eng zusammenarbeiteten und auch eine Reihe gemeinsamer Mitglieder hatten, versuchten einerseits, ein „Hort des geselligen Verkehrs für die in Wien lebenden Rumänen“ zu sein, ihre eigentliche Aufgabe bestehe aber darin, jenen Rumänen, die aus ihrer Heimat zur Verbesserung ihrer Ausbildung – sei es als Handwerker, sei es als Student – jede mögliche Unterstützung auch mit dem Ziel zukommen zu lassen, um die Herausbildung einer starken rumänischen Mittelklasse nach westeuropäischem Vorbild zu fördern. Tatsächlich kann festgestellt werden, daß es im Rahmen der notwendigerweise sehr be-

<sup>210</sup>) Eine Auflistung all dieser Vereine in WIENER SLAWEN 18–30. Demnach bestanden 1909 acht slawische Gesangsvereine, 26 Lese- und Unterhaltungsvereine, 28 Akademische Vereine, 21 Turnvereine, 15 Sportvereine, 23 Politische Vereine, sechs Hausbauvereine, zehn kirchliche Vereine, 27 Fachvereine (ohne Berücksichtigung ihrer Ortsgruppen), 16 Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine (ohne Berücksichtigung ihrer Ortsgruppen), acht Wohltätigkeitsvereine und sieben andere Vereine.

<sup>211</sup>) HYE, Rumänische Vereine; jetzt auch CORNELIU CRĂCIUN, Societățile academice Române din Viena (1861–1918) [Rumänische akademische Vereinigungen in Wien] (Oradea 2001).

schränkten Mittel gelang, Lehrlinge und Studenten zu unterstützen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, auf welchem Wege die hierfür erforderlichen Mittel lukriert wurden. Abgesehen von den Mitgliedsbeiträgen und den Erträgen gesellschaftlicher Veranstaltungen – insbesondere die Bälle der „România Jună“, aus deren Anlaß sogar Spenden aus dem Kaiserhaus eingingen – stammten nicht unbedeutende Mittel aus den rumänischen Siedlungsgebieten, wo zur Förderung der nationalen Intelligenz breit angelegte Sammelaktionen organisiert wurden. Die Wiener rumänischen Vereine bildeten somit auch einen organisatorischen Verbindungspunkt zwischen der Reichshaupt- und Residenzstadt und der „Heimat“<sup>212)</sup>. Freilich zogen es viele der besonders erfolgreichen Universitätsabsolventen vor, vom vielversprechenden Angebot eine Karriere in Wien Gebrauch zu machen. Sie integrierten sich rasch im Wiener Großbürgertum, blieben oft aber zumindest den Vereinen als beitragende Mitglieder erhalten. Bemerkenswert ist aber auch, daß sich unter den Ehrenmitgliedern nicht wenige („einheimische“) Angehörige der großbürgerlichen Wiener Gesellschaft finden. Dies mag auch ein Hinweis darauf sein, daß diese Vereine neben der Stärkung des nationalen Bewußtseins auch die Integration ihrer Mitglieder in die Wiener Gesellschaft förderten.

In vieler Hinsicht ähnlich gestaltete sich die Tätigkeit der Vereine der zahlenmäßig ungleich größeren polnischen Kolonie in Wien<sup>213)</sup>. Zu erwähnen wäre hier der Studentenverein „Ognisko“ [Herd] (gegr. 1864), der u.a. die Minister Florian Ziemiałkowski und Julian Dunajewski zu seinen Mitgliedern zählte. Höchst elitär war darüber hinaus die 1887 gegründete „Biblioteka Polska“ [Polnische Bibliothek], die 19 Jahre lang unter der Präsidentschaft Leon Bilińskis stand. Bis in die Gegenwart übt der 1894 gebildete „Verband der Polen in Österreich „Strzecha““ [Heim] seine Tätigkeit aus. Ursprünglich vereinigte er die hohen polnischen Beamten in Wien, Industrielle, Freiberufler, Intellektuelle und Künstler zur Pflege nationaler Kultur und Solidarität. Zu diesem Zweck wurde in einem 1908 erworbenen Gebäude<sup>214)</sup> das Dom Polski [Polnisches Haus] eingerichtet. Auch die Wiener Tschechen unternahmen ab 1894 Versuche, in mehreren Bezirken eigene Vereinshäuser, Národní dům, zu errichten – auch mit Unterstützung prominenter Angehöriger der konservativen böhmischen Adels –, doch scheiterten alle diese Versuche, auch jener, in der Innenstadt ein Zentrum des gesellschaftlichen Verkehrs der nationalen Eliten zu schaffen, nach wenigen Jahren an Finanzierungsproblemen<sup>215)</sup>.

<sup>212)</sup> Ergänzend ist auch darauf hinzuweisen, daß diese Vereine auch in zuweilen enger Verbindung mit dem Königreich Rumänien standen, von wo aus ebenfalls nicht unbedeutende Geldbeträge stammten.

<sup>213)</sup> WLADYSŁAW S. KUCHARSKI, MARIU CURIE SKŁODOWSKA, Polnische Organisationen in Wien im 19. und 20. Jahrhundert; in: DOROTHEA MÜLLER-OTT (Hg.), Polnische Tage am Institut für Übersetzer- und Dolmetscherausbildung der Universität Wien 13. Januar 1995–24. Januar 1995 (Lódz 1997) 49–57.

<sup>214)</sup> Das Haus in der Boerhaavegasse 25 dient bis heute als wissenschaftliches und kulturelles Zentrum der Polen in Wien.

<sup>215)</sup> GLETTLER, Wiener Tschechen 198 ff.

Von den polnischen Vereinigungen sind noch der unter der Patronanz Franciszek Smolkas stehende „Polnische Leseverein ‚Zgoda‘“ [Eintracht], der „Polnische Christliche Verband ‚Ojczyzna‘“ [Vaterland] und der 1892 gegründete „Polnische Arbeiterverein ‚Siła‘“ [Kraft] zu nennen. Letzterer brachte es vor 1914 auf nahezu 3000 Mitglieder in Wien und Niederösterreich; er war damit die mitgliederstärkste polnische Vereinigung.

Letztgenannte Vereinigung darf nicht verwechselt werden mit dem 1872 gebildeten und 1877 behördlich aufgelösten „Polnischen Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein Siła“ [Kraft], über dessen Tätigkeit als „Arbeiterbildungs- und Unterstützungsverein“ allerdings wenig bekannt ist. Vielmehr trat er als nationalpolitischer Verein in Erscheinung, der sich an alle in Wien anwesenden Polen richtete, um das Programm der Wiederentstehung des polnischen Staates zu verbreiten<sup>216</sup>). Als der Verein schließlich 1877 eine „gesellige Veranstaltung“ zu Ehren des teilnehmenden Władysław Graf Plater(-Broel), eines europaweit bekannten „Sturmvogels“ der polnischen Revolution<sup>217</sup>), veranstaltete, schritt die Behörde zur Auflösung, weil sie in dieser Aktion eine Überschreitung des Wirkungskreises eines nichtpolitischen Vereines auf das Gebiet des Politischen erkannte.

Nun war ein solches Einschreiten der Behörde wegen „Staatsgefährlichkeit“ bzw. „Überschreitung des Wirkungskreises“ kein Einzelfall (wenn auch angesichts der überbordenden Anzahl von Vereinen und Vereinsversammlungen nicht sehr häufig)<sup>218</sup>), doch verweist es namentlich in unserem Zusammenhang auch darauf, daß gerade auch das nichtdeutschsprachige Vereinswesen in Wien innerhalb der existierenden politischen Spannungsfelder untersucht werden muß.

<sup>216</sup>) Vgl. hierzu HYE, HUGELMANN (Hgg.), Reichsgerichtserkenntnisse Nr. 160 vom 26. April 1878, sowie AVA II/2 Reichsgericht, Karton 71 Fasz. 4/37 und Karton 89, Bogen 23–26, 30–31, 35.

<sup>217</sup>) Plater war bereits 1830 nach dem gescheiterten Aufstand in die Schweiz geflohen und hatte in Rapperswil ein polnisches Nationalmuseum eingerichtet. Zu Plater vgl. POLSKIE ARCHIWUM BIOGRAFICZNE. Seria Nowa (München u.a. 1999–2001) Mf. II/287–080 f.

<sup>218</sup>) Entschieden wurde immer dann eingeschritten, wenn mit der Vereinstätigkeit außenpolitische Implikationen verbunden waren, was sich bei der Tätigkeit vieler nationaler Minderheiten in Wien aber oft nur schwer vermeiden ließ. Die Polen zeigten beispielsweise stets eine kritisch-ablehnende Haltung gegenüber Rußland, weshalb beispielsweise 1895 auch die 1893 gegründete „Vereinigung polnischer Studenten Polonia“ [Polnische Kolonie] behördlich aufgelöst wurde. Archiv der Universität Wien, Rektorat 1894/95–2660 vom 12. Juni 1895. Die ruthenischen Vereine „Sič“ [Name des bis 1775 bestehenden Selbstverwaltungssystems der Zaporoger Kosaken und zugleich Name einer der ältesten ukrainischen Studentenorganisationen, gegründet am 9. Jänner 1868 in Wien (Sič videns'ka); es gab in anderen Städten der Monarchie – Lemberg (Lwów, Eviv), Czernowitz (Černivci, Cernăuți) und Graz – ebenfalls studentische Organisationen, die diesen Namen trugen. Für diesen Hinweis und für die Unterstützung bei der Auflösung weiterer Vereinsbezeichnungen bin ich Gertraud Marinelli-König zu Dank verpflichtet] und „Bukovyna“, die sich wegen ihrer gegensätzlichen Standpunkte zur Russophilie heftig befehdeten, standen deshalb ebenfalls unter mißtrauischer Observanz. EBD. 1892/93–2912 vom 25. Juni 1893, 1902–2128 und 2151 (Sammelakte). Die rumänischen Vereine gerieten dagegen mehrmals in Verlegenheit, weil ihnen zum Teil nicht unbeträchtliche Geldmittel von offizieller Seite aus dem Königreich Rumänien zukamen. HYE, Rumänische Vereine 139 f.

Wie auch bei den anderen Vereinen ist anzunehmen, daß sich die Tätigkeit zumindest mancher nichtdeutschsprachiger Vereine in Wien in der Grauzone von „politisch“ und „nichtpolitisch“ bewegt hat. Dies soll im folgenden anhand einiger Beispiele zu folgenden Punkten gezeigt werden: In welchem Verhältnis stehen die Vereine zu „ihren“ Reichsratsabgeordneten, also den Abgeordneten, die aus ihrer „Heimat“ stammen? Wie weit spiegeln sich dortige „internationale“ weltanschauliche Überwerfungen auch bei den Wiener Vereinen wider? Wie weit sind sie von der in Wien erfolgenden Bildung politischer Lager betroffen? Und schließlich: kommt es zu internationalen solidarischen Aktionen zwischen nichtdeutschsprachigen Vereinigungen unterschiedlicher Nationalität?

Die (Ehren-)Mitgliedschaft von Politikern in „ihren“ Vereinen ist zunächst als beinahe selbstverständlich vorauszusetzen. Diesbezüglich mögen die bereits oben gemachten Hinweise als exemplarischer Beleg genügen<sup>219</sup>). Zudem ist anzunehmen, daß die Vereine nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten ihren von außen kommenden Abgeordneten in Wien Infrastruktur und Logistik anboten, wie etwa die „Slovanská Beseda“ [Slawisches Casino], die ab 1880 den (eben wieder in den Reichsrat eingetretenen) tschechischen Abgeordneten ihre Räumlichkeiten zur Abhaltung von Beratungen zur Verfügung stellte<sup>220</sup>). Hier dürften wohl auch inoffizielle Kontakte hergestellt und Informationen beschafft worden sein. Daß in der Regel auch Zeitungen auflagen und Vereinsbibliotheken eingerichtet worden sind, mag ebenfalls von Bedeutung gewesen sein. Schließlich wird wohl auch die „persönliche Betreuung“ der Abgeordneten eine gewisse Rolle gespielt haben.

Umgekehrt nahmen Abgeordneten gerne und häufig die Gelegenheit wahr, an Vereinsveranstaltungen teilzunehmen. Schon ihre bloße Anwesenheit verlieh dem Ereignis eine gewisse „Würde“, die nur noch gesteigert wurde, wenn der „Prominente“ einen Toast ausbrachte oder das Wort zu einer Rede ergriff. Daß damit die Bindungen zwischen den einzelnen Abgeordneten und den Vereinen gefestigt wurden, versteht sich von selbst.

Größter Beliebtheit erfreuten sich in diesem Zusammenhang Veranstaltungen studentischer Vereinigungen. So beispielsweise 1904 bei einer Versammlung nichtdeutscher (i.e. tschechischer, italienischer, südslawischer, polnischer, ruthenischer, russischer, serbischer und rumänischer) Studenten, die in einer Resolution die Gründung nichtdeutscher Universitäten<sup>221</sup>) verlangten und „ihre“

<sup>219</sup>) Vgl. auch die Mitgliederlisten in den von vielen der Vereine publizierten Periodika.

<sup>220</sup>) GLETTNER, Wiener Tschechen 122, Anm. 3.

<sup>221</sup>) Die Universitätsfrage erhitze immer wieder die Gemüter der nichtdeutschen studentischen Öffentlichkeit, wobei es allerdings auch zu inneren Konflikten kommen konnte: Als der tschechische „Akademický spolek“ [Akademischer Verein] im Dezember 1903 eine ähnliche Versammlung veranstaltete, auf der die Einrichtung einer tschechischen Universität in Brünn, einer slowenischen in Laibach, einer ruthenischen in Lemberg und einer serbokroatischen [sic!] in Agram gefordert wurde, protestierten die anwesenden Slowenen heftig, als ein tschechischer Redner auch anregte, für die Errichtung einer italienischen Universität in Triest einzutreten. Archiv der Universität Wien, Rektorat 1903/4–1227 vom 3. Dezember 1903.

Reichsratsabgeordneten darüber informieren wollten. Folgende Abgeordnete nahmen an der Versammlung teil und „... gaben ihrer Befriedigung über das solidarische Vorgehen aller nichtdeutscher Studenten Ausdruck“: die Krainer Friedrich Ploj, Franjo Šuklje (beide slowenischklerikal), Andreas Ferjančič (slowenischliberal), der Tiroler Enrico Conci (italienischklerikal), die Böhmen Václav Fresl, Václav Choc, Josef Černý (tschechischnational-sozial), Josef Čipera, Venceslav Hrubý (jungtschechisch), František Staněk (tschechischer Agrarier) und Ladislaus Klumpar.<sup>222)</sup>

Da sich aber die politische Einheit der einzelnen Nationen bald als Fiktion erwies, und damit die einzelnen Abgeordneten mehr und mehr auch zu Vertretern „ihrer“ Partei wurden, ist es nicht überraschend, wenn diese Spaltungen auch im Wiener nichtdeutschsprachigen Vereinswesen zumindest Spuren hinterließen, die selbstverständlich umso deutlicher werden, je größer und organisierter die jeweilige „Kolonie“ in der Hauptstadt war. Früh zeigt sich dies bei den Wiener Tschechen, wo sich bereits 1881 die Abspaltung der Jungtschechen in Form der Bildung des (politischen) tschechischen Vereines „Österreichischer Nationalitäten Club“ abzeichnete. Zum Obmann wurde Jan Stanislav Skrejšovský<sup>223)</sup> gewählt, Teilnehmer der Gründungsversammlung waren „... vor allem Gewerbetreibende und Privatbeamte, lauter Tschechen, kein Mitglied des hiesigen Vereines Slovanská Beseda, in dem die tschechische Intelligenz Wiens konzentriert ist.“<sup>224)</sup>

Zweifellos ist nun anzunehmen, daß der äußere „antitschechische“ Druck der Wiener Öffentlichkeit die inneren Friktionen in einem gewissen Maße ausgleichen konnte. Gleichwohl kann aber auch angenommen werden, daß gegebenenfalls auch Tschechen zu Partnern beispielsweise der Christlichsozialen werden konnten: Als im Frühjahr 1892 eine rumänische Deputation aus Siebenbürgen die nichtungarische Öffentlichkeit auf die triste Lage ihrer Nationalität aufmerksam machen wollte, wurden ihre Angehörigen von den Christlichsozialen mit offenen Armen empfangen. Auf einer groß inszenierten Versammlung verstanden es Lueger und seine Parteigenossen, die rumänischen Anliegen der eigenen Sache dienstbar zu machen und insbesondere gegen Magyaren und Juden zu hetzen. Zahlreiche Grußtelegramme liefen von außen ein, und zwar auch aus Prag, von Dr. Grégr<sup>225)</sup>. Es ist nicht gänzlich einschätzbar, wie weit die Galionsfigur der Jungtschechen sich hier mit den antimagyarischen Bestrebungen solidarisierte oder bereits auch eine antisemitische Stoßrichtung verfolgte<sup>226)</sup>. Faktum ist je-

<sup>222)</sup> Archiv der Universität Wien, Rektorat 1903/4–2998 vom 28. April 1904. Ähnliche Fälle EBD. 1902/3–2620, 1903/4–1227, 2990, 3112.

<sup>223)</sup> Zu seiner Person URBAN, Tschechische Gesellschaft I 444 f., 459 ff., II 1051; auch GLETTNER, Wiener Tschechen 122 f.

<sup>224)</sup> AVA, MdI, Präs. 15, Karton 527, Zl. 5191/MI/1881, Tagesbericht der Wiener Polizeidirektion vom 24. September 1881.

<sup>225)</sup> NÖLA, Sth. Präs. 1892 I 12 3465/1892.

<sup>226)</sup> Zum Antisemitismus in Böhmen, der sich insbesondere unter den Jungtschechen ab etwa 1895/96 rasant verbreitete und bereits vor der Hilsner-Affäre unzählige Gewaltakte zur Konsequenz hatte, vgl. MICHAL FRANKL, The Background of the Hilsner Case. Political Antisemitism and Allegations of Ritual Murder 1896–1900; in: *Judaica Bohemiae* 36 (2001) 34–118.

denfalls, daß die antisemitische Propaganda in Wien auch unter den Angehörigen des ansässigen tschechischen Mittelstands auf fruchtbaren Boden fiel<sup>227</sup>). Nämliches gilt, wie schon hier hinzugefügt werden kann, auch für viele Angehörige der übrigen nationalen Minderheiten. So kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, daß nach 1910 nicht nur die wichtigsten rumänischen Vereine den Arierparagrafen in ihre Statuten aufnahmen<sup>228</sup>), sondern auch andere – sei es explizit, wie der „Slawische akademische Sportklub in Wien ‚Mahan‘“<sup>229</sup>), sei es implizit, wobei auch bei den nichtdeutschen Vereinen die Attribute „christlich“, „katholisch“ und „Angehöriger einer konkreten Nationalität“ entsprechende Verkläuterungen darstellten.

Wie bereits erwähnt, kann nur bei der tschechischen Minderheit von einem ausdifferenzierten Vereinswesen gesprochen werden, wobei diese Ausdifferenzierung – abgesehen von den Vorfeldvereinen der tschechischen Sozialdemokratie<sup>230</sup>) – entlang der Hauptlinien des tschechischen Parteienspektrums erfolgt ist. Bei den anderen (deutlich kleineren) nationalen Kolonien in Wien kam es dagegen nur zur Bildung einzelner Vereine.

Praktisch alle Nationalitäten waren im Wiener Vereinswesen durch „ihre“ studentisch/akademischen Vereine vertreten. 1901 bestanden unter anderem: der „Akademický spolek ve Vídni“ [Akademischer Verein in Wien] (tschechisch), die „România Jună“ (rumänisch), der „Akademische Verein ‚Slovenija‘“ (slowenisch), der „Serbisch-akademische Verein ‚Zora‘“ [Morgenröte]<sup>231</sup>), die „Russisch-akademische Vereinigung ‚Bukovyna‘“, der „Akademisch-romanische Leseverein“, der „Kroatisch-akademische Studentenverein ‚Zvonimir‘“, der „Circolo accademico italiano“, die „Bulgarisch-akademische Verbindung ‚Balkan‘“, der slowenische katholisch-akademische Verein „Danica“ [Morgenstern], die „Unione accademica cattolica italiano“, der „Unterstützungsverein für arme serbische Studierende an den Hochschulen“ (gelöscht 1904), der polnisch-akademische Verein „Ognisko“, die „Serbisch akademische Vereinigung“ (gelöscht 1903), der „Serbische Turnverein“, der „Akademische Verein von Studenten aus Russland“, der „Verein der russischen Studenten“ und der „Akademische Verein serbischer Studenten (Techniker)“<sup>232</sup>). Wie auch den übrigen Vereinen kam diesen studentisch-akademischen Vereinen eine besondere Rolle innerhalb der politischen

<sup>227</sup>) GLETTNER, Wiener Tschechen 310 ff.

<sup>228</sup>) HYE, Rumänische Vereine 153 f.

<sup>229</sup>) Archiv der Universität Wien, Rektorat 1909/10–d.d. 14. Dezember 1909.

<sup>230</sup>) Hierzu zählten die Herausgeber der WIENER SLAWEN den Arbeitergesangverein „Rozvoj“ [Aufschwung], eine Reihe von Turn- und Sportvereinen (insbesondere den „Verband der tschechoslowakischen Radfahr- und Sportvereine“), politische Vereine und gewerkschaftliche Fachvereine (die vor allem im Gegensatz zu jenen der National-Sozialen standen).

<sup>231</sup>) Dieses Wort ist im Zusammenhang mit der Begrifflichkeit der nationalen „Wiedergeburt“ der Serben zu verstehen. Vgl. hierzu auch ANDREJ MITROVIĆ, 1848 in der Erinnerung, Literatur und Historiographie der Serben. Drei Autoren: Jovan Sterija Popović, Jakov Ignjatović und Slobodan Jovanović; in: BARBARA HALDER, HANS PETER HYE (Hgg.), 1848: Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas (=Zentraleuropa-Studien 7, Wien 2003) 183–201, hier 193–197.

<sup>232</sup>) Archiv der Universität Wien, Rektorat 1900/1–1988, 2351 und 2969. Später kamen u.a. noch folgende Vereinigungen hinzu: Polnisch: „‚Spójnia‘ [Band] der polnischen fortschrittlichen

Mobilisierung zu, war doch das Nationale eine der wichtigsten Komponenten der Studentenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Formal und strukturell bestanden denn auch kaum Unterschiede zu den studentisch-akademischen Vereinen im Allgemeinen. Viele von ihnen trachteten, auch auf universitärem Boden demonstrativ „ihre“ „Farben“ bzw. Bänder zu tragen, manche legten besondere Bedeutung auf die Pflege des Fechtsportes, in Opposition zu diesen entstanden dann wieder katholisch-akademische Gegenvereine.

Daß das studentische (Vereins-)Milieu – trotz der nur geringen Anzahl der Studierenden – für die Politik immer attraktiv war, wurde bereits ausgeführt. Es sei nur noch einmal kurz darauf hingewiesen, daß hier der politische „Nachwuchs“ erzogen wurde<sup>233</sup>), daß den Universitätsabsolventen dann auch eine wichtige Rolle innerhalb der nationalen Eliten zukam und daß sie bereits während ihrer Studien in den vorlesungsfreien Zeiten nicht selten als politische Agitatoren in ihrer „Heimat“ wirkten. So berichtete beispielsweise 1890 der mährische Statthalter im Zusammenhang mit der Abhaltung der Landtagswahlen, er müsse die Tatsache bestätigen, „... daß die jungöechische Partei, sowie die Fraction der Deutschnationalen unter der mährischen Studentenschaft in Prag und Wien warme und eifrige Anhänger zählt, daß die besagte Studentenschaft mit

---

Jugend“ (EBD. 1908/9–850), „Polnisch-akademische Verbindung Jagiellonia“ (1909/10–1626), „Polnisch akademischer Verein ‚Przedświt‘“ [Tagesanbruch] (1910/11–1013), „Katholischer Verein polnischer Hochschüler in Wien ‚Polonia‘“ [Polnische Kolonie] (1910/11–1023), „Polnisch-akademische Verbindung ‚Klub Dwunastu‘“ [Klub der Zwölf] (1911/12–1148), „Polnisch akademischer Verein ‚Przysłóść‘“ [Zukunft] (1913/14–542); Ruthenisch: „Ukrainischer Studentenverein ‚Sić‘“ (1902/3–2224), „Ukrainischer Sportverein ‚Chortycja‘“ [wörtlich: Barsoj (=Windhund); ist aber auch der Name einer Insel im Dnepr, die in der Geschichte der Zaporoger Kosaken eine wichtige Rolle gespielt hat] (1913/14–1483); Serbisch-Kroatisch-Südslawisch: „Kroatisch katholisch akademischer Verein ‚Vjera‘“ [Glaube], ab 1903 „Hrvatska“ [Kroatien] (1902/3–2094), „Akademisch kroatischer Fechtklub ‚Svačić‘“ [wohl nach dem gleichnamigen kroatischen Adelsgeschlecht in der Gefolgschaft der kroatischen Könige vor der Personalunion mit Ungarn (1091)] (1902/3–3116), „Kroatisch akademischer Verein ‚Jadran‘“ (1903/4–707), „Serbisch akademischer Fechtverein ‚Obilić‘“ [wohl nach Miloš Obilić, dem legendären serbischen Helden, dessen Name mit der Schlacht am Amselfeld (Kosovo Polje 1389) in Verbindung steht. Demnach habe er, was historisch nicht belegt ist, den Osmanischen Sultan Murad I. getötet] (1908/9–1329), „Verein südslawischer Mediziner in Wien“ (1909/10 d.d. 17. März 1910); Slowenisch: „Verein freisinniger slowenischer Akademiker ‚Sava‘“ [Save] (1902/3–2628); Tschechisch: „Kruh českých evangelických teologů“ [Kreis der böhmischen evangelischen Theologen] (1906/7 d.d. 7. Dezember 1906), „Böhmisch katholisch akademischer Verein ‚Lípa‘“ [Linde] (1910/11–725), „Svaz českého studentstva ve Vídni“ [Verband der böhmischen Studentenschaft in Wien] (1912/13–1127). Zu erwähnen wären zudem der „Islamistisch akademische Verein ‚Zvijezda‘“ (1903/4–2077), der „Verein der fortschrittlichen islamistischen Jugend aus Bosnien und der Herzegowina“ (1906/7–2514); der „Klub muslimana akademičara iz Bozne i Becu“ [Klub der islamistischen Akademiker aus Bosnien und der Herzegowina in Wien] (1912/13–1649), sowie der „Verein jüdischer Hochschüler der Bukowina ‚Jordania‘“ (1903/4–2284).

<sup>233</sup>) Bereits 1880 konstatierte ein Polizeibericht im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Konflikten innerhalb der Wiener „Akademischen Lesehalle“, daß „... die nationalen Führer (sowohl deutsche als slawische) im Abgeordnetenhaus die in Fluß geratene Nationalitäten-Frage und die nationale Bewegung überhaupt in Studentenkreise zu tragen bemüht sind, und die Teilnahme der Studierenden an politischen Fragen wachrufen ...“ NÖLA, Sth. Präs. 4871/1880 vom 9. Juli 1880.

einzelnen der Parteiführer und mitunter auch mit den Parteileitungen in Verbindung steht und daß es keinem Zweifel unterliegt, daß die für Parteizwecke gewonnen Studenten in die Agitation für die kommenden Landtagswahlen nach Möglichkeit und Tunlichkeit einzugreifen bemüht sein werden.“<sup>234)</sup>

Tabelle 9: NATIONALE ZUSAMMENSETZUNG DER STUDIERENDEN AN DER WIENER UNIVERSITÄT UND DEN WIENER HOHEN SCHULEN 1902/03 UND 1906/07

	Ges.	Deutsche	%	Tschecho-slawen	%	Polen	%	Ruthenen	%	Süd-slawen	%	Italiener	%	Magyaren	%	Sonstige	%
WS 1902/3																	
Universität	7.833	5.295	67	305	3,9	245	3	68	0,8	688	8,7	161	2	105	1,3	249	3,1
Techn. Hochschule	2.465	1.951	79	66	2,6	128	5	5	0,2	101	4	106	4,3	45	1,8	63	2,5
Hochsch. f. Bodenkultur	374	207	55	44	11	43	11	7	1,8	29	7,7	11	2,9	3	0,8	30	8
Tierärztliche Hochschule																	
Akad. d. bild. Künste	265	226	85	8	3	5	1,8			10	3,7	7	2,6	6	2,2	3	1,1
Evang. Theol. Fakultät	38	20	52	12	31	3	7,9	1	2,6					1	2,6	1	2,6
WS 1906/7																	
Universität	8.664	5.954	68	295	3,4	323	3,7	59	0,6	725	8,3	232	2,6	93	1	399	4,6
Techn. Hochschule	2.983	2.374	79	58	1,9	135	4,5	14	0,4	154	5,1	125	4,2	37	1,2	86	2,8
Hochsch. f. Bodenkultur	701	341	48	122	17	100	14	19	2,7	58	8,2	23	3,2	14	1,9	24	3,4
Tierärztliche Hochschule	567	369	65	94	16	3	0,5	1	0,1	83	14	14	2,4	2	0,3	1	0,1
Akad. d. bild. Künste	269	238	88	9	3,3	3	1,1			4	1,5	10	3,7	4	1,5	1	0,4
Evang. Theol. Fakultät	50	18	56	14	28	8	16										

Quelle: WIENER SLAWEN 20.

<sup>234)</sup> „Ich habe daher bereits früher Anlaß genommen, die Studentenschaft und insbesondere die mir als Anhänger der radicalen Parteien in Mähren, beziehungsweise Hochschüler, als sie auf den Osterferien [in der, H.P.H.] Heimat weilten, einer unauffälligen Überwachung hinsichtlich ihres Auftretens in der Öffentlichkeit, ihres Verkehres und ihrer Verbindungen unterziehen zu lassen.“ Dies hätte zwar kein besonderes Ergebnis ergeben und es bestehe derzeit kein Anlaß zu Agitation, aber: „... Diese Verhältnisse, sowie die weitere Erwägung, daß, je weiter der Termin für die Landtagswahl hinausgerückt wird, ein desto größerer Spielraum für die von den genannten radicalen Parteien bereits in vehementer Weise inscenierte Wahlagitation geschaffen wird, die bei der großen Rührigkeit dieser Parteien den bisherigen Parteiverhältnissen immer abträglicher zu werden droht ...“ Er empfahl daher die baldigst mögliche Abhaltung der Wahlen, tunlichst noch vor den Sommerferien. AVA, MdI, Präs. 31/genere, Karton 930, Zl. 2046/MI/1890, Statthalterei Brünn an MdI vom 11. Mai 1890; vgl. auch EBD. 31/Böhmen, Karton 935, Zl. 1712/MI/1889, Statthalterei Prag an MdI und Karton 937, Zl. 3169/MI/1895, Statthalterei Prag an MdI vom 29. Juni 1895.

Insgesamt vereinigte so namentlich die Universität Wien sämtliche Nationen des Reiches. Sie wurde dabei quasi zu einem Mikrokosmos der vielen nationalen Reibungen, aber auch Solidarisierungen<sup>235</sup>). Die intendierte Schaffung einer „österreichischen Studentenschaft“, wie sie bis lange in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts vorgeschwebt hatte, gelang freilich nicht: Bereits in den siebziger Jahren spielte die nationale Frage im studentischen Milieu eine stark mobilisierende Rolle. Es waren zunächst vor allem die Deutschnationalen gewesen, die sich heftig gegen das „Österreichertum“ richteten, das vor allem in der „Akademischen Lesehalle“ institutionell durch Vereinigung von studentischen Angehörigen aller Nationalitäten zum Ausdruck kommen sollte<sup>236</sup>). Dort konnten zwar die Vereinigungen der nichtdeutschen Studenten Wiens eingebunden werden, doch war diese Einbindung zumeist eher brüchig, wohl vor allem deshalb, weil es nicht gelang (nicht gelingen konnte?), den Wissenschaftsbetrieb von der Sprachenfrage zu trennen. So hatte bereits 1867 das Professorenkollegium bezüglich der Bildung von nichtdeutschsprachigen akademischen Vereinen (beinahe josephinistisch) argumentiert: „... Die [deutsche] Universität ... ist nicht berufen, polizeiliche Aufsichtsfunktion zu üben, ist nicht in der Lage, ungarische, rumänische oder was immer für Sprachexercitien der vielzüngigen österreichischen Studenten zu kontrollieren oder von Ausschweifungen in die nahe liegenden Gebiete des Föderalismus, Dualismus etc. abzufassen. Die deutsche Wissenschaft kann für die Repräsentanten der verschiedenen Völkerschaften an der hiesigen Universität zur Entwicklung ihrer Sprachen nur förderlich sein. ...“ Allerdings sei dazu die förmliche Gründung eines Vereines nicht unbedingt erforderlich. „... Förmliche Vereine dieser Art überschlagen bei der heißblütigen Jugend und bei den Eigentümlichkeiten der österreichischen Verhältnisse der Gegenwart alsbald in politische Debatten-Clubs.“ Dies sei aber dem inneren Organismus der Universität fremd, „... und gewiß würde es dem Ernste der Wissenschaft und dem Heile der Jugend nicht frommen, wenn die Wiener Universität in lauter nationale, mit einander oft nur disharmonisierende Fractionen zerfiele, statt die ganze Wissenschaft in einem großen geistigen und brüderlichen Bunde zu vereinigen.“<sup>237</sup>)

Demgegenüber konnten freilich gute Argumente ins Treffen geführt werden: So begründeten die Proponenten des bereits genannten polnischen „Ognisko“ ihren Antrag auf Gründung dieses Vereins mit dem Hinweis, die Anzahl der polnischen Studenten sei zu klein, „... als daß die Pflege der Nationalsprache,

<sup>235</sup>) Für die institutionalisierten Kontakte der ruthenischen Studenten mit ihre slawischen und deutschsprachigen Kollegen in Wien siehe jetzt SVJATOSLAV PACHOLKIV, Emanzipation durch Bildung. Entwicklung und gesellschaftliche Rolle der ukrainischen Intelligenz im habsburgischen Galizien (1890–1914) (=Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 27, Wien – München 2002) 196–200.

<sup>236</sup>) LESEVEREINE 21 ff., 31 ff.; NÖLA, Statthalterei/Präsidiale 1946/1880 (Bericht über die in der 2. Hälfte 1879 abgehaltenen Vereins- und öffentlichen Versammlungen), 4871/1880 vom 9. Juli 1880; AVA II/2 Reichsgericht, Karton 71 F4/46, Karton 89/1879, Bogen 1–7, 32–34.

<sup>237</sup>) Archiv der Universität Wien, Rektorat 1868–73 vom 22. Oktober 1867.

selbst als gewöhnliche Umgangssprache, nicht großen Schwierigkeiten unterworfen wäre.“ Zudem „... sind die ... Universitäten im Lande [Galizien] in Folge äußerer und innerer Umstände leider nicht auf jener Höhe wissenschaftlicher Bildung, als daß die polnische [Wissenschaft] noch lange an den ausgezeichneten Wiener Hochschulen sich auszubilden nicht genötigt sein würde, andererseits aber hat die ... Regierung in Folge constitutioneller Staatsentwicklung die Einführung der polnischen Sprache in Amt und Schule für Galizien allergnädigst genehmigt.“ Daraus entstehe nun die Notwendigkeit des Gebrauchs der Muttersprache in den Wissenschaften. Diese könne als Wissenschaftssprache in einem Verein wie dem „Ognisko“ gepflegt werden. Darüberhinaus sei zu betonen, daß an den galizischen Universitäten bei Prüfungen die Kenntnis der polnischen Geschichte und Literatur gefordert werde, die aber in Wien nicht gelesen würden. Daher sei gerade die Pflege dieser Gegenstände eine der zentralen Aufgaben des beantragten Vereines. „... Besonders ist dieser Punkt zu betonen, da fast alle anderen Nationalitäten, wie die Czechen, Italiener, Magyaren ihre eigenen Lehrer an der Wiener Universität für National-Literatur, -Geschichte, -Sprache, selbst -Recht besitzen, die polnische Jugend aber auf Selbststudium hingewiesen ist.“ Nur ein „concessionierter Verein“ könne darüber hinaus die hierfür erforderliche Infrastruktur, beispielsweise durch die Einrichtung einer Bibliothek, zur Verfügung stellen<sup>238</sup>).

Prinzipiell wird wohl davon auszugehen sein, daß sowohl der „Ognisko“ als auch die anderen studentischen Vereine zumindest in der Frühzeit ihres Bestehens der Pflege der wissenschaftlichen Weiterbildung in der eigenen Nationalsprache große Aufmerksamkeit gewidmet haben. Beispielsweise veranstaltete die „România Jună“ regelmäßig belehrende Vortragsabende. Bemerkenswert ist dabei allerdings die deutliche Verlagerung der inhaltlichen Schwerpunkte<sup>239</sup>). Standen Ende der achtziger Jahre unter anderem Fragen nach dem Ursprung der Menschheit, der Physiologie der Pflanzen, des Ackerbaus, alter Kulturen und von Dialekten auf dem Programm, so dominierten zehn Jahre später Gegenstände mit mehr oder weniger starken nationalen Bezügen. Auch formal war ein grundlegender Wandel eingetreten: In der Frühzeit stammten die Vorträge in erster Linie von den Mitgliedern. Jeder Vortrag wurde dann an einem Folgeabend eingehend erörtert und diskutiert. Zehn Jahre später waren die Vortragenden ausschließlich dazu eingeladen „Prominente“. Zur Erörterung ihrer Ausführungen waren danach aber keine eigenen Termine mehr angesetzt worden.

Auch hier zeigen sich somit Indizien, die in die anderenorts bereits dargestellte innere Entwicklung des Vereinswesens weisen: zunehmende Passivität der einfachen Mitgliedschaft und Schwächung der inneren Demokratie, Wandel des Vereinscharakters vom Ort der Erreichung eines selbstgesetzten Zwecks durch aktive Teilhabe der Mitglieder zu einer Service anbietenden Organisation und schließlich Reservoir, Bühne und Forum für die Politik. Die nichtdeutschspra-

<sup>238</sup>) EBD. vom 19. Juli 1867.

<sup>239</sup>) HYE, Rumänische Vereine 141 f.

chigen studentischen Vereine haben sich diesbezüglich in nahezu identer Weise wie die deutschsprachigen entwickelt. Waren letztere Teil der sich in Wien und Niederösterreich entwickelnden politischen Lager, so sind erstere als wichtige Vorposten der nationalen Bewegungen in den Ländern in der Reichshaupt- und Residenzstadt zu sehen. Wie weit die 1908 erfolgte Bildung des „Komitees der slawischen Akademischen Vereine“<sup>240)</sup> in diesem Zusammenhang die Schlagkraft erhöhte, läßt sich an dieser Stelle nicht einschätzen.

Freilich muß noch einmal auf ein scheinbar widersprüchliches Phänomen verwiesen werden: Die zentralen Vereine der nichtdeutschsprachigen Kolonien in Wien waren vielfach eng mit den großstädtischen Eliten verbunden. Unter ihren Ehrenmitgliedern findet sich eine Reihe prominenter Namen aus den städtischen Oberschichten. Zudem eröffnete die Großstadt und die in ihr ansässigen staatlichen Behörden insbesondere den studentischen Zuwanderern eine große Palette von Karrierechancen, die von vielen auch genutzt wurden. Gerade durch ihre oft weiterhin bestehende Mitgliedschaft in „ihren“ Vereinen demonstrierten sie nicht nur ihre aufrechte Verbundenheit, sondern konnten diesen und ihren Mitgliedern durch ihre soziale und berufliche Stellung auch manchen wertvollen Dienst erweisen. Es ist daher zu vermuten, daß die bürgerlichen nichtdeutschsprachigen Vereine – ähnlich wie die übrigen landsmannschaftlichen – abseits aller lautstarken Konflikte einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Integration ihrer zugewanderten Mitglieder leisteten, sondern darüber hinaus auch zu jenen Akkulturationsprozessen, die das Wien des fin de siècle prägten. Für den Bereich des tschechischen Vereinswesens wird diese Vermutung allerdings insofern einzuschränken sein, als dieses es auch schaffte, Angehörige der „unterbürgerlichen“ Schichten zu integrieren und somit gegenüber nationalen Assimilationsprozessen zu immunisieren. Auch von daher werden die Werte über das Bekenntnis zur Umgangssprache in Wien zu lesen sein, die in der Tabelle 7 zu Beginn dieses Abschnitts aufgelistet sind.

★ ★ ★

Als auf Freiwilligkeit basierende Verbindungen von Privatpersonen zur Erreichung eines selbstgesetzten konkreten Zwecks (der häufig mit dem Wunsch nach Verbesserung eines als unzureichend empfundenen Zustands in Zusammenhang stand) galten Vereine in den Augen der Zeitgenossen um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur als Antithese zum überkommenen ständischen, das Lebensganze erfassenden System, sondern auch als probates Mittel, die „Konstitutionalisierung“ des politischen Lebens verwirklichen zu können. Als „Keimzellen“ bürgerlicher Öffentlichkeit sollten sie nicht nur die demokratische Teilhabe der Mitglieder ermöglichen, sondern auch jene Orte der Selbstorganisation des gesellschaftlichen Alltags darstellen, aus dem sich die Staatsgewalt in liberaler Sicht heraushalten sollte.

---

<sup>240)</sup> WIENER SLAWEN 21.

Hier wollten sie zudem einen Beitrag zur „Veredelung“ der Menschen leisten, indem sie einen umfassenden Aufklärungs- und Bildungsanspruch erhoben. Hierzu gehörte auch die Vermittlung von Einsicht in Notwendigkeiten.

Vereine galten damit als probates Mittel gesellschaftlicher Emanzipation vom Staat, als jene Orte, an denen politische Willensbildung stattfand, die von den staatlichen Autoritäten umgesetzt werden sollte. Vereine und Vereinswesen mußten daher zumindest mittelbar eine steigende politische Bedeutung erlangen. Dieser Prozeß beschleunigte sich insbesondere ab dem Zeitpunkt, als der politische Entscheidungsprozeß parlamentarisiert wurde und die Bildung politischer Parteien einsetzte, die organisatorisch immer enger mit dem lokalen Vereinswesen in Verbindung standen.

Das „Politische“ meinte zunächst in allererster Linie die Lösung von Problemen, die mit dem Fortbestand des Gesamtstaats und der Aufbringung der hierzu erforderlichen Ressourcen in Zusammenhang standen. Hierher gehören Fragen des Staatsaufbaues, von Zentralismus, Autonomie, Föderalismus und Subsidiarität, von Besteuerung und Rekrutenaushebung, von Staatskredit und Budgetkontrolle. Erst allmählich gesellten sich dem – vor allem im Bereich der „autonomen Verwaltung“ der Länder und Gemeinden – auch Fragen der Ausgestaltung des Alltags durch öffentliche Institutionen hinzu. Hier ging es zunächst um Schulen, dann um Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Bauten und vieles anderes mehr – insgesamt also um Fragen der politischen Ökonomie, die bei gegebenen knappen Mitteln die Setzung von Prioritäten erforderten.

Hierin wäre nun zwar ein reichhaltiges Betätigungsfeld namentlich für die „politischen Vereine“ gelegen, doch war es bald augenscheinlich, daß die mit den genannten Problemen verbundenen Fragestellungen, die die Berücksichtigung zahlreicher trockener Details erforderten, im Publikum kaum auf Resonanz stießen. Zentrale politische Fragestellungen eines „modernen“ Staatswesens, das gerade erst aus der Umwandlung einer nur durch die Person des gemeinsamen Monarchen verbundenen Union monarchischer Ständestaaten entstanden war, mußten vielen Menschen zu abstrakt erscheinen, zumal deren Eltern bzw. Großeltern in überwiegendem Maße noch in der überschaubaren Welt der Patrimonialherrschaften gelebt hatten.

Der tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und politische Wandel, die mit diesem verbundene Säkularisierung des Alltags, erzeugten vielerorts ein Gefühl der Bedrohung und ein Bedürfnis nach (weltanschaulicher) Sinnstiftung. Die Auseinandersetzung der Verfechter weltanschaulicher Postulate fand denn auch größte öffentliche Resonanz, während sachpolitische Entscheidungen mehr und mehr unter Ausschluß einer desinteressierten Öffentlichkeit getroffen wurden. Der sich dort vollziehende innenpolitische Paradigmenwechsel weg von marktmäßiger Selbstregulierung hin zu vermehrter öffentlicher Intervention wurde denn auch weniger wahrgenommen und diskutiert. Er ist aber auch als Ergebnis politischer Auseinandersetzungen einer jüngeren mittelständischen Politikergeneration mit dem dogmatisch erstarrenden Liberalismus zu interpretieren.

Ihren „Erfolg“ und ihre Durchschlagskraft verdankte diese neue Generation dem Einsatz neuer propagandistischer und organisatorischer Methoden. Die im

Vergleich zu den „alten“ Honoratiorenparteien nunmehr strikt hierarchisch aufgebauten, miteinander heftig rivalisierenden „Lagerparteien“, an deren Schaltstellen zunehmend „Berufspolitiker“ saßen, trachteten, ihr Geschäft „generalstabsmäßig-professionell“ zu erledigen. Grundvoraussetzung hierfür war selbstverständlich die Sicherung und Vermehrung des vorhandenen „politischen Kapitals“, in erster Linie also der Anhängerschaft, die potentiell permanent mobilisierbar gemacht werden sollte.

Hierfür bot sich ab etwa 1880 das scheinbar unpolitische Vereinswesen als immer geeigneteres Instrument an. Freilich bestand dieses nicht mehr aus den alten „klassischen“ liberalen Vereinen, deren Tätigkeit von teilhabender Mitwirkung der Mitglieder geprägt war, sondern aus Organisationen, die eigentlich nur mehr formell den Bestimmungen des Vereinsgesetzes entsprachen. Charakteristisch für diese „neuen“ Vereine war zunächst die deutliche Trennung von Vorständen und einfachen Mitgliedern. Für letztere wurden ihre Vereine mehr und mehr zu „Serviceorganisationen“, deren Angebot man gerne in Anspruch nahm. Die Leitungsgeschäfte wurden dagegen den Funktionären überlassen, die sich in ihrer Tätigkeit mehr und mehr verselbständigten und ihr Amt oft über lange Jahre innehaben konnten.

Unabhängig von ihren Ansprüchen verzichteten diese Vereine in der Praxis sowohl auf Tätigkeit in Richtung „Verbesserung“ als auch auf jegliche Initiative zu Vermittlung von Bildung. Ihre Mitglieder begnügten sich in der Regel mit den gebotenen Leistungen und waren darüber hinaus für die gebotenen „geselligen Unterhaltungen“ dankbar, die sich zuweilen als rechte Spektakel erwiesen. Gerade diese Anlässe boten Gelegenheit, emotionale Bindungen zur (weltanschaulichen) Gemeinschaft herzustellen und zu vertiefen.

Die mittelständischen und „untermittelständischen“ Vereinigungen waren zumindest in Wien zusammen mit anderen „Institutionen“ zentrale Orte lokaler Milieus, in denen sich ein „common sense“ entwickelte. Auf dieser „untersten organisatorischen Ebene“ gelang es ihnen wesentlich besser, die Menschen in ihrem Rayon unmittelbar anzusprechen, als dies entfernten Organisationen möglich war. Zudem dominierte hier Lokalbezogenheit gegenüber unmittelbarer politisch-weltanschaulicher Bindung.

Lokale Geselligkeits-, Gesang- und Sportvereine (und auch andere) boten den neuen Parteien somit ideale Brückenköpfe für die Durchdringung des unpolitischen Alltags an der Basis. Sofern solche bestanden, galt es, sie in das eigene organisatorische Geflecht einzubinden oder die Gründung eigener „Gegenvereine“ zu initiieren. Ausdruck dessen ist nicht zuletzt die rasante zahlenmäßige Entwicklung des Vereinswesens ab den neunziger Jahren.

Aus zweierlei Gründen erschien aber eine direkte Verbindung nicht ratsam: Sie wäre einerseits organisatorisch nur schwer zu handhaben gewesen und hätte andererseits durch eine zu deutlich zum Ausdruck kommende Bindung der einzelnen Vereine an eine Partei sogar kontraproduktive Effekte erzeugen können. Demgegenüber bot sich die Bildung von Vereinsverbänden an, die es zudem gestatteten, die Tätigkeit verwandter Vereine besser zu koordinieren.

Freilich war die Achse: Partei – Verband – Verein – Mitglied nur eine der Möglichkeiten, mit denen versucht wurde, weltanschauliche Bindungen herzustellen. Presse, Vertrauensmännersystem, die Pfarren und anderes mehr wurden ebenfalls hierzu herangezogen. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich somit eine Parteienlandschaft herausgebildet, die sich in Österreich über 1918 hinaus so lange als stabil erweisen sollte, wie die Klientel zufrieden gestellt werden konnte. Es muß in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben, ob diesem Vereinswesen Züge „neofeudaler“ Patronage anhafteten. Sein Verdienst lag aber zweifellos darin, daß es weitgehend gelang, die Kinder und Enkel jener, die spätestens um die Mitte des 19. Jahrhunderts der patrimonialen Welt des „ganzen Hauses“ verlustig gingen, in die „moderne“ Gesellschaft zu integrieren.